Winter 2015/2016
Nr. 69, 21. Jahrgang
Ladenpreis: 3,80€

Zeitung für Umweltschutz von unten

grünes blatt



Boliviens Traum vom Energiezentrum Lateinamerikas

Anti-Atom und der Klimagipfel in Paris





Kaufen gegen den Kapitalismus!?

Kritik der unpolitischen Kritik am politischen Veganismus



Inhaltsverzeichnis

Editorial

fb Wieder einmal ist dies ein grünes blatt, mit dem sich möglicherweise Grundlegendes in der Redaktion ändert. Zuletzt war das in Ausgabe 60 der Fall, auch einer Winterausgabe, zum Jahreswechsel 2012/2013. Damals wurde ein neues Redaktionskonzept eingeführt mit Themenrubriken, festen Terminfahrplänen für die Produktion und jeweils konkreten Personen, die für Koordination der Produktion und Finanzierung einer Ausgabe zuständig waren. Das hat eine ganze Zeit ziemlich gut geklappt, jetzt aber leider nicht mehr. Welche Folgen das haben wird, ist noch unklar - mehr dazu berichtet und analysiert der folgende Artikel auf Seite 3.

Von diesen "internen" Unsicherheiten einmal abgesehen, hat diese dritte Ausgabe des Jahres 2015 aber auch einiges zu bieten: Ein seltenes Thema ist Boliviens Traum von einer Führungsrolle in der Atomindustrie Lateinamerikas. Kurz vor Redaktionsschluss traten Aktivist*innen aus dem Land an uns heran und pflegen seitdem mit uns, Anti-Atom-Aktivist*innen aus dem Nuclear Heritage Network und erfahrenen Menschen aus der Bewegung in der BRD einen Austausch, während sich in Bolivien gerade der Protest gegen diese Regierungspolitik entwickelt. Thematisch dazu passend ist die Vorstellung eines aktuellen Geschichtsbuches zur Anti-Atom-Bewegung der BRD, die auf Seite 33 zu finden ist.

Wichtiger Bestandteil der vorliegenden Ausgabe sind aber auch die Zuschriften von Gefangenen, die ab Seite 9 in der Knastrubrik abgedruckt wurden. Und es gibt auch Rückblicke und Auswertungen aus der Tierrechtsszene, zum Stand der Bewegung, den Ticker zur Agrogentechnik und eine Fortsetzung der Analyse & Kritik gängiger Verschwörungstheorie-Muster.

Impressum

grünes blatt –
Zeitung für Umweltschutz von unten
http://gruenes-blatt.de

Redaktion
grünes blatt – Redaktion
Am Bärental 6
D-04720 Döbeln
Fon: +49 3431/589 41 69
E-Mail: mail@gruenes-blatt.de

Spendenkonto:
GLS Bank
IBAN: DE75 4306 0967 1101 7406 00
BIC: GENODEM1GLS

Verlag
SeitenHieb Verlag
Duburger Str. 47 | D-24939 Flensburg
www.SeitenHieb.info
Info@SeitenHieb.info
+49 461 14683333

Autor*innen dieser Ausgabe
Christian Vinke, Falk Beyer (V.i.S.d.P.), Gerhard Huß, Jörg Bergstedt, Olga Kališová, Sebastian Lipp, Thomas Meyer-Falk, VT Padmanabhan u.a.

Satz und Layout
Dominik, Falk Beyer, Jörg Bergstedt, Karl-Casper Linde, Rowena, Zimt

Bildnachweise Cover
shopping carts cc-by-nc-nd-2 Bill Gracey; go vegan cc-by-nc-nd-2 Frances Berriman; concrete jersey barrier cc-by-nc-2 Lonnon Foster

Auflage: 1250 Hefte

Das grüne blatt wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt. Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der emanzipatorischen Ökologiebewegung. Die Redaktion bilden unabhängige Mitarbeiter*innen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen, schon allein weil es „die" Kollektivmeinung nicht gibt.

Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen Erstattung der Versandkosten (3 EUR) bei der Redaktion nachbestellt oder unter http://gruenes-blatt.de gelesen werden.

Eigentumsvorbehalt

Aufruf zur "Rettung" des grünes blatts

fb Es gehört ja irgendwie zum guten Ton bei linken Zeitungen, alle paar Jahre einen "Rettungsaufruf" zu starten, weil die Finanzierung mies läuft und anzukündigen, dass das Projekt sonst eingestellt würde. Einige bekanntere Zeitungen waren damit auch immer wieder recht erfolgreich. "Das grüne blatt", oder "wir" (oder wie immer ein nicht identitärer, nicht-kollektiver Zusammenhang zu bezeichnen wäre) haben das meines Wissens bislang nicht gemacht. Und ich werde damit auch jetzt nicht anfangen - vielleicht ist das auch einer der Gründe für die (schlechte) wirtschaftliche Situation der Zeitung... ;)

Rückblick

Beim grünen blatt gab es seit seiner Erstveröffentlichung in der Mitte der 1990er Jahre eine Menge Veränderungen. Eine der wichtigsten war die Weiterentwicklung von der Öko-Vereinszeitung zu einer offenen Redaktion mit Aktiven aus verschiedenen sozialen Bewegungen, wobei der Schwerpunkt klar im Umweltbereich blieb. Aber auch andere Kämpfe, Berichte und Analysen zur Entwicklung der Bewegung(en) und die Entwicklung des Konzepts eines horizontal organisierten, offenen Printmediums bekamen jetzt Raum. Inzwischen erschien das grüne blatt 68 Mal.

In zwei Jahrzehnten grünes blatt gab es Phasen hoher Strukturiertheit, Tiefphasen mit 0-1 Heften im Jahr, und dann bis Ende 2012 eine relativ struktur- und planlose Produktion, die mit der Einführung eines neuen Redaktionskonzepts endete. Damals waren viele Beteiligte frustriert. Aufgrund des Wunsches nach klaren Zeitplänen und Absprachen für die Produktion des Heftes gab es von da an wieder Planung und Struktur.

Neben der Einführung autonomer Themenrubriken und der genannten klaren "Fahrpläne" für die Redaktionsarbeit, gab es auch die Idee von inhaltlichen Begleitveranstaltungen, die im Gegensatz zu den anderen Neuerungen überhaupt nicht funktionierten. Schwierig war auch immer die Wirtschaftlichkeit des grünen blatts. Das wurde durch die neuen Koordinator*innen etwas entspannt, die nun abwechselnd für die Finanzierung einzelner Ausgaben zuständig waren. Bis vor vielleicht einem Jahr schien das Konzept für die Beteiligten zu funktionieren.

Probleme der Gegenwart

Seit mehreren Heften funktioniert diese Redaktionsarbeit nicht mehr: Kaum Beteiligung an den Redaktionstreffen, schwindende Unterstützung beim Versand der Hefte, das Layouten wurde herausfordernder, weil weniger Aktive ihre Beteiligung zusagten und oft alles erst sehr spät geklärt werden konnte. Gleichzeitig fühlten sich auch viele der aktivsten Mitmacher*innen der letzten Jahre mehr und mehr ausgebrannt, überfordert bzw. wollten die Prioritäten ihres Engagements anderen Feldern widmen.

Ganz deutlich wurde dies beim bisher letzten Anlauf einer Redaktionskonferenz, wo auch die Planung für 2016 anstand. Im Ergebnis haben wir nur die Zusage einer Person sich wieder um die Koordination und Finanzierung einer Ausgabe zu kümmern, für weitere Ausgaben gibt es keine Menschen, die diese Verantwortung übernehmen wollen. Angesichts dieser Situation gibt es nun keinen Fahrplan, keine Termine und keine Redaktionstreffen für 2016. Sicher ist nur, dass es mindestens eine Ausgabe geben wird, ob noch mehr kommt, muss sich zeigen und wird auch davon abhängen, ob neue Leute in die Redaktionsarbeit einsteigen werden.

Glücklicherweise betrifft dieses organisatorische Problem weniger die inhaltliche Seite des grünen blatts. Wir haben auch weiterhin viel Input zu den Themenrubriken und auch darüber hinaus erreichen uns weiter auch externe Beiträge zu verschiedenen Bewegungsthemen.

Herausforderungen

Trotzdem ist die gegenwärtige Situation ein großes Problem, denn irgendwer (besser: verschiedene Leute) muss sich um Layout, Produktion und Versand sowie um die Finanzierung mindestens der Druckkosten kümmern. Mit derzeit nur einer Ausgabe, die für 2016 bis jetzt steht, kann keine kontinuierliche Berichterstattung gemacht werden. Daher brauchen wir dringend Menschen, die sich in das grüne blatt einbringen wollen! Wie erwähnt fehlt es insbesondere an Leuten, die Verantwortung für eine Ausgabe übernehmen wollen, aber auch Unterstützung in allen möglichen anderen Bereichen ist hilfreich, weil sie die Beteiligten entlastet. Es ist dringend nötig, dass es nicht nur "genug", sondern "viele" Unterstützer*innen gibt, die dazu beitragen, dass Einzelne nicht dauerhaft überladen werden.

Unsere letzten Erfahrungen zeigen, dass als größte Belastung die Finanzierung wahrgenommen wurde. Es kann gut sein, dass eine Entspannung dieses Problemfeldes auch den Druck auf die Beteiligten stark reduzieren würde. - Geld war immer ein Problem und wurde beim grünen blatt nie gut gelöst. Letztlich wurde es immer geschafft die Druckkosten und den Versand, selten auch einen Teil weiterer anfallender Kosten, zu decken. Aber ohne einheitliches Konzept.

Wir versuchen das mit Aboeinnahmen, Spenden, Zuschüssen - manchmal hat ein Verein eine Ausgabe gezahlt, es gab auch schon Erbschaften, die einzelne Hefte finanziert haben. Anläufe relevante Einnahmen über die Schaltung akzeptabler Anzeigen einzuwerben, waren nie erfolgreich. Es gab auch den Versuch einen "Förderkreis" für das grüne blatt aufzustellen, in dem kontinuierlich Menschen für das Zeitungsprojekt spenden - bisher ohne viel Resonanz. Und wir ermuntern unsere Leser*innen immer wieder mehr Hefte zu bestellen, neue Abonnent*innen zu gewinnen oder einen erhöhten Solibeitrag für ihr Abo zu zahlen. Bisher reichen diese Einnahmen aber nur aus, um die Versandkosten zu tragen. Der Aufruf an euch Leser*innen zu überlegen, ob ihr das grüne blatt auf die eine oder andere Weise finanziell unterstützen könnt, bleibt also aktuell. Aber auch ganz neue Ideen sind willkommen!

Konkret

Meldet euch bei der Redaktion, wenn ihr das grüne blatt irgendwie praktisch oder finanziell unterstützen wollt. Jeder Beitrag kann hilfreich sein, auch in Bereichen, an die wir noch nicht gedacht haben. Es wäre also super, wenn ihr eure Möglichkeiten und Willen reflektieren würdet, um die Idee des grünen blattes als unabhängige "Zeitung für Umweltschutz von unten" gemeinsam auf stabilere Füße zu stellen. Unser Wunsch ist, dass dieses Projekt nicht nur dem "Konsum" von Inhalt dient, sondern von seinen Leser*innen mitgestaltet wird.

In diesem Sinne: bis bald! Ich hoffe auf eure E-Mails, Anrufe oder auch Briefe!

Kaufen gegen den Kapitalismus!?

geskrit *In diesem Text wird der Einfachheit halber nur die weibliche* Form verwendet. Jede andere Geschlechteridentität ist mitgemeint.*

Aufgepasst: Begriffe wie Kapitalistin oder Profit sind oft moralisch aufgeladen, bei uns stehen sie nur für ökonomische Kategorien.

Man hört es oft: Die Welt wäre ein besserer Ort, wenn die Leute nur richtig, weil bewusst, konsumieren würden. Egal ob immer mehr Lebensmittel mit viel kritisierten Technologien (Stichwort Genmanipulation) produziert werden, Produkte unter verabscheuungswürdigen Bedingungen für Mensch und Tier entstehen oder eigentlich noch brauchbare Sachen einfach weggeworfen werden – für Kritikerinnen des Konsums liegt die Lösung nahe. Sie selbst und alle anderen sollen ethisch korrekt konsumieren. Dieser ethische Konsum kann dabei unterschiedlichste Formen wie FairTrade oder auch regional und biologisch einkaufen annehmen.
Dabei sehen wir ein Problem: Veränderter Konsum führt gar nicht zur Abschaffung der ganzen Misstände, diese haben ihren Grund woanders. Damit diese falschen Vorstellungen über den Konsum aus den Köpfen der Leute verschwinden und wir uns an die Beseitigung der wirklichen Gründe der Misstände machen können, haben wir diesen Text geschrieben.

Die Lebenslüge der Konsumentinnenmacht

Was ist es nun, was den Konsum wirklich bestimmt und was ist von der behaupteten Konsumentinnenmacht zu halten? Konsum lässt sich ganz grundsätzlich so beschreiben: Menschen ziehen aus Dingen oder Dienstleistungen einen gewissen Nutzen. So zieht man Schuhe an bis man neue braucht, beim Frisör werden die überflüssigen Haare abgeschnitten, und das Brot wird jeden Morgen mit Nutella bestrichen und dann im Magen verstaut.

Diese Güter (und Dienstleistungen) sind einerseits in unserer Gesellschaft massenhaft vorhanden, die Supermarktregale sind gut gefüllt und meistens quellen sogar noch die Müllcontainer dahinter vor brauchbaren Sachen über. Eine super Sache, könnte man sich denken. Man braucht einfach nur zuzugreifen und hat alles was man so braucht.

Voller Supermarkt und leerer Magen – wie passt das zusammen?

Jetzt kommt die andere Seite: Man ist nämlich vorerst von all diesen nützlichen Dingen getrennt, man kann sie nicht einfach nehmen. Naja, man kann schon – bis man erwischt wird und sich in einer Gefängniszelle erstmal keine Sorgen mehr um Konsum machen muss. Was das Konsumieren dieser Dinge verhindert, ist, dass diese Dinge Eigentum anderer Menschen sind. Um trotzdem konsumieren zu können, gibt es ein, und nur ein, Mittel in unserer Gesellschaft: das Geld. Die Bettlerin schnorrt einen dafür an, um sich damit Brot für den Magen und Schnaps gegen die Kälte zu kaufen, der Supermarkt wills für die Milch und das Brot. Selbst wenn man sich denkt man schlägt der Gesellschaft ein Schnippchen und stellt die Güter die man braucht selbst her, muss man Geld hinlegen: für Ackerboden, Produktionsmittel, Werkstoffe usw..

In dieser (kapitalistischen) Gesellschaft sieht es so aus: Ohne den Tausch "Geld gegen Ware" ist in den allermeisten Fällen nichts möglich[1]. Hier kann schon etwas über die sogenannte Konsumentinnenmacht gesagt werden – Kein Geld, keine Macht Ware zu kaufen.

Kapitalistinnen und Arbeiterinnen: Alles Schnee von gestern?

Das einzige Mittel, welches die Konsumentinnenmacht aufbieten kann, das Geld, hat eine Besonderheit: Man besorgt es sich nicht ein einziges Mal und hat dann genug davon für den Rest des Lebens, ganz im Gegenteil: Jedes Mal wenn man es benützt um an die Güter die man braucht zu kommen, wird das Geld weniger. Und da der Mensch auch ständig konsumieren muss – Lebensmittel müssen regelmäßig gekauft werden, die Miete jeden Monat bezahlt werden – braucht jeder eine ständige Geldquelle.

Sich eine Geldquelle zu besorgen ist für alle Menschen notwendig – alle sind zuerst mal ausgeschlossen von den Dingen die sie brauchen, und brauchen ständig Geld um diese Trennung zu überwinden. Wie die Lebensumstände eines Menschen in dieser Gesellschaft aussehen, ergibt sich aus der Art der Geldquelle die er besitzt.

Die erste Gruppe von Menschen hat schon ziemlich viel von diesem Geld (oder geldwerten Sachen wie Fabriken und ähnliches). Und zwar soviel davon, dass der Geldbedarf für den normalen Konsum leicht gedeckt ist und immer noch ein Haufen übrig bleibt, für den sich eine Verwendung finden lässt. Diese Leute, die übrigens nur ein verschwindend kleiner Anteil aller Leute sind, nennt man Kapitalistinnen. Die Verwendung, die sie für ihr Geld haben, nennt sich Geldanlage. Das funktioniert im Großen und Ganzen so, dass das Geld für eine gewisse Zeit weggegeben wird und vermehrt zurückkommt. Von diesem Ertrag können die Kapitalistinnen dann leben und ihr Geld wieder auf die Reise schicken um noch mehr Gewinn zu machen.

Die zweite Gruppe hat ziemlich wenig bis gar kein Geld – und was sie davon hat, muss sie für den täglichen Konsum ausgeben. Den Menschen in dieser Gruppe bleibt nur eine Option um an das benötigte Geld zu kommen: Sie müssen ihre Arbeitskraft verkaufen[2]. Deswegen nennt man diese Menschen auch Arbeiterinnen[3].

Wir sind zwar ziemlich gescheite und vertrauenswürdige Menschen, aber ihr müsst nicht unbedingt unser Wort dafür nehmen, dass die Aufteilung der Gesellschaft wirklich so ist. Die Arbeiterkammer hat z.B. herausgefunden, dass 5% der Österreicherinnen über die Hälfte des Vermögens gehört. Übrigens trifft diese Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums nicht nur auf Österreich zu. Diese Verteilung findet sich in jedem Staat der Welt. Das ist weder ein Zufall noch ein großes Geheimnis. Wer die Gesellschaft verstehen will, muss nicht



nach Verschwörungen und geheimen Machenschaften suchen. Dafür reichen auch öffentlich zugängliche Daten und Fakten.

Der Arbeitsplatz: Zwei Klassen treffen sich...
Wir haben festgestellt, dass die Arbeiterinnen ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, denn sie brauchen Geld – nur damit kommen sie an all die Sachen, die sie brauchen. Ihre Arbeitskraft kann jedoch nur von Menschen gekauft werden, die genug Geld besitzen um einerseits ihren eigenen Konsum zu finanzieren und andererseits noch genug Geld für Invesitionen übrig haben. Es wird euch nicht überaschen: Die oben genannten Kapitalistinnen besitzen dieses Geld und nutzen es um Arbeiterinnen für sich arbeiten zu lassen, auch dies ist eine Form der Investition.

Dass das so ist, das merkt man schon an der Arbeitsplatzsuche. Man schreibt nicht einfach ein Facebookposting o.ä. mit dem Inhalt “Ich will meine Arbeitskraft verkaufen!”, weil man weiß, dass die meisten der Freundinnen es sich gar nicht leisten können, eine einzustellen. Man sucht immer den Kontakt zu einer Person, die irgendwie mit einem Unternehmen verbunden ist, damit dort ein gutes Wort eingelegt wird. Diejenigen die darüber entscheiden ob jemand einen Arbeitsplatz hat oder nicht sind also nicht einfach alle, sondern nur eine bestimmte Gruppe – nämlich die Kapitalistinnen (bzw. ihre unmittelbaren Handlangerinnen: Personalmanagerinnen o.ä.).

...die einen aus Not...
Wir haben also festgestellt, dass die Arbeitskraft von der Kapitalistin gekauft und von der Arbeiterin verkauft wird. Warum die Arbeiterin verkauft wissen wir auch schon: Sie braucht Geld. Das gibt ihr die Kapitalistin, von der wir aber noch nicht wissen, warum sie die Leute anstellt. Dass das die Kapitalistinnen machen, können wir überall feststellen, denn Leute bekommen Arbeitsplätze. Um zu ergründen warum das passiert, lohnt es sich zu betrachten, was die Arbeiterinnen an diesen Arbeitsplätzen eigentlich machen.

Die stehen dort nicht einfach herum oder schauen sich Youtube-Videos an. Sie arbeiten und stellen damit Gebrauchsgüter her, oder Dienstleistungen zur Verfügung. Eine Bäckerin backt Brote, eine Friseurin schneidet Haare, eine Anwältin vertritt einen vor Gericht – sie stellen also einen Nutzen bereit, den andere Menschen, warum auch immer, brauchen.

...die anderen für Profit.
Nun interessiert die Kapitalistin an diesem Vorgang etwas Bestimmtes. Sie kauft sich nicht einfach Arbeitskräfte ein und verkauft dann das Produkt deren Arbeit. Sie interessiert die Relation zwischen der Masse an Geld das sie ausgegeben hat und der Masse an Geld das sie eingenommen hat. Dieses Mehr, also wie viel mehr sie einnimmt als sie ausgibt, ist der Profit[4].

Ein kurzes Beispiel soll das verdeutlichen: Wir nehmen an, dass ein Unternehmen 100 Euro für Materialien und 50 Euro Lohn für die Produktion einer Ware ausgibt. Verkauft dieses Unternehmen die Ware dann für 200 Euro, so hat es einen Profit von 50 Euro erwirtschaftet. Muss das Unternehmen nur 30 Euro Lohn bezahlen, so erhöht sich der Profit auf 70 Euro.

Warum ist das alles interessant für die Konsumentinnenmacht? Warum wollen wir euch etwas über Konsumkritik erzählen und kommen dann mit Profitrechnung? Nun, wenn einem Menschen an der Produktion der Profit interessiert, dann ist der Lohn, also die Menge an Geld welche die Arbeiterinnen für ihre Arbeit erhalten, immer zu hoch. Je kleiner der Lohn ist, desto größer ist der Profit. Anders gesagt: Je größer der Lohn, desto kleiner fällt der Profit aus. Die Kapitalistinnen haben also ein Interesse daran den Lohn der Arbeiterinnen möglichst niedrig zu halten.

Und damit sind wir am springenden Punkt: Das Mittel, womit die Konsumentinnen ihre Macht ausüben wollen, haben sie erst mal gar nicht selber zur Verfügung, sondern müssen sie sich von einer anderen abholen. Diese andere, die Kapitalistin, schaut noch dazu, dass vom Mittel der Konsumentinnenmacht so wenig wie möglich übrig bleibt! Als Macht bezeichnet man die Menge an Mitteln, die für die Durchsetzung der eigenen Interessen zur Verfügung stehen. Wenn nun aber das einzige Mittel, das ich zur Durchsetzung meiner Interessen zur Verfügung habe, abhängig vom Interesse einer anderen ist, wie kann ich da von einer Macht schwärmen, die ich angeblich besitze?

Dämmermännerung

Mensch muss schon länger den deutschen Sprachraum durchsuchen, um eine vergleichbar geniale Prosa zu finden wie die von Barabra Kirchner. Beispiel gefällig? „Ich sage in diesem Traktätchen hier nicht, dass all die Phänomene […], also die kleinbürgerlichen und billigintellektuellen Männerdenker, die bourgeoisen Quotenheuchler, die Fit-For-Fun-Motivationsspinnereinnen, die Sparkassenangestellten des erotischen Kapitals und die Enthaltsamkeitmacht-Karriere-Statistikerinnen und was sonst noch alles quakt und pfeift im großen Rollback gegen das, was Feminismus seit den 70ern gewollt und erreicht hat, in jedem Fall, für jeden dummen Gedanken, jede blöde Propaganda bei sich im stillen Kämmerlein ein „ökonomisches Motiv“ finden müssten, wenn sie nur ehrlich genug mit sich zu Rate gingen. Was ich sage, ist, dass der ganze Quatsch als Resonanzboden das Ineinander von Krisen und Modernisierungen braucht, denen die Akkumulation von Kapital ausgesetzt ist, um wirksamer zu werden, als die Bosheit irgendwelcher Nazi-Rentner, die von ihren Zimmerfenstern aus auf spielende Kinder gucken und sich fragen, wie sie die vernichten können.“ Damit ist auch schon viel gesagt. Hinzuzufügen wäre noch, dass der vor sich hindämmernde antifeministische Reaktionärssumpf, der hier zerlegt wird, da nicht nur sprachlich nicht mithalten kann. Das dürfte nicht überraschen, ebenso wenig, wie der Umstand, die besseren Argumente zu haben, ja bekanntlich leider noch keinen ausreichenden Grund für eine entsprechende Gesellschaftliche Entwicklung darstellt.



Barbara Kirchner
KVV Konkret
ISBN 978-3-930786-69-

Siebzehn Widersprüche und das Ende das Kapitalismus

Hier schreibt einer ganz auf dem Boden der Tatsachen – von Karl Marx. Und das nicht schlecht. Harveys Ansatz das Kapital, beziehungsweise seine Akkumulation, auf Basis seiner inneren Widersprüche zu beschreiben, führt hier quasi automatisch zu einer anatomischen Sektion des Kapitalismus und den Wechselwirkungen des Kapitals mit dem Rest der Welt. Nun ist es sicherlich nicht möglich den Kapitalismus auf 373 Seiten abschließend zu erklären, aber doch kann dieses Buch einiges zum besseren Verständnis beitragen. Manch eine geistige Entgleisung – wie der scheinbar ernst gemeinte Vorschlag Silvio Gesells rostendes „quasi-Geld“ einzuführen – darf da gerne verziehen, und sollte einfach überlesen werden.



Einen Zusammenhang zwischen den siebzehn Widersprüchen und einem – wie es der Titel suggeriert – bevorstehenden Ende des Kapitalismus, bestreitet übrigens auch Harvey selbst. (der reisserische Titel dürfte eher seinerseits auf verwertungslogische Überlegungen der Profitmaximierung zurückgehen.) Wer also ein Heilsversprechen auf das baldige Ende allen Übels von selbst hofft, wird enttäuscht werden. Es bleibt auch hier dabei, Harvey erwähnt das glücklicherweise deutlich: Es gibt nichts gutes, außer mensch tut es. Was das aber sein könnte, da zu tuende, weiß – wer könnte es ihm verübeln – auch Harvey nur in Ansätzen – die allerdings sind in der Regel weit besser sind als auf Silvio Gesell zu verweisen, immerhin.

David Hervey
Ullstein
ISBN 978-3-550-08089-0

Und wie wirkt sich das nun aus?

Im ersten Abschnitt wurde generell gezeigt, warum es mit der Konsumentinnenmacht nicht so weit her ist. In diesem Abschnitt gehen wir auf verschiedene Formen dieser falschen Vorstellungen ein, erklären, wieso sie entstehen, und zeigen was daran falsch ist.

Kundin ist Königin?
Die erste solche falsche Vorstellung steckt schon im Titel: Die Kundin sei Königin, sei der bestimmende Part des Verhältnisses, das wir vorher als Konsum bestimmt haben. So wie die meisten falschen Vorstellungen bezieht sich auch diese auf einen Umstand, der wirklich existiert: die freie Konsumentscheidung. Hat man genug Geld, dann steht einer eine riesige Warenwelt offen und ganz viele nützliche Dinge zur Verfügung. Verkauft wird das alles von ständig lächelnden und freundlichen Verkäuferinnen.

Bevor man diese Freiheit aber nutzen, also konsumieren kann, muss man zuerst mal dafür arbeiten – nicht umsonst teilt einem die Sinnspruchwelt mit, dass Geld nicht auf Bäumen wachse und die Eltern haben einer früher jeden Wunsch mit dem Hinweis auf die dafür nötige Arbeitszeit ihrerseits verderben wollen. Dazu kommt: Die Möglichkeit diese Arbeit zu verrichten, hängt gar nicht vom eigenen Wunsch danach ab. Nur weil ich auf der Suche nach Arbeit bin, heißt das noch lange nicht, dass ich auch welche finde. Das hängt immer noch von den Berechnungen einer Unternehmerin ab. Und so passiert es auch, dass genug Menschen ohne Arbeit sind und eine ständige Arbeitslosenstatistik geführt wird: Sie einzustellen lohnt sich einfach nicht.

Die Nettigkeiten, die einem vor dem ersehnten Konsum erwarten, hören aber selbst da noch nicht auf. Die Rechnungsweise der Unternehmen sorgt dafür, dass die Chancen auf einen Arbeitsplatz oft ziemlich gering sind. Die gleiche Rechnungsweise bewirkt aber auch, dass der Lohn, den man für die verrichtete Arbeit erhält immer möglichst gering ist. Schließlich ist der Lohn immer ein Abzug vom Profit und nachdem ja gerade wegen dem Profit erst produziert wird, muss der Lohn möglichst niedrig gehalten werden.

Die angeblich absolute Macht, welche die Konsumentinnen haben, stellt sich als bei näherem Hinsehen als eine ziemliche Illusion heraus. Das Mittel, das sie zur Ausübung dieser Macht besitzen, wird ihnen nur gewährt, wenn es auch in einem ihnen feindlichen Interesse liegt.

Produziert wird, was gebraucht wird?
Die zweite falsche Vorstellung über den Konsum betrifft das Warenangebot, aus dem ausgewählt werden kann. Die Leute stellen sich vor, dass die Nachfrage das Angebot bestimmt. Die Wünsche und Bedürfnisse der Leute also dafür verantwortlich sind, was es im Supermarkt und sonst wo zu kaufen gibt. Woher diese Vorstellung kommt ist auch relativ klar, gibt es doch fast alles was man sich vorstellen kann zu kaufen. Sogar Produkte wie Reinigungssocken für Katzen oder Decken mit Ärmeln, die man sich vielleicht nicht gerade erwartet.

Trotzdem ist die Erklärung, dass die Bedürfnisse der Menschen der Zweck der Produktion wären, eine falsche. Warum? Wäre es wirklich so, würde vieles was man so beobachten kann keinen Sinn ergeben. Menschen sitzen vor Supermärkten und haben klarerweise ein Bedürfnis nach den Sachen drinnen, müssen aber zuerst um Geld betteln um daran zu kommen. Leute erfrieren im Winter, obwohl genug Wohnungen und Heizungsmittel da sind. Daran zeigt sich, dass zwar viele Bedürfnisse existieren, aber nur als Mittel und nicht als Zweck. Als Mittel der Kapitalistinnen nämlich, um mit den Bedürfnissen einen Profit zu erwirtschaften. Die Bedürfnisse sind nicht der Grund für die Produktion, sonst würden sie befriedigt werden.

Da der Profit eine Geldmenge ist, die größer als die vorgeschossene ist, folgt daraus auch, dass nur die kaufkräftigen, also die mit Geld ausgestatteten, Bedürfnisse interessant sind: Die Bettlerin ohne Kohle muss selber schauen wo sie ihre Nahrung herkriegt, der Supermarkt bedient sie nicht.

Auch an “erfundenen” Bedürfnissen kann einiges gezeigt werden: Vor Nespresso hatte kein Mensch das Bedürfnis, Kaffee aus kleinen Aluminiumkapseln zu trinken. Wenn man Bedürfnisse möglichst effizient befriedigen will, wäre es ein Unding neue zu schaffen. Braucht man sie aber als Mittel für Profit, kann es nicht genug davon geben. Natürlich nur solange die Bedürfnisse kauf-

kräftig sind und auf Produkte zielen, die man selbst herstellt. Zur Klarstellung: Uns geht es um die Motivation der Unternehmen, neue Bedürfnisse zu erschaffen, um sie als Mittel für Profit einsetzen zu können – gegen Spielen mit Smartphones und das Trinken von Kaffe aus Kapseln ist nichts einzuwenden. Auch haben wir nichts gegen technischen Fortschritt, wir lehnen nur den Zweck ab zu dem dieser stattfindet.

Es gibt aber noch mehr Phänomene, die zeigen, dass nicht für die Bedürfnisse, sondern für den Profit produziert wird: Geplante Obsoleszenz[5] oder Premium-Marken wären solche. Dinge die nach einer eingeplanten Lebenszeit ihren Geist aufgeben wären vom Bedürfnisstandpunkt komplett widersinnig: Muss man sie doch nochmal produzieren, um das gleiche Bedürfnis zu stillen. Für den Zweck des Profits geben sie allerdings einiges her, doppelt verkauft heißt auch doppelt Geld eingestrichen.

Das gleiche gilt für Premiumnahrungsmittel. Denkt man an Käse, will man zuerst mal, dass der schmeckt und nahrhaft ist. An Premium denkt man bei so etwas nicht. An Premium denkt die Kundin nur, weil ihr bewusst ist, dass es auch minderwertige Nahrung gibt. Premium ergibt nur dann Sinn, wenn man sich vor Augen führt, dass Nahrungsmittel ja auch Geld abwerfen müssen für das Unternehmen, das sie produzieren lässt. Deswegen müssen die Produktionskosten möglichst gering sein. Es werden also beispielsweise viel Dünger, Pestizide und Herbizide verwendet, welche für gleiches oder weniger Geld dem Unternehmen erlaubt mehr Nahrung zu produzieren. Dabei kommen dann mit allerlei Giften verseuchte Nahrungsmittel raus. Premiumprodukte hingegen sind solche Produkte, bei denen Unternehmen versprechen auf Praktiken zu verzichten, welche die Qualität der Nahrung verschlechtern. Dieses Versprechen lassen sie sich aber nur für teures Geld (siehe den Preis für bio, FairTrade und Premiumprodukte) abkaufen. Dass dieses Versprechen oft genug nicht eingehalten wird, sollte offensichtlich sein, wenn man sich den Grund dafür klar macht, warum es überhaupt nötig ist. Das Unternehmen will mit möglichst wenig finanziellen Aufwand einen möglichst hohen Profit einfahren.

Konsumentinnen und Unternehmen: Eine wunderbare Freundschaft?

Die vorigen Absätze haben versucht zu zeigen, was mit der Behauptung der Konsumentinnenmacht in all ihren Ausprägungen falsch ist. Gleichzeitig konnten wir aber auch etwas über die Beziehung von Unternehmen und Konsumentinnen lernen: Sie sind Interessensgegnerinnen.

Konsumentinnen haben beim Konsum ein Interesse an einem geringen Preis, da klar ist: Je billiger sie an die gewünschten Güter rankommen, desto mehr eigene Bedürfnisse können sie befriedigen. Gleichzeitig haben sie aber auch ein Interesse an hoher Qualität, da sie ihre Dinge möglichst lange benutzen wollen und sich einen hohen Gebrauchswert erhoffen.

Bei den Unternehmen sieht das etwas anders aus: Sie haben am Konsum genau ein Interesse und das ist der Profit. Um dieses Interesse zu bedienen sind erstens ein hoher Preis und zweitens geringe Herstellungskosten von Vorteil (was sich oft in einer geringen Qualität der verkauften Dinge niederschlägt).

Mit solchen sich ausschließenden Interessen (eine Ware kann nicht gleichzeitig teuer und billig sein) müssen diese beiden Gruppen notwendigerweise in Konflikt geraten. Solch ein Konflikt sollte sich also auch zeigen, wenn wir uns die Welt des Konsums ansehen. Und siehe da, es wimmelt nur so von Erscheinungen dieses Konflikts. Es gibt Ministerien für Verbraucherschutz, die nur dafür eingerichtet sind, die Konsumentinnen zu beschützen: Vor gesundheitsschädlichen Produkten, vor Produkten die gar nicht das können was beworben wird, usw. usf..

Kundin, nicht Königin – Kundin als Mittel zum Zweck!

Nichts also mit Kundin ist Königin. Die Kundin kommt in der kapitalistischen Wirtschaftsweise, wie die Arbeiterin, nur insoweit vor, als sie ein Interesse befriedigt, dass dem ihren direkt widerspricht: Dem Interesse der Unternehmen an Profit. Das denken wir klargemacht zu haben. Seid ihr noch nicht überzeugt, schreibt uns.

Fazit

Zum Schluss noch ein Sprung an den Anfang: In der Einleitung haben wir versprochen, die wirklichen Gründe für all die Übel zu nennen, welche manchen Menschen so sauer aufstoßen, dass sie darüber zu Konsumkritikerinnen werden. Diese Gründe liegen in den zwei Widersprüchen, die wir herausgearbeitet haben:

Da Unternehmen Interesse an einem hohen Profit haben, ergibt sich daraus für die Menschen die in diesen arbeiten, ein möglichst geringer Lohn. Weiters sind ihre Arbeitsplätze so eingerichtet, dass sie für Stimmung, Gesundheit und oft das Leben eine Gefahr darstellen.

Da Unternehmen Interesse an einem hohen Profit haben, ergibt sich daraus für die Umwelt, die als Grundlage und Stoff der Produktion dient, die Zerstörung: Böden und Gewässer werden verseucht, weil die Entsorgung in ihnen billiger ist als eine umweltfreundlichere. Tiere werden möglichst billig, also grausam gehalten.

Diese Übel werden jedoch nicht durch Kritik an der Art und Weise wie Menschen konsumieren aus der Welt geschafft. Das Appellieren an ethischen Konsum verändert nichts an den herrschenden Verhältnissen. Auch unsere vorgetragene Kritik am Konsum im Kapitalismus, schafft dessen Übel nicht ab. Nimmt man sie jedoch ernst und zieht aus ihr die praktischen Konsequenzen, ergibt sich ein ganz anderes Programm als Reformen, die den Kapitalismus auch nicht sympathischer und menschenfreundlicher machen: Notwendig ist das Abschaffen einer Wirtschaftsweise, die sich um Geldvermehrung dreht und das Schaffen einer, in der es um die Bedürfnisbefriedigung der Menschen geht.

Falls bei euch ein schlechtes Gefühl im Magen übrigbleibt, weil:

Ihr doch ein paar gute Argumente für ethischen Konsum kennt, ihr eine Spielart von ethischem Konsum kennt, die ihr gut findet und die bei uns nicht vorkommt, ihr sonst irgendwas kennt, das für die Thematik wichtig ist aber hier nicht zu finden ist, dann meldet euch per Mail (geskrit@riseup.net). Für Diskussionen zu diesem Thema sind wir immer bereit, und von richtigen Argumenten lassen wir uns immer gerne überzeugen.

[1] Auch wenn in dieser Gesellschaft Formen des Konsums ohne Tausch von Ware gegen Geld existieren, so zeigen diese Ausnahmen gerade den Charakter, den der Konsum in dieser Gesellschaft annimmt. Das Dumpstern von Nahrungsmitteln ist entweder rechtlicher Graubereich oder gleich ganz verboten, von Diebstahl ganz zu schweigen.

[2] Häufiger Einwand: Stimmt doch gar nicht dass Arbeiterinnen ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Die können genausogut von Arbeitslosenhilfe oder Mindestsicherung leben. Was daran falsch ist: Nur bedingt, denn es hat seinen Grund warum die meisten Menschen einen Arbeitsplatz viel lieber haben, als diverse sozialstaatliche Maßnahmen: Der Staat weiß, dass Arbeitsplätze so unangenehm sind, dass viele Arbeiterinnen lieber darauf verzichten würden. Deswegen berechnet er erstens die Höhe der Beträge, die er an die Arbeitslosen auszahlt ziemlich knapp. Die Mindestsicherung beträgt z.B. 814 Euro und ist damit unter der Armutsgrenze. Zweitens schikaniert er die Empfängerinnen, die er als arbeitsfähig einstuft mit lauter Zwangsmaßnahmen, wie z.B. Besuche beim AMS/Jobcenter, Bewerbungen schreiben für jeden Scheißjob, Qualifikationskurse ohne Inhalt etc..
Häufiger Einwand: Na gut, Arbeitslosenhilfe ist wirklich nicht das wahre, aber die Leute haben doch heute viel mehr Möglichkeiten als einfach für Lohn zu arbeiten! Sie können sich z.B. Selbstständig machen, und sich so von den ganzen Notwendigkeiten die ihr aufführt befreien. Was daran falsch ist: Bei der Selbständigkeit sind zwei Fälle zu unterscheiden. Zuerst einmal die Arbeiter, die von ihrer Firma gefeuert werden und zukünftig als Subunternehmer (IchAG) Aufträge von ihr bekommen. Dies wird von Firmen getan, um Steuern und Abgaben zu sparen, und ändert außer einer vermehrten Ausbeutungsrate für die Arbeiter gar nichts. Dass diese Art der Selbstständigkeit auch vom Staat nicht gewünscht ist, merkt man an dem dauernd von Politikern gefordertem Vorgehen gegen Scheinselbstständigkeit. Der andere Fall, der wohl eher gemeint ist, sind Leute die sich tatsächlich etwas Kapital besorgen (per Bankkredit) und damit ein kleines Unternehmen starten, meistens solche Sachen wie ein Dönerstand, ein Friseurladen o.ä. Diese Leute arbeiten tatsächlich nicht mehr für den Gewinn eines anderen, sondern nur für sich selbst. Nur haben auch die ein Problem: Ihr Kapital ist meist nicht groß genug, um mehr als ein-zwei Leute anzustellen. Deswegen müssen sie auch selbst mitarbeiten um überhaupt über die Runden zu kommen. Ihr Mittel, um an Geld zu kommen, ist also auch hier nicht die Arbeit fremder Leute – während sie die paar Angestellten die sie haben natürlich auch ausbeuten reicht das alleine nicht um sich eine Existenz zu ermöglichen. Das merkt man daran, dass solche kleinen Meister, wie Marx sie nennt, meistens eine ziemlich lange Arbeitszeit haben (Arbeitswochen von bis zu 60 Wochen), und trotzdem finanziell meistens ziemlich schlecht dastehen. Auch diese Selbstständigen sind den Notwendigkeiten, die ein Leben ohne nennenswertes Kapital mit sich bringt, also nicht entkommen, sondern gehen anders mit ihnen um.

[3] Der Begriff Arbeiterin wird auch oft in einem anderen Sinn verwendet. Er bezeichnet dann Arbeiterinnen, die in der Industrie tätig sind, in Abgrenzung zu Arbeiterinnen in Büros, die dann Angestellte genannt werden. Wir meinen hier unserer Definition nach alle Menschen, welche für ihren Lebenserhalt auf Lohnarbeit angewiesen sind, also Lohnabhängige.

[4] Häufiger Einwand: Für große Firmen stimmt das schon, dass die nur auf den Profit aus sind – kleinere Firmen wollen aber doch einfach nur was Nützliches herstellen, und müssen dafür halt Gewinn machen. Ihr einziges Ziel ist der Profit sicher nicht.
Was daran falsch ist: Das Verhalten von kleineren Firmen wirkt oft so, als würden sie tatsächlich nicht all die Profitberechnungen anstellen, die man kennt. Sie wandern relativ selten in Niedriglohnländer ab, schütten selten Dividenden an Aktionäre ab (da sie meistens keine Aktiengesellschaften sind) etc. etc. All dies ist jedoch nur eine andere Konkurrenzstrategie: Mit wenig Kapital kann man nicht so leicht seinen Standort verlegen, und Aktien emittiert man dann wenn man ein größeres Kapital anschaffen will. Diese kleinen Firmen sind dann meistens in Nischen tätig, in denen sie mit ihrer vergleichsweise geringen Konkurrenzleistung noch durchkommen. Sobald in eine dieser Nischen jedoch größere Unternehmen einsteigen, gehen sie auch regelmäßig pleite: So wie die Greißler, die die Waffen vor den Supermarktketten strecken mussten. Der Zweck der Firmen ist also gar nicht anders, ob groß oder klein. Nur die Konkurrenzstrategie um diesen Zweck zu erreichen, nämlich Profit, kann variieren.

[5] Geplante Obsoleszenz bezeichnet die absichtliche Verringerung der Lebensdauer von Produkten, die deren Produzentinnen einsetzen um dafür zu sorgen öfter bzw. mehr davon zu verkaufen. Ein mögliches Beispiel wäre die Verwendung von gleich teuren, aber kurzlebigeren Materialien, von denen man weiß, dass sie kurz nach der Garantielaufzeit den Geist aufgeben. Nachgewiesen konnte bisher die Absicht nicht, auch wenn es ähnliche Dinge auf jeden Fall gibt: Wenn beispielsweise Druckerpatronen eine Chip eingesetzt bekommen, damit man sie nicht wiederverwerten kann. Aber schon alleine der Fakt, dass man sich eine derartige Praxis durchaus vorstellen kann zeigt auf, worum es bei der Produktion von Gebrauchsgütern wirklich geht, nämlich um ihren Gebrauch zur Profitgenerierung von Unternehmen, und nicht um den Nutzen den die Kundin daraus zieht.

Mehr Abos für das grüne blatt:

**Damit wir das grüne blatt besser kalkulieren können und um zumindest einen Teil der Herstellungskosten zu finanzieren, suchen wir weitere AbonnentInnen.
Überleg doch, ob du das grüne blatt abonnieren möchtest und frag auch andere Leute danach. Den Abo-Schnippel findest du ganz hinten im Heft.**



Die Gewalt-Fabrik

Vorwort

Wesentlicher und von weiteren Zweckbestimmungen unabhängiger Sinn der Freiheitsstrafe ist es, den dazu Verurteilten durch einen weitgehenden Entzug der körperlichen Bewegungsfreiheit repressiv ein Übel (vgl. BVerfG, 2 BvR 2365/09 vom 4.5.2011 zit. nach Juris) zur Vergeltung des begangenen Unrechts zuzufügen.
Während Sinn der Freiheitsstrafe Vergeltung ist, sollte der Vergeltungsgedanke während ihres Vollzuges keine Rolle mehr spielen. Hier kommt es in erster Linie darauf an, Inhaftierte auf ein sozial verantwortliches Leben in Freiheit vorzubereiten.
Wenn der Strafvollzug einen wirksamen Beitrag in der Verminderung schädigenden Verhaltens leisten will, darf er die Inhaftierten nicht sich selbst überlassen.

I.

Nach diesen, im Vorwort genannten Leitlinien, sollte man meinen, in den Knästen findet eine Behandlung der Gefangenen statt, die letztlich geeignet ist, dem verurteilten Rechtsbrecher vor Augen zu führen, dass sein der Verurteilung zugrunde liegendes Verhalten Konsequenzen hat, und sich nicht wiederholen soll.

Knäste sind sowohl politisch, als auch gesellschaftlich gewollt. Sie werden als notwendig erachtet, um letztlich dem normalen Bürger ein Gefühl der Sicherheit zu suggerieren. Man benötigt Gefangene, damit die Masse auf jemanden herab schauen kann. Dies vermittelt der Masse das Gefühl, ein guter Bürger zu sein.
Wie mit den Gefangenen in den Knästen umgegangen wird, bleibt weitgehend unbeobachtet.
Das System Knast ist einer tatsächlichen und wirksamen Kontrolle bereits deshalb entzogen, weil es keine unabhängigen Stellen gibt, die Willkürmaßnahmen gegen Gefangene bekämpfen könnten. Werden derartige Vorwürfe durch die Gefangenen erhoben, was tatsächlich nicht selten ist, werden diese durch die Anstaltsleitungen, Justizministerium oder auch, wenn der Gefangene genug Erfahrung hat, von der Strafvollstreckungskammer „überprüft“. Wobei es sich hier nicht um eine wirkliche Überprüfung handelt, sondern die Vorwürfe werden schlicht abgearbeitet. Sowohl eine Anstaltsleitung, als auch das Justizministerium haben kein Interesse, ihren Mitarbeitern in den Rücken zu fallen. Grundlegend liegt es bereits so, dass es für einen Gefangenen fast immer unmöglich ist, Willkürmaßnahmen zu beweisen. Der Einzelne steht einem sehr gut ausgerüsteten Apparat gegenüber, der es geschickt versteht, sämtliche Vorwürfe abzuwehren. Gleiches gilt für die Strafvollstreckungskammern, die offensichtlich die Ansicht vertreten, sich nicht in die Vorgänge eines Knastes einmischen zu dürfen.

Nicht nur, das solche Vorwürfe grundsätzlich abgewehrt werden, Gefangene, die mutig genug sind, solche Vorwürfe zu formulieren, werden in der Folge auch noch (weiter) diffamiert und es wird behauptet, der Gefangene neige dazu, andere grundlos zu beschuldigen. Dies geht in nicht wenigen Fällen so weit, dass solchen mutigen Gefangenen rasch eine dissoziale Persönlichkeitsstörung zugeschrieben wird. Es liegt eine Vielzahl solcher Ausführungen der Knäste vor. Auffällig ist, dass sich die verwendeten Textbausteine nahezu gleichen. Es ist offensichtlich, dass das System immer nach derselben Methode vorgeht.
Die Folge ist, dass die überwiegend unmotivierten und zu Willkürmaßnahmen neigenden Mitarbeiter eines Knastes auch noch in ihrem willkürlichen Vorgehen bestärkt werden, was die Lage natürlich nicht besser macht.
Dies führt dazu, dass die Gefangenen, die (wiederholten) Willkürmaßnahmen ausgesetzt sind und die sich dagegen wehren, frustriert zurück bleiben.

Diese Gefangenen, die mit ihren Eingaben den richtigen Weg gewählt haben, müssen erkennen, dass sie keinerlei Unterstützung erhalten und ihnen sogar noch der Vorwurf gemacht wird, sie würden die Vorwürfe vorsätzlich unwahr behaupten. Sie müssen unmittelbar erleben, dass willkürliches und nicht selten auch strafbares Vorgehen der Bediensteten keine Konsequenzen hat. Dieses führt nicht selten dazu, dass diese Gefangenen sich verbal-aggressiv oder auch sonst gewalttätig verhalten, weil sie keine andere Möglichkeit sehen, sich (berechtigt) zu wehren. Obgleich solche Verhaltensweisen unmittelbare und verständliche Folge von geduldeten Willkürmaßnahmen sind, bestätigen sie damit auch noch die Behauptungen der Knäste, diese Gefangenen seien die Verantwortlichen. Letztlich wurden sie dazu jedoch vorsätzlich und bewusst getrieben.

II.

Die gemachte Erfahrung dieser Gefangenen, durch den Staat geduldet, solcher Willkürmaßnahmen ausgesetzt zu sein, ist einer gewollten Eingliederung mehr als abträglich. Es führt in der Regel dazu, dass diese Gefangenen nach einer Haftentlassung noch weniger an das Rechtsstaatsprinzip glauben können und die Gewalt-Fabrik Knast wieder einmal ganze Arbeit geleistet hat. Es darf behauptet werden, dass kein Interesse besteht, Menschen, die in die Fabrik Knast gebracht werden, davon zu lösen.

Die Forderung kann nur sein, endlich unabhängige Stellen zu schaffen, die zum einen als Ansprechpartner für die Gefangenen zur Verfügung stehen und zum anderen, die ermächtigt sind, behauptete Willkürmaßnahmen zu dokumentieren und auch zu veröffentlichen, damit eine Transparenz möglich wird und die Willkürmaßnahmen nicht weiterhin gänzlich unbeobachtet bleiben.

Christian Vinke
Schnedebruch 8, 31319 Sehnde

Rubrik: Knast

Beiträge von (ehemaligen) Gefangenen sind sehr willkommen. Das grüne blatt ist für Gefangene kostenlos.
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 1.2.2016
Bitte angeben, ob Kontaktdaten veröffentlicht werden sollen oder nicht.

Kontakt: knast@gruenes-blatt.de

Postadresse der Knast-Rubrik:
grünes blatt
Arndtstr. 37
38118 Braunschweig

Wenn die Sicherungsverwahrung zu ihrem Ursprung zurückkehrt

Oder: „Wie zeige ich mein wahres Gesicht“

„Das gesamte System der Sicherungsverwahrung ist so auszugestalten, **dass die Perspektive der Wiedererlangung der Freiheit sichtbar die Praxis der Unterbringung bestimmt**“[1], ... **„wobei die Entlassung eine realistische Möglichkeit sein sollte**“[2].

Es klingt so gut und ist für die gesetzgebende Gewalt ein Polster, auf das sie mit Stolz blickt. Die Öffentlichkeit ist sicher und sie haben nicht den Schmutz an ihrer Weste, welcher der § 66[3] aus seiner Entstehungszeit mit sich bringt. Zumal der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte diesen Staat deswegen schon mal gerügt hat. Aber wie wenig Einsicht in ihre eigenen Worte die Exekutiven dieses Staates wirklich haben, zeigt deren Umsetzung in die Praxis. Und das leider nicht nur auf Vollzugsebene.

Im November 2003 wurde ich verhaftet. Der Haftrichter sagte: „Wenn es überhaupt passiert ist, 1/2 Jahr oder Geldstrafe.“ Nun, dachte ich, damit kann ich leben.
Erstens kommt es anders und zweitens als man denkt. Das Urteil war 4 1/2 Jahre und SV. Welches Martyrium sich dann ergeben sollte, ahnte ich noch nicht. Allein 4 1/2 Jahre fragten die Anwälte und Anstaltspsychologen beim Prognosezentrum Hannover monatlich nach, wann meine Therapie beginnen sollte. Es hieß immer, dass ich auf den vordersten Plätzen sei.
Gleichzeitig kümmerte ich mich um Alternativangebote. Im Sommer 2008 erhielt ich dann hinter vorgehaltener Hand die Information, dass ich auf keiner Liste sei und ich doch mal den Niedersächsischen Landtag kontaktieren sollte. Was ich dann pflichtbewusst auch tat. Im Dezember 2008 erhielt ich von dort deren Recherchen. Angeblich hätte man mich vergessen. Kaum vorzustellen, wenn monatlich Anwälte und Anstaltspsychologen dort nach dem Stand der Dinge fragen. Aber im Sommer 2009 sollte es dann soweit sein und ich kam in die Sozialtherapie Hannover.
Endlich mal ein Lichtblick, noch mal lebend die staatliche Obhut zu verlassen. Empfangen wurde ich jedoch dort mit den Worten: „Meinen Sie, dass Sie solange hier sind, dass Sie Sachen zum Wechseln brauchen?“ Und 6 Tage später fand ich mich dann auch gleich in der B-Zelle[4] wieder und wurde tags darauf zurück in meine Stammanstalt verlegt. Klar ging ich dagegen mit einem 109-Antrag[5] vor und fand in der StVK Hannover im September 2010 auch ein integres und faires Gericht, welches die Rechtswidrigkeit der Rückverlegung feststellte. Es keimte wieder etwas Hoffnung auf, als ich dann Anfang Oktober 2010 in die Sozialtherapie Lingen verlegt wurde. Dass die meinen Sieg gegenüber ihren Freunden nicht attraktiv fanden, machten sie mir dann auch des Öfteren deutlich. Aber ich hatte ein Ziel und wollte ja noch einmal lebend wieder raus kommen.

Im August 2013 erhielt ich dann aufgrund der positiven Fortschritte Ausgänge. Jene waren täglich und auch sogar 10x pro Monat ohne Beamte. Alles verlief beanstandungsfrei. Wer aber nun meint, dass der § 66 das einzige in Niedersachsen ist, was aus der unrühmlichen Zeit gerne weiter zelebriert wird, der irrt sich. Auch die umschwärmte Sippenhaft wird hier mal gerne aus dem Keller zu Tage geholt. So hatte ein anderer Sicherungsverwahrter dort im Mai 2014 eine Straftat begangen und sich dann auf die Flucht begeben. Für mich erfolgte dann sogleich die Bestrafung, dass mir sämtliche Lockerungen entzogen wurden.
Aber dem Niedersächsischen Justizministerium reichte das bei weitem nicht aus. So wurde zudem im August 2014 zusätzlich meine dort gut laufende Therapie abgebrochen und ich wurde in Deutschlands Guantanamo verlegt. Und wie es bei der Justiz so ist, sind sich immer alle einig, wenn es um die Bestrafung geht. Solange sie auch unverhältnismäßig hoch ausfällt. Sämtliche Gerichte hier nickten dies Vorgehen ab. SVer haben aber ja das Recht, alle 12 Monate geprüft zu werden. Ob dem dieser Name überhaupt zusteht, sei mal dahin gestellt. Denn es soll ja alles so schön bleiben wie es früher einmal war. So sagte Oma auch immer. Sicherlich hat sie das aber anders gemeint, als es die Machthaber hier meinen.
Im Mai dieses Jahres kam es dann zur ersten Anhörung hier in Göttingen. Ich war richtig erstaunt, welch integeren Richter ich vor mir hatte. Ich muss wirklich sagen, dass ich an dem Tag richtig Achtung vor dem Menschen hatte. Ich schätzte ihn als sehr fair ein. Er entschied, dass ein externes Gutachten erstellt werden soll.
Und der hochangesehene Professor aus Göttingen (Psychiater und auch Neurologe) kam zu dem Ergebnis, dass man bei mir eine Entlassung befürworten kann. Es kam dann

1) Rn 108, Bundesverfassungsgericht - Leitsätze (Urteil des Zweiten Senats vom 4. Mai 2011 -> 2 BvR 2365/09-, -2 BvR 740/10-, -2 BvR 2333/08-, -2 BvR 1152/10-, -2 BvR 571/10-) 2) Rn. 109, vgl. EGMR, Urteil vom 17. Dezember 2009, Beschwerde-Nr. 19359/04, M../. Deutschland, Rn 129. 2009 3) § 66 StGB: Unterbringung in der Sicherungsverwahrung 4) Beruhigungszelle 5) Antrag auf gerichtliche Entscheidung

zum 2. Teil der Anhörung im August 2015. Viele meiner Mitmenschen, Freunde, Familie, usw. gingen davon aus, dass nun das Martyrium für mich ein Ende hat.
Ich habe in meinen 50 Jahren, auch aufgrund meiner Selbständigkeit und vielen ehrenamtlichen Tätigkeiten, viele Menschen kennengelernt. Aber noch nie musste ich miterleben, dass ein Mensch sich derart um 180 Grad drehen kann. Der Richter hat mich dann aber eines Besseren belehrt. Es wurde der renommierte Professor vom Vollzug als inkompetent dargestellt und sich selbst der Heiligenschein aufgesetzt. Wie Pippi Langstrumpf schon früher besungen hat: „Ich mach mir die Welt, widewide wie sie mir gefällt."

Offensichtlich hat der Richter wohl auch seine Instruktionen aus dem Niedersächsischen Justizministerium erhalten und folgte der Phrase aufs „I-Tüpfelchen". Wie gut, dass sich da wieder alle einig waren. Was aber bleibt, ist die Bankrotterklärung eines „Rechtsstaates".

A.A.
JVA Rosdorf
– Briefe für A. könnt ihr an die Knast-Rubrik-Adresse schicken

Exportschlager Häftling

Die Alpenrepublik ist bei Häftlingszahlen führend in Europa (Österreich 108, BRD 82 je 100.000 Einwohner). Die Quote wäre noch weitaus höher, wurde Österreich EU-Bürger nicht radikal zur Strafverbüßung in die jeweiligen Heimatländer exportieren. Ob dies nun sinnvoll oder gar von den Gefangenen erwünscht ist, sei dahingestellt. Die Heimatländer können sich das bestimmt nicht wünschen. Die Strafen sind bei Ausländern besonders hoch, die Rechtsstaatlichkeit der Verurteilungen ist unter anderem wegen „freier Beweiswürdigung" (das heißt in Worten des Richters bei den Urteilsverkündungen: „das Gericht gelangt zur Überzeugung, dass die Schuld erwiesen und die Anklage gerechtfertigt ist ..." zu bezweifeln.

Unabhängig davon sind Beweis- und Indizienlage, anders gesagt, bei den Ösis kommst du ins Gefängnis, wenn der Richter der Meinung ist, du bist schuldig. Gleichgültig, ob die Beweislage zur rechtsstaatlichen Verurteilung ausreichen würde oder nicht. Geständnisse zu erlangen ist wie in Drittweltländern daher oberstes Ziel der Polizei und auch gängige Praxis. Keine Ermittlungsarbeit aber viele „Geständnisse".
Gefangene werden dermaßen „gut" medikamentiert, selbst Alkoholprobleme werden mit Substitutionsmittel behandelt, sodass sehr viele Insassen die JA (Justizanstalt) süchtig verlassen. Nur für Psychopharmaka und Drogensubstitution werden in der **JA Karlau bei etwa 500 Häftlingen circa 540.000 Euro jährlich ausgegeben**, wie im Insider Heft Nr. 30 (Gefangenenzeitschrift der JA Graz-Karlau) nachzulesen ist.

Trotz dieser „Abschiebepraxis" ist die Belagsquote in Österreich bei etwa 120 Prozent bei desaströsen Haftbedingungen. Von dieser Verlegungspraxis profitiert nur die österreichische Justiz, schädigt seine EU-Partner und verhindert einen sinnvollen Strafvollzug, der in einer Resozialisierung münden sollte.

Gerhard Huß
Herrgottwiesgasse 50, 8020 Graz

Ein Versprechen namens Freiheit!

Nazis morden, der Staat schiebt ab.

Vor wenigen Wochen erklärte die deutsche Bundeskanzlerin Merkel, Deutschland sei ein freundliches Land, das Menschen willkommen heiße, welche vor Kriegen und politischer Verfolgung flüchteten.
Kaum ausgesprochen, reagiert die ganz große Koalition aus CDU, SPD und – wie sollte es anders sein – den Grünen, angesichts des Umstandes, dass viele tausende Menschen dieses Kanzlerinnenwort für bare Münze nahmen und kamen, mit einem Gesetzes- und Maßnahmenpaket, welches die wohl schärfste Einschränkung elementarster Menschenrechte für Flüchtlinge seit dem Jahr 1993 – seinerseits wurde faktisch das Asylrecht in der BRD abgeschafft – darstellt.

Was meint Freiheit?

In einer idealtypischen Vorstellung ist dort Freiheit existent, wo unser Leben keiner Rechtfertigung durch Erfolg oder irgend etwas sonst benötigt, dort wo der Mensch keiner Macht außerhalb seiner selbst unterworfen ist. Einerseits sprechen wir also von der 'Freiheit von' etwas; andererseits ist die 'Freiheit zu' etwas fast schon wichtiger. Die Freiheit zu leben, in Beziehung zu und mit anderen Menschen, ohne manipuliert zu werden, ohne einen unterdrückerischen Apparat fürchten zu müssen, spontan, glücklich; sicherlich nicht immer, das Leben wird niemals ein Ponyhof sein, aber zu einer positiven Freiheit ist der Mensch geboren und sucht sie ein Leben lang.
Die Freiheit ist das Verbrechen!
Jetzt wo hunderttausende Menschen nach Europa wollen, aus nacktem Überlebensantrieb, aus Furcht vor Verfolgung, Folterungen, Diskriminierungen, wirtschaftlich völlig desolaten Lebensbedingungen, erweist sich jene 'Freiheit' von der die etablierten PolitikerInnen Europas, zu förderst Deutschlands zu sprechen pflegen, als 'das Verbrechen, das alle Verbrechen enthält' *('Ein Verbrechen namens Freiheit', OS Cangaceiros).*
Die, die kommen, um hier Freiheit zu finden, sie sollen nach dem Willen von CDU/SPD/GRÜNEN wahlweise als möglichst günstige Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt herhalten (und damit soll und wird auch Druck auf die übrigen ArbeiterInnen ausgeübt, Lohnverzicht zu üben), oder möglichst rasch wieder aus dem Land geworfen werden. Die Parteien nutzen die Gunst der Stunde, längst gefasste Pläne zur noch repressiveren Ausgestaltung des Ausländer- und Flüchtlingsrechte in Eilverfahren durchzupeitschen.
Flüchtlinge, die aus anderen EU-Staaten kommend hier einreisen, sie sollen künftig nur noch Verpflegung und ein Rückreiseticket (in das EU-Land aus welchem die Einreise erfolgte) erhalten. Keinerlei sonstige Unterstützung: Kein

Platz zum Schlafen, keine ärztliche Versorgung, kein reguläres Asylverfahren.
Mal wieder erweisen sich die GRÜNEN als Vollstrecker, wenn – vielleicht – auch nicht als die eigentlichen Initiatoren dieser Entwicklung; angesichts deren Regierungsbeteiligung in neun Bundesländern, kann nur mit ihrer Zustimmung, die sie längst signalisiert haben, die Verschärfung Gesetz werden.

Europa – ein großes Gefängnis

An den EU-Außengrenzen werden Zäune installiert, im Mittelmeer sind Kriegsschiffe im Einsatz – noch lassen die Regierungen nicht scharf auf die Flüchtlinge schießen, aber es wird der Boden geschaffen und bereitet für - man kann es nicht anders sagen – Gemetzel in den Grenzregionen. In Ansätzen zeigte die ungarische Maschinerie in den vergangenen Tagen schon, was künftig zu erwarten sein wird. Menschelnd biedern sich SPD-Gabriel und CDU-Merkel bei und mit BILD ('Wir helfen') an, zeigen ihre scheinbar menschlich-herzliche Seite, während sie doch zur selben Zeit an der Umsetzung der Pläne für ein Grenzregime arbeiten, welches verblüffend an die ehemalige DDR-Grenze erinnert, nur dass es jetzt darum gehen soll, jeden zu 'neutralisieren' der einreisen möchte.

Alles ist möglich!

Wer heutzutage revolutionäre Ansprüche erhebt, gilt rasch als Träumer, als jemand der die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat; ich bin überzeugt: das Gegenteil ist richtig. Die globalen Krisenherde verschieben sich, die (westlichen) Regierungen rüsten auf und grenzen sich ab. Warum sollten sie das tun, wenn sie nicht revolutionäre Strömungen am Horizont erkennen würden?!
Die tagtäglich zu Tausenden eintreffenden Flüchtlinge geben bildhaft Zeugnis von den Schrecken dieser Welt, fernab unser durch relativen Wohlstand verweichlichten Konsumgesellschaft, in der die Wahl des 'Coffe-to-go' (mit/ohne Zucker/Süßstoff und so weiter) vielen wichtiger erscheint, als das Sterben auf dem Mittelmeer.
So kommt es zu einer existenziellen Erschütterung der vertrauten Welt, denn plötzlich ist es nicht mehr die 'Tagesschau' um 20 Uhr, die uns Bilder von Verfolgten in die Wohnstuben sendet, sondern es reicht ein Gang vor die eigene Haustüre.

So ist es an uns, jenen, die hinter der starren Maske des scheinbar mitfühlenden Lächelns, und der geheuchelten Empathie für die Verfolgten dieser Erde, daran arbeiten in den Krieg zu ziehen gegen eben jene Verfolgte, etwas entgegen zu setzen. Aber nicht als bloße Reaktion, sondern als gesellschaftliche Alternative; denn eine Bewegung die sich lediglich in Reaktionen verliert, stabilisiert das System, anstatt es zu überwinden.

Thomas Meyer-Falk, c/o JVA (SV-Abt.)
Hermann-Herder-Str.8, 79104 Freiburg
freedomforthomas.wordpress.com

Der Streik der GDL und die öffentliche Empörung

Gruppen gegen Kapital und Nation Worum es wirklich geht: Streit über die Zulässigkeit einer gewerkschaftlichen Strategie.
Wenn man ein bisschen genauer hinguckt, dann kann man z. B. aus der Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung durchaus herausfiltern, worum es bei dem Streik geht.
Die Gewerkschaft der Lokomotivführer (GDL) will eben nicht nur für die Lokomotivführer Lohnerhöhungen durchsetzen, sondern auch für andere Beschäftigte bei der Bahn, die Mitglieder bei der GDL sind. Dann gibt es noch die EVG (Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft), die Mitglied im DGB ist und gleichfalls um Lohnerhöhungen bei diesen anderen Beschäftigten verhandelt.
Das Unternehmen, die Bahn AG, will aber nur dann einen Abschluss mit der GDL machen, wenn dieselben Verträge herauskommen, wie in den Verhandlungen mit der EVG. Das lehnt der Gewerkschaftschef der GDL strikt ab.
„Die Tarifverträge von EVG und GDL seien `niemals zu vereinbaren“, zitiert ihn die SZ (05.05.2015, S. 2).

Dass die GDL über Lokomotivführer hinaus Mitglieder bei der Bahn gewonnen hatte, verdankte sie schließlich dem Einsatz ihrer Macht gegen einen Tarifabschluss, den die Vorgängerorganisation der EVG mit der Bahn AG abschließen wollte, der „u. a. bis zu 18 zusätzliche unbezahlte Schichten pro Jahr bei DB Regio vorsah“ (wikipedia – GDL) – für die Zugbegleiter.
Das „Ungeheuerliche“ ist, dass die GDL glatt folgenden einfachen strategischen Gedanken des ökonomischen Arbeitskampfes anwendet: Wenn man aufgrund eines sehr hohen Organisierungsgrades in einem entscheidenden Bereich des Betriebes die Macht hat, dem Unternehmen durch Streik Schaden zuzufügen, dann setzt man diese Macht ein, um für diejenigen Arbeiter im Betrieb, die nicht so gut organisiert sind, etwas herauszuholen. Darüber bekommt man neue Mitglieder und verstärkt so die gewerkschaftliche Macht.

Diese Strategie verfolgen die Gewerkschaften des DGB bewusst nicht. Wenn es um den Lohn der Gebäudereiniger geht, die immer am untersten Ende der Lohnhierarchie stehen, dann ist die IG Bau zuständig. Sie kämpft auf Grundlage eines schlechten Organisierungsgrades und Erpressungspotentials, wenn die Putzkräfte leichter austauschbar sind. Wenn es aber um einen Automobilbetrieb geht, warum wird dann nicht mal die gut organisierte und nicht so leicht austauschbare IG-Metall-Macht eingesetzt, um für die Reinigungskräfte ordentliche Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen herauszuholen?
Stattdessen fühlen sich die DGB-Gewerkschaften für ihre Nation und deren Wirtschaft verantwortlich - egal wie wenig sie dabei eigentlich zu bestimmen haben. Mit der Sozialpartnerschaft als Prinzip sind sie immer dabei, auf den Standort Rücksicht zu nehmen und Lohngruppierungen mit allerlei Gefälle zu akzeptieren, wenn der Gewinn in der Branche das verlangt.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Die GDL will die Lohnarbeit nicht abschaffen, auch sie orientiert sich an Lohngruppierungen und sie ist bestimmt keine antinationale Organisation. Nur meint sie eben, dass man für die Arbeiter mehr herausholen kann und sollte. Und sie hält das zu Recht für unvereinbar mit den Strategien der DGB-Gewerkschaften.
Die Politik weiß sehr genau, worum es bei diesem Streit zwischen Bahn

AG, der EVG und der GDL geht. Daher hat sie sich entschlossen, den kleineren Spartengewerkschaften zugunsten der DGB-Gewerkschaften das Leben schwer zu machen. Mit dem Gesetz zur Tarifeinheit, nach dem in einem Betrieb im Streitfall nur der Abschluss der mitgliedsstärksten Gewerkschaft Geltung haben wird, will sie die GDL und damit deren Strategie machtlos machen. Alleine die Planung des Gesetzes hatte den Druck auf die GDL erhöht, die Bahn durch rücksichtslosere Schädigung zum Umdenken zu bringen.

Die öffentliche Empörung

Allerdings muss man solche Sachen aus der Berichtserstattung herausfiltern. Überwiegend findet die Presse (z. B. SZ, FAZ, BILD inklusive der sonstigen Springer-Verlag Presse), ebenso wie die Politik, ein solches Gewerkschaftsverhalten unanständig und spricht der GDL-Strategie jede Legitimität ab. Das geht so:
Der Chef der Gewerkschaft wird als machtgeil dargestellt. Warum da tatsächlich eine Machtprobe ansteht, wird damit weggewischt. Alles erkläre sich aus einer subjektiven Macke des GDL-Vorsitzenden. Damit soll auch die Basis der gewerkschaftlichen Macht, die gut organisierten Lokführer, angesprochen werden, nach dem Motto: Ihr könnt euch doch nicht wohlfühlen, wenn ihr von einem Verrückten angeführt werdet.
Auf den Schaden, den die Wirtschaft durch Transportausfall nimmt, wird verwiesen. Die ganze nationale Wirtschaft würde in Geiselhaft genommen, nur wegen ein paar Zugbegleitern oder Lokrangierführern. Damit wird die Politik angefeuert, das Gesetz zur Tarifeinheit konsequent und zügig durchzusetzen.
Aber nicht nur die Wirtschaft, nein, auch die Lohnabhängigen und sonstigen armen Würstchen der Republik würden von der GDL in Geiselhaft genommen werden, sie könnten nicht pünktlich zur Arbeit, in den Urlaub fahren usw. Unterstrichen wird das Leid mit der offensiven Schilderung der beknackten Situation moderner Lohnabhängiger:
„Wer in jenen Jahren steht, die man verniedlichend ‚Rushhour des Lebens` nennt, wer seinen Alltag also zwischen Familien- und Arbeitsleben so streng durchgetaktet hat, dass oft zehn Minuten über den Unterschied zwischen Belastung und Stress entscheiden, der hat nun schon vor Streikbeginn eine rechte Wut im Bauch.“ (SZ, S. 4)
Die Süddeutsche Zeitung unterfüttert also ihre Kritik der gewerkschaftlichen Strategie, Belastung und Stress zu vermindern, auch dort, wo die Leute nicht so gut organisiert sind, mit genau den Alltagssorgen, die ein Lohnarbeiter in modern times hat. Sie unterstellt den Leuten, dass sie sich den absurden Anforderungen der kapitalistischen Lohnarbeit stellen wollen, sich also mit ihnen arrangieren wollen – und redet ihnen ein, dass sie sich dann aber das Recht verdient haben, auf jeden hemmungslos zu schimpfen, der dieses Sich-Einrichten behindert.

Was man daraus lernen könnte

Wenn der Großteil der Politik und Öffentlichkeit sagt, dass es nicht sein darf, wenn besser organisierte Abteilungen der Arbeiter sich für andere Abteilungen einsetzen, dann ist das ein Bekenntnis zur Notwendigkeit von prekären Arbeitsverhältnissen. Das ist ja auch sonst kein Geheimnis, dass sich abgesehen von ein paar linken Ausnahmen alle Parteien und Zeitungen einig sind, dass Deutschland so gut dasteht, weil es mit den Hartz IV-Reformen die Armut der Lohnabhängigen flächendeckend forciert hat. Was ist, wenn das stimmt und die linken Ausnahmen wie Die Linke unrecht haben? Wäre es dann nicht mal an der Zeit zu fragen, ob Deutschland oder nationales Wirtschaftswachstum glatt das Gegenteil von einer sicheren Versorgung ist – zumindest für diejenigen, die kein Kapital haben?

So sehr wir auch der GDL ein bisschen die Daumen drücken, wäre dann aber auch etwas anderes fällig, als der Kampf um „faire Löhne“ (GDL). Was soll das sein? Entweder ein Lohn reicht zum Leben oder noch besser dazu, dass sich das Leben auch entwickelt oder eben nicht. Mit „fair“ wird so getan, als wenn das Verhältnis von Unternehmen und Lohnarbeit eine win-win Situation sein könnte, bei der beide Seiten etwas hineingeben und dafür einen Nutzen herauskriegen. Dabei führt die Bahn AG der GDL doch praktisch immer wieder vor, dass das Interesse am Gewinn auf Kosten der Lohnabhängigen geht. Ideologisch nimmt die Bahn AG das Argument der win-win Situation auf, wenn sie der GDL vorrechnet: Gerade die Lohnabhängigen sind vom Gewinn der Bahn AG abhängig und dann könnt ihr den doch nicht gefährden, weil eure Mitglieder davon doch leben!

Daher wäre uns folgender Standpunkt lieber: Streiken für bessere Arbeitsverhältnisse ohne zu begründen, warum andere, insbesondere das Unternehmen, einsehen sollten, dass das doch o.k. ist. Rausholen, was rauszuholen geht. Die Feindschaft, die das Unternehmen, die Öffentlichkeit und die Politik aufmacht, zum Anlass nehmen, um über die grundsätzliche Unvereinbarkeit von sicherer/stressfreier Lebensführung auf der einen Seite und Gewinn und davon abhängige Lohnarbeiter auf der anderen Seite aufzuklären.
Denn eines ist klar: Sollte die GDL doch noch Erfolg haben, wird die Bahn nach neuen Wegen suchen, den Lohn zu mindern und die Arbeitszeit auszudehnen oder zu intensivieren. Vielleicht mit einer neuen Billig-Bahn-Abteilung, wie Lufthansa das gerade mit Germanwings macht?

Daher: Lohnarbeit lohnt sich nicht für die Lohnarbeiter, egal ob als GDL-Lokführer oder Mini-Jobber. Dass sie für die meisten der einzige Weg ist, den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten, macht die Sache weder besser noch erträglicher.[1]

1) Mehr, warum das so ist, in: *„Die Misere hat System: Kapitalismus.“* **gegen-kapital-und-nation.org/die-misere-hat-system-kapitalismus** gegen Spende zu bestellen oder umsonst als PDF/ebook.

Kritik der unpolitischen Kritik am politischen Veganismus

Jb Zum Text in „grünes blatt" Sommer 2015 (S. 4ff): Den Veganismus kritisch zu betrachten, ist immer gut. Das gilt für alle politischen Strömungen und würde auch allen guttun, den identitäre Selbstbestätigungsrituale prägen fast alle Ecken der Protestlandschaft. Insofern ist der Versuch des Textes anzuerkennen. Es bleibt allerdings beim Versuch. Die Ausführung lässt dunkle Abgründe anti-emanzipatorischer Gesinnung bei den Schreiberlingen erkennen – verblendet durch die eigene Ideologie.

Vorweg zur Begriffsklärung: *„Politischer Veganismus"* ist im Artikel anders benutzt als in veganen Strömungen. Dort ist mit politischer Veganismus die Minderheit gemeint, die nicht aus Geschmacks-, Gesundheits-, Wellness- oder Lifestylegründen vegan lebt, sondern damit politische Ziele verbindet. Ausgerechnet diese (u.a. meist antikapitalistisch gesinnte) Gruppe wird im Text über die Kritik am politischen Veganismus kritisiert, während die pro-kapitalistischen Geschäftemacher mit Veganprodukten gerade deshalb mehr akzeptiert scheinen, weil sie unpolitisch und nur profitorientiert handeln. So führen dogmatische Verengungen zu interessanten Schlussfolgerungen. Das ist jedoch noch harmlos. Ein Blick in den Text lässt erschrecken: Hier sind Dogmatiker_innen am Werk, die für ihr Dogma schon mal biologistisch argumentieren oder Unterdrückungsverhältnisse gutheißen.

Schauen wir also mal genau auf einige Zitate:

„Im Tierreich verzehren die Tiere einander, um ihr Leben zu erhalten. Es passt hier nicht, die Tiere zum Mitleid aufzurufen. Naturwesen stellen sich ‚ignorant' zu ihrem Essen; sie fressen, bis sie satt sind. Das macht der Mensch als biologisches Lebewesen ebenso. Damit könnte das Thema beendet werden, wäre da nicht der politische Veganismus."

Zunächst: Das ist platter Biologismus. Solche Bemerkungen führen anderswo zu Ausschlüssen aus linken Zusammenhängen (was nicht souverän ist). Weil Tiere beim Essen auch nicht auswählen oder nachdenken, müssen Menschen das auch nicht. *„Damit könnte das Thema beendet sein"* steht da, d.h. die Analogie aus dem Tierreich ersetzt bereits alle anderen Aspekte. Der Mensch ist nichts als ein *„biologisches Lebewesen"*. Radikaler und dogmatischer geht Biologismus kaum.

Die Kritik geht dann aber nicht weiter darauf ein, sondern wendet sich politischen Fragen zu. Doch auch dort tauchen bemerkenswerte Positionen auf, z.B. eine bemerkenswert konservative Sicht auf direkte Aktionen:

„So schreckt der politische Veganismus im Namen des Tierleides nicht davor zurück, Tiere zu befreien und verstößt damit klar gegen das Interesse der Farmbesitzer, die ihrerseits die goldene Regel in Anschlag bringen können: ihr Interesse an einer Einkommensquelle."

Was soll das heißen? Sind Kapitalinteressen inzwischen ein schützenswertes Gut, welches es zu verteidigen gilt? Atomkraftbetreiber_innen, Rüstungsfirmen und viele andere haben auch Interesse an ihren Einkommensquellen. Politischer Kampf ist immer eine Abwägung. Dogmatismus befreit von einer menschlichen Eigenschaft, dem Nachdenken. Dass hier bei vielen Tierrechtler_innen deutliche Defizite bestehen, ist ein Problem. Daran zu rütteln, eine wichtige Sache. Aber das Gegendogma zum Leitbild zu machen, ändert nichts daran, dass die Idee emanzipatorischer Politik, nämlich der Blick durch die Augen der Menschen (nicht der Apparate, der kollektiven Identitäten oder der Konzerne) auf die Verhältnisse der Menschen, in jedem Dogma verloren geht, weil nicht mehr die konkrete Situation – gern unter Beachtung vorhandener Ideale und Ziele – betrachtet und abgewogen wird. Das geht im Text weiter:

„Und nicht selten wird bei diesem Stellvertreterkampf für die „Rechte" der Tiere im Namen deren Leidensfähigkeit rücksichtslos gegen die Leidensfähigkeit der Menschen vorgegangen, die ihr Geld in Laboren und Tierzuchtbetrieben verdienen: der Tierbefreier."

Dass das Leiden (samt ihrer Gründe) verhinderter Kriegstreiber_innen, gestoppter Vergewaltiger_innen und gescheiterter Sklavenhalter_innen in politische Überlegungen einbezogen wird, wäre ein Fortschritt in emanzipatorischer Denkkultur der meisten politisch aktiven oder Sofa-Linken. Ob das aber hier überhaupt gemeint ist, darf bezweifelt werden. Wahrscheinlicher ist, dass Tiere als ein derartiger Haufen Dreck angesehen werden, dass selbst die widerlichsten menschlichen Interessen immer über diese gehen. Dass dann ausgerechnet für die, die dem Leiden der Tiere nicht zusehen mögen (was übrigens auch eine Abwendung von Leiden von Menschen ist, wenn ihnen diese Brutalität in Laboren und Ställen eben nahe geht – aber so komplexes Denken geht dem Kritiktext ja gerade ab), als *„rücksichtslos"* gebrandmarkt werden, zeigt diese Voreingenommenheit. Ein Interesse ist schon deshalb gut, weil es von Menschen ausgeht – und unbeachtlich, wenn es sich auf Tiere bezieht.

Das letzte Zitat greift einen Einzelaspekt auf – und zeigt auch hier nicht nur einen bemerkenswerten Hang zum Einfachdenken, sondern auch fehlende Informationen.

„Schon heute werden trotz Fleischproduktion mehr Lebensmittel produziert als für die Versorgung aller Menschen notwendig. Der Grund für die chronische Unterernährung von 850 Millionen Menschen im Jahre 2014 kann also nicht in der mangelnden Anbaufläche oder Problemen bei technischen Konservierungs- oder Transportmitteln zu suchen sein – geschweige denn bei der energieaufwendigen Produktion von Fleisch."

Typisches Kurzdenken. Hätten die Kritiker_innen genauer hingeschaut, würde sie schnell etwas anderes bemerken: Aus vielen Gründen werden auf der Welt riesige Nahrungsmittelmengen verschoben. Ähnlich wie bei anderen Grundstoffen der Daseinssicherung laufen die Flüsse aus den Peripherien in die Metropolen, sowohl international wie auch in allen Regionen. Die Metropolen speien die Reste dann wieder aus

in die Peripherien. Zudem müssen die Peripherien Arbeitskräfte liefern. Dafür wird ihnen die Möglichkeit zur Subsistenz, also zum Überleben aus eigener Kraft, entzogen. Für den riesigen Material- und Arbeitskräftefluss gibt es viele Gründe. Einer davon ist die Fleischproduktion. Auch wenn es insgesamt trotzdem genug zu essen gibt, stimmt das in einigen Regionen eben nicht. Dort könnte zwar auch genug wachsen, aber das Land ist den Menschen entzogen. Es werden Exportfrüchte oder eben Tierfutter angebaut. Dahinter steht die blanke Macht, die das durchsetzen kann. Das heißt: Die Fleischproduktion basiert auf Kapitalismus, Militär und Staatlichkeit. Ohne diese würden die Menschen wahrscheinlich nicht zustimmen, dass sie verhungern, während andere bei ihnen Futtermittel anbauen. Aber diese Kapitalinteressen waren ja gerade das, was die Kritiker_innen des politischen Veganismus schützen wollten. Also wenn, dann bitte so: Der Kampf gegen die Tierhaltung ist eine Notmaßnahme, innerhalb der von Kapital- und Machtinteressen dominierten Welt das Leiden der Tiere (und vieler Menschen) zu reduzieren. Am Ende muss aber der Sieg gegen Herrschaft (u.a. das Kapital) insgesamt stehen. Etliche Veganer_innen haben das auch klar. Vielleicht zu wenig, so dass hier die Kritik wichtig ist. Der Kritiktext am politischen Veganismus zielt aber in ganz andere Richtungen und will das Recht verteidigen, die Erde untertan zu machen – selbst dann, wenn es nur Kapitalinteressen dient.

Aufruf zur Beteiligung am Protest gegen die Grüne Woche



Warum gegen die Grüne Woche?
Als weltgrößte Messe für Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau steht die Grüne Woche für all die Unterdrückung, Tierausbeutung und Umweltzerstörung des kapitalistischen Landwirtschaftssystems. Die Grüne Woche bedeutet jedes Jahr zehn Tage Propaganda und Werbung für eine ausbeuterische und umweltzerstörerische (Land-)Wirtschaft – ein Landwirtschaftssystem, das auf die Bedürfnisse und das Wohlergehen von Mensch und Tier pfeift, die Grundlage für alles Leben auf diesem Planeten zerstört und einzig am Profit für Wenige interessiert ist.

Beteiligt euch auch 2016!
Auch 2016 findet die Grüne Woche vom 15. bis 24. Januar auf dem Messegelände Berlin statt. Auch dann wollen wir wieder mit eigenen Informations- und Protestveranstaltungen gegen diese unsägliche Propaganda vorgehen.

Wir, die aufrufenden Aktiven und Gruppen, fokussieren in unserem politischen Alltag vor allem den Kampf gegen Tierausbeutung. Während der Grünen Woche nimmt die Präsentation von Tierhaltung einen bedeutenden Platz ein und bietet so Anknüpfungspunkte für Protest und Widerstand gegen die grauenhafte weltweite Unterdrückung und Ausbeutung von Milliarden von fühlenden Individuen.

Darüber hinaus möchten wir andere Aktive und Gruppen motivieren, eigene Aktionen zu ihren bevorzugten Themenschwerpunkten zu organisieren. Denn nicht nur die Tierausbeutung gilt es in der kapitalistischen Landwirtschaft zu kritisieren. Es gibt genug Anknüpfungspunkte für zahlreiche Proteste gegen die Grüne Woche. So soll auch 2016 wieder ein buntes Ensemble sich ergänzender Aktionen mit unterschiedlichen Blickwinkeln und Kommunikationsstrategien am Messegelände entstehen.

Wie könnt ihr aktiv werden?
Wenn ihr mit Euren Freund*innen, mit eurer Gruppe oder als einzeln Aktive Lust habt, selbst etwas nach Eurem Geschmack zu organisieren, kündigen wir eure Aktion im Vorfeld auf der Aktionswochen-Website gerne an und mobilisieren dafür. Meldet euch dafür oder wenn Ihr mit uns zusammen am organisatorischen Rahmen der Aktionswoche arbeiten wollt gerne einfach bei aktionen-gruene-woche@riseup.net.

Am Freitag, den 15. Januar wird ein Aktionstag am Messegelände veranstaltet. Für mehr Infos schreibt bitte an d.jessen@jp-berlin.de oder aktionen-gruene-woche@riseup.net.

Für ein kraftvolles und wahrnehmbares politisches Signal gegen die allumfassende Ausbeutung von Tier, Mensch und Umwelt im kapitalistischen System!

Mehr Infos unter: **www.gruene-woche-demaskieren.de**

Aktionscamp gegen Tierfabriken 2015 erfolgreich beendet

Ein Rückblick

kgt/Blockiert, besetzt, transparent gemacht: Mit unterschiedlichen Aktionsformen protestierten Aktivist_innen vom 18.-23. August 2015 im Rahmen des "Aktionscamps gegen Tierfabriken" in Balge nahe Nienburg gegen die Fleischindustrie und ihre desaströsen Folgen für Mensch, Tier und Natur. Unter dem Motto „Das System Wiesenhof markieren und stören" richtet sich ihre Kritik an die gesamte industrielle Tierproduktion und im Speziellen gegen die PHW-Gruppe und ihre international bekannte Marke Wiesenhof. Neben einer Blockadeaktion, einer Aktions- Fahrradtour, mehreren Kundgebungen und kreativen Aktionen tauschten sich die 70-80 Teilnehmer_innen auf dem Camp im Rahmen von Workshops und Vorträgen, Musik- und Kunstbeiträgen über verschiedene Aspekte der kapitalistischen Tierindustrie, ihre Ursachen und Folgen sowie mögliche Gegenstrategien und Protesformen aus. Polizei und Staatsschutz versuchten indessen die Profite der PHW-Gruppe und ihrer Geschäftspartner_innen vor den Protesten zu schützen. Dabei wurden mehrere Aktivist_innen verletzt, in Gewahrsam genommen, erkennungsdienstlich behandelt und schikaniert.*



Die PHW-Gruppe
Die Unternehmensgruppe PHW ist schwerpunktmäßig im Wachstumsmarkt der Geflügelproduktion tätig. Neben Zucht und Fleischproduktion verwertet sie Hühner, Puten und Enten bis auf die letzte Feder und den letzten Tropfen Blut zur Herstellung von Nahrungsergänzungsmitteln sowie für Rohkomponenten der Human- und Tierernährung sowie ihr Fett zur Gewinnung von Treibstoff. Selbst der Kot der Tiere wird noch zur Ware und dem Kompost für die Pilzzucht beigemengt. Die Gewalt, die dabei von PHW ausgeht, ist immens: In den elf konzerneigenen Schlachtfabriken und Verarbeitungsbetrieben werden nicht nur täglich Millionen Tiere umgebracht, die zuvor von Vertragsmästern in Mastanlagen ihrer Freiheit und jeglicher Chance auf ein Leben in Selbstständigkeit beraubt wurden; auch Arbeiter_innen, vor allem aus osteuropäischen Ländern, werden unter erbärmlichen Arbeitsbedingungen beschäftigt und in eine prekäre Existenz gezwungen. Daneben bescheren Schlacht-, Mast- und Futtermittelanlagen der Anwohnerschaft nicht nur angebliche Arbeitsplätze, sondern auch gesundheitsschädliche Emissionen und teils frapperiende Boden- und Trinkwasserverschmutzungen.
Menschen des globalen Südens, in dem Rohstoffe des Tierfutters (v.a. Soja) angebaut werden, leiden wiederum nicht nur unter den Folgen der Futtermittelproduktion, sondern zusätzlich unter der steten Expansion der Anbauflächen. Großflächige Waldrodung, unwirtliche Brachflächen und Vertreibung von Mensch und Tier sind die systematischen Begleitphänomene des ökonomischen Gewinnstrebens.



Das Aktionscamp
In kämpferischer Solidarität mit all den Tieren und Menschen, die für die Profitinteressen der PHW-Gruppe Unterdrückung, Ausschließung, Ausbeutung und Gewalt erfahren, kamen Aktivist_innen der Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung sowie anderer emanzipatorischer Kämpfe aus dem Bundesgebiet, Österreich und Frankreich zum "Aktionscamp gegen Tierfabriken" zusammen. Mit einer Reihe von Aktionen machten sie auf das Elend der Tierindustrieaufmerksam und störten Be-





Quelle: Tim Lüddemann

Quelle: Tim Lüddemann

triebe in ihrem grausigen Treiben. Am Donnerstagmittag blockierten etwa 35 Aktivist_innen die Zufahrtsstraße zum Gelände der PHW-Zentrale im niedersächsischen Visbek-Rechterfeld mitsamt der dort befindlichen PHW-Betriebe Mega-Tierernährung und Pilzland. Durch eine Sitzblockade hatten sie zunächst einen Transporter des Mischfutterherrstellers Mega gestoppt. Kurz darauf kletterten dreiAktivist_innen auf den Transporter und ketteten sich mit Fahrradschlössern aneinander, ein weiterer Aktivist kettete sich später mit einem Fahrradschloss um seinen Hals an der Zugmaschine fest. Andere Aktivist_innen versperrten unterdessen die Straße mit einem Tripod, in dessen Spitze ein Aktivist Platz nahm, und mit Rohren, in denen sich drei Aktivist_innen festmachten. Sechseinhalb Stunden konnte die Blockade so aufrecht erhalten werden, bis sie schließlich gewaltsam von der Polizei geräumt wurde. Der Schlag gegen den Firmensitz der PHW-Gruppe bildete den spektakulären Höhepunkt einer ereignisreichen Woche, in deren Verlauf verschiedene Bereiche der PHW-Produktionskette und wichtige Geschäftspartner_innen des Konzerns markiert wurden. So durfte bereits am Mittwoch die in Stuhr-Brinkum ansässige D+S Montage GmbH stundenlang dem lautstarken Protest der Campteilnehmer_innen lauschen. Seit zwanzig Jahren ist das Bauunternehmen an der Planung und Ausführung von PHW-Schlachtanlagen beteiligt und organisiert nun auch den Neubau des vergrößerten Schlachthofes in Wietzen-Holte nach eigenen Angaben bis zur „schlüsselfertigen Abgabe“. Der Geschäftsführer Daniel Lampe kommentierte auf Nachfrage der Kreiszeitung die Aktion mit den Worten: „Wir sind uns bewusst, was wir machen, und müssen uns damit auseinandersetzen.“ Der bereits bestehenden Anlage in Holte galt hingegen am Freitag die Aufmerksamkeit der Aktivist_innen. Im Rahmen einer Aktions-Fahrradtour versammelten sie sich vor der Schlachtfabrik, besichtigten ihren Energielieferanten, die Biogasanlage der Bioenergie Holte GmbH & Co. KG, und statteten dem im Ort wohnenden Geschäftsführer des Gemetzels einen kurzen, aber unüberhöhrbaren Besuch ab. Zeitgleich demonstrierten andere Aktivist_innen des Camps vor der A. Kessing Brunnenbau GmbH in Damme, die bislang die Förderbrunnen für PHWs Anlagen baute und auch die Grundwasserversorgung der erweiterten Schlachtfabrik in Holte sicherstellen will. Anschließend nahmen die Demonstrant_innen noch an einer kritischen Besichtigung des PHW-Werks GePro in Diepholz teil, das die sogenannten *“Schlachtnebenprodukte”* in Wert nimmt. Am Samstag brachten die Aktivist_innen ihren Protest schließlich mittels einer Kundgebung in die Nienburger Innenstadt. Transparete, Redebeiträge, Informationsmaterial, eine kleine Kunstausstellung mit Werken von Katharina Rot und Mia Mandel sowie persönliche Gespräche mit Umstehenden und Passant_innen thematisierten die Tierindustrie, das gewaltförmige Mensch-Tier-Verhältnis und andere gesellschaftliche Probleme des Kapitalismus. Neben den geradezu obligatorischen Begleiter_innen von Polizei und Staatsschutz war auch der Nienburger Nazi Christopher Siedler vor Ort, um Aktivistin_innen zu fotografieren und verbal wie auch körperlich zu bedrohen. Dank ihres entschlossenen Entgegentretens konnten die Teilnehmer_innen der Kundgebung den als gewaltbereit bekannten Nazi outen und abdrängen. Schließlich erteilte ihm die zunächst sehr zögerlich und unmotiviert agierende Polizei einen Platzverweis.

Im Anschluss an die Kundgebung ging es dann erneut zur Schlachtfabrik in Holte. Um dem Widerstand gegen die Ausbaupläne von PHW symbolisch Ausdruck zu verleihen, besetzten 20 Personen die Baufläche der geplanten Erweiterung für einige Zeit mit einem überdimensional großen Modell eines Huhns, Transparenten und einem Zelt.

Reaktionen der Staatsgewalt
Neben der hohen Präsenz von Polizist_innen bei den Aktionen und der Observation von Autos von Aktivist_innen kam es auch zu weiteren Schikanen und Übergriffen seitens der Staatsdiener_innen. So trugen bei der Räumung der Blockade in Rechterfeld mehrere Aktivist_innen blaue Flecken und leichte Schürfwunden davon, einige Aktivist_innen wurden für mehrere Stunden zur Identitätsfeststellung festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Am Freitag sind fünf Aktivist_innen, die sich auf dem Rückweg von der Kundgebung in Damme befanden, gewaltsam von mehreren Zivilpolizist_innen gestoppt, kontrolliert, durchsucht und eine Person vorrübergehend auf die Nienburger Wache verschleppt worden, da sie keinen Personalausweis dabei hatte. Das gewaltsame und repressive Vorgehen der Polizei macht nur einmal mehr deutlich, auf welcher Seite diese im Kampf für eine Gesellschaft frei von Herrschaftsverhältnissen steht und welcheInteressen sie gewillt ist, zu verteidigen.



Quelle: Tim Lüddemann

Hintergründe und Ansprüche

Seit geraumer Zeit plant PHW den Schlachthof in Holte auszubauen, um die Schlachtkapazität von derzeit 140.000 auf 250.000 getötete Tiere pro Tag zu erhöhen. Mit dieser und weiteren geplanten Erweiterungen von PHW-Anlagen könnte Deutschland, das bereits jetzt hinsichtlich der Schweine- und Rinderschlachtungen als das Schlachthaus Europas gilt, dies auch bald für die Schlachtung von Vögeln erreicht haben. Dieser Tendenz entgegen forderten die Campteilnehmer_innen, das Schlachten mitsamt seiner negativen Folgen für Mensch, Tier und Natur unverzüglich zu beenden. Unabdingbar ist in diesem Sinne zugleich eine radikale Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Ganzen. Ihren somit umfassenden Veränderungsimpetus stützen die Aktivist_innen auf kritische Gesellschaftsanalysen, die mitunter im Theorieprogramm des Camps behandelt wurden. Auf die Zusammenhänge zwischen Naturzerstörung und Kapitalismus sowie mögliche Ansatzpunkte für eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung machte beispielsweise der Soziologe Dr. Athanasios Karathanassis in seinem Vortrag *“Kapitalismus, Wachstum und Naturzerstörung”* aufmerksam. Lobbyismus und Werbestrategien der Tierindustrie legte die Philosophin und Aktivistin Dr. Friederike Schmitz in ihrem Vortrag dar, während der Politikwissenschaftler und Aktivist Christof Mackinger wiederum aus seinem Buch *“Radikale Ökologie”* las. Anhand ausgewählter historischer Beispiele verdeutlichte er Themen, Inhalte und Strategien einer ebenso radikalen wie progressiven Ökologie-Bewegung, ihre Abgrenzung von Mackertum und verkürzter Kritik und ihren Kampf gegen staatliche Repression. Darüber hinaus wurden auf dem Aktionscamp Workshops angeboten, die sich der konkreten Protestpraxis widmeten, so etwa zu kreativen Aktionsformen, Street-art, Pressearbeit, Antirepression und zur aktuellen Anti-Pelz-Kampagne gegen P&C West und Ansons. Die Awarenessgruppe des Camps bot unterdessen mehrfach offene Treffen an, um sich über die Awarenessarbeit und ihre Grundlagen auszutauschen. In persönlicher Unterstützung und durch erläuterndes Textmaterial halfen sie Diskriminierungen und Machtstrukturen auch innerhalb des Camps kritisch zu beleuchten und abzubauen. Einen musikalischen Zugang zur Gesellschaftskritik schafften wiederum die Auftritte von Faulenz_A und





Augustins Aufruhr. Nicht zuletzt stellte die Kampagne gegen Tierfabriken, die das Aktionscamp organisiert hat, in ihrem Vortrag *"Hühner, Spitzel, Widerstand"* ihre vergangene und aktuelle Arbeit sowie einen Ausblick auf zukünftige Arbeitsfelder und Strategien dar. Ob die Kampagne nach nun drei durchgeführten Aktionscamps in Folge im kommenden Jahr erneut ein Camp organisieren wird, wird nach einer gemeinsamen Auswertung mit allen interessierten Campteilnehmer_innen und Unterstützer_innen des Camps besprochen. Widerstand und Aktionen in der Region bleiben also bestehen – wie, wird sich zeigen.

Bildmaterial und weitere Informationen: kampagne-gegen-tierfabriken.info/Aktionscamp/

Aktionstag in Vetschau

Lausitz gegen Tierfabriken/Am 24.10.2015, rief die Kampagne *„Lausitz gegen Tierfabriken"* zu einem Aktionstag in Vetschau bei Cottbus (Brandenburg) auf. In Vetschau steht die *„Schweine-produktionsanlage"* Bolart GmbH, die mit über 60.000 Schweinen die größte Anlage ihrer Art in Brandenburg ist. Tierrechtsaktivist_innen von Animal Rights Watch (ARIWA) dokumentierten Ende 2014 zahlreiche Tierschutzverstöße in diesem Betrieb, die von zu kleinen Kastenständen bis zur nicht funktionierenden Wasserversorgung reichten. Trotzdem soll die Anlage noch um 16.000 Tierplätze erweitert werden. Gegen diese Pläne hat die Bürgerinitiative *„SchweineWind"* gemeinsam mit dem NABU bereits Widerspruch eingelegt.

Mit dem Aktionstag sollte der Protest gegen die Erweiterung angeheizt und weitere Menschen motiviert werden, sich in der Bürgerinitiative einzubringen. Dafür war die Kampagne von 10-18 Uhr mit einem Infostand auf dem Marktplatz Vetschau vor Ort. Unterstützung gab es durch das Info-Mobil von Animal Rights Watch, das Videomaterial aus deutschen Tierfabriken zeigte. Ab 16 Uhr boten wir zur Stärkung veganen Kuchen, Kartoffelsalat und Würstchen an.

Vor der *„Schweineproduktionsanlage"*

Bei sonnig-warmen Herbstwetter radelten wir um 14 Uhr vom Marktplatz bis zu den Toren der Anlage. Die rund 30 Teilnehmenden unserer Fahrraddemo waren ausgestattet mit Schildern, auf denen *„Bolart Anlage schließen"* oder *„Kein Profit auf Kosten der Tiere"* zu lesen war. Vor der Anlage wurden Sprüche wie *„Bolart gehört dichtgemacht"* und *„Was muss noch passieren, so viel Leid bei Bolarts Tieren"* skandiert und einige kürzere Redebeiträge gehalten. Vor dem Bürogebäude konnten wir Menschen wahrnehmen, die jedoch schnell ins Innere verschwanden. Am Schluss der Demo verschönerten wir die öffentliche Zufahrt zur Anlage noch mit Sprühkreide.

Vorträge, Diskussion und Gitarrenspiel in der Alten Brauerei

Zum Abschluss des Aktionstags hatten wir zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung ins Brauhaus geladen. Dort sprach Dr. Friederike Schmitz von unserem Bündnis über die Bedürfnisse von Schweinen, Dr. Werner Kratz vom NABU erläuterte die Umweltschäden, die durch die Bolart-Anlage verursacht werden, und Dirk Marx von der Bürgerinitiative *„SchweineWind"* klärte über Möglichkeiten des Widerstands auf. Das sehr interessierte Publikum diskutierte im Anschluss daran mit den Vortragenden, wie der weitere Protest gegen die Anlage aussehen kann. Die Betreiber selbst erschienen nicht.

Wenig Resonanz vor Ort

Für uns hat sich an dem Tag bestätigt, was wir vorher schon ahnten: Vetschau scheint sich für die Bolart-Anlage und das Grauen, das darin geschieht, nicht sehr zu interessieren. Ab und zu kam eine einzelne Person vorbei, die wenigsten wollten jedoch Informationen oder für das Volksbegehren gegen Massentierhaltung unterschreiben. Einige blieben jedoch stehen und schauten sich von der anderen Straßenseite aus die Videoaufnahmen aus dem ARIWA Mobil an.

Das mangelnde Interesse bestätigte sich auch bei unserer Abendveranstaltung – obwohl diese mit rund 20 Gästen recht gut besucht war, fanden sich darunter kaum Vetschauer_innen. Eher scheinen Menschen aus der Umgebung besorgt über die Umweltschäden durch Ammoniakemissionen oder Nitratbelastung. Die Diskussion verlief jedoch angeregt und konstruktiv.

Betreiber genervt

Die Reaktionen der Anlagenbetreiber zeigen jedoch, dass wir als Störung wahrgenommen werden. So wurden Aktivist_innen, die auf das öffentliche Gelände vor der Anlage mit Sprühkreide Sprüche sprühten, wegen Sachbeschädigung angezeigt – ein voraussichtlich erfolgloser Einschüchterungsversuch, wie selbst die Polizeibeamten vor Ort betonten. Darüber hinaus versuchten die Betreiber schon im Vorfeld auf verschiedenen, darunter auch rechtlichen, Wegen, jede Kritik an ihrer Anlage zu unterbinden.

Auch der Fahrer des ARIWA-Mobils wurde am Abend an einer Tankstelle am Ortsausgang von Vetschau von einem der Betreiber zur Rede gestellt: Menschen wie wir, die gegen seine Form der Tierhaltung protestierten, seien schuld, wenn immer mehr Betriebe in Länder verlagert würden, in denen der Tierschutz noch geringer ausgeprägt sei. Zudem würden wir mit Gewalt unsere Meinung durchsetzen. Dass Tierschutz in seiner Anlage auch keine sonderlich große Rolle spielt, erwähnte er nicht. Auch scheint er nicht bemerkt zu haben, dass die wirkliche Gewalt in seiner eigenen Anlage stattfindet, wo über 60 000 Lebewesen ein qualvolles Dasein fristen und nicht bei unseren gewaltfreien Aktionen.

Ohne Hilfe geht's nicht!

Wir bleiben auf jeden Fall weiter am Ball. In den nächsten Wochen wird eine Entscheidung im Wider-spruchsverfahren gegen die Erweiterung erwartet. Wird der Widerspruch abgewiesen, muss über die Recht-mäßigkeit der Erweiterung vor Gericht gestritten werden. Auch nötige Umweltgutachten müssen bezahlt werden. Das alles wird viel Geld kosten.

Kontakt und mehr Infos findet ihr unter: lausitz-gegen-tierfabriken.de

Polizisten beleidigt: Verurteilung lohnt nicht, weil Betroffener sich verteidigt

Sebastian Lipp Während einer Blockade des AKW Neckarwestheim Ende April 2013[1] raste ein PKW durch mehrere Absperrungen bis in die Demonstration hinein. Der Fahrer, der ohne das Eingreifen der Protestierenden bei dieser massiven Gefährdung nicht nur einen von ihnen verletzt hätte, wird von Polizei und Justiz geschützt. Diese geht gegen die eigentlich Betroffenen vor: Mit Polizeigewalt vor Ort und lächerlichen Ermittlungen und Anklagen im Nachgang. So fand sich ein Aktivist am Freitag, den 10. Juli bereits in der zweiten Instanz vor dem Landgericht Heilbronn dem Vorwurf einer »Beleidiung« ausgesetzt: *»Laber doch ned so ne Scheiße, Mann«*, soll er zu einem Polizisten gesagt haben. Nach mehreren Stunden wurde der Prozess schließlich eingestellt. Der Aufwand für das Gericht lohne sich ob der geringen zu erwartenden Strafe nicht.

Im Laufe der etwa 10-stündigen Blockadeaktion für einen sofortigen Atomausstieg durchbrach plötzlich ein PKW die Absperrungen und Transparente an der Zufahrt zum Gelände, die ihm die Sicht auf möglicherweise dahinter befindliche Personen versperrt haben müssen und fuhr in die Demonstration hinein auf weitere hölzerne Blockadekonstruktionen – auf denen sich in fünf Metern Höhe Menschen befanden – zu. Herbeieilende Aktivist_innen zwangen den Fahrer vorerst anzuhalten. Der blieb aber nicht dabei. Trotz der Aufforderung, den Wagen zu stoppen, gab er erneut Gas und setzte mehrmals vor und zurück. Hierbei zogen sich mehrere Personen Prellungen zu, einem Demonstranten fuhr er trotz Warnrufen über den Fuß und blieb mehrere Sekunden darauf stehen. Erst nachdem der Fahrer überzeugt war, vom Fuß herunter zu fahren und weitere Fahrversuche zu unterlassen kam die Polizei herbei, die sich bis dahin nicht in ihrer passiven Beobachtung der Versammlung stören ließ.
Als sie sich einmischte, beschwerte sich der Amokfahrer darüber, dass sein Auto beschädigt worden sei – was augenscheinlich nichteinmal der Fall war – so dass die Polizist_innen gegen die Demonstrant_innen vorgingen und diese mit Gewalt (schlagen und würgen) abzudrängen und Personalien aufzunehmen versuchten. Dabei wurde einer Aktivistin ein Finger gebrochen und möglicherweise die Bänder gerissen. Derjenige, dessen Fuß unter den Reifen geriet, klagt bis heute über Schmerzen.



Statt Spurensicherung zu betreiben, verharmloste die Polizei den Vorgang als »Verkehrsunfall« und »fahrlässig« und weigerte sich Anzeigen der Betroffenen aufzunehmen. Nun, nachdem die trotzdem erwirkten Verfahren gegen den Mann, der seiner Aussage zufolge wegen des »Packs« Umweltaktivist_innen »schon viel Geld verloren« habe, eingestellt wurden, sollten sich die Aktivist_innen wegen Lächerlichkeiten und Kleinigkeiten verantworten.

So wurden einige der rund 40 Aktivist_innen vorgeladen, um wegen angeblicher Sachbeschädigung, Bedrohung und Beleidigung vernommen zu werden. Einem sollte am Freitag, den 10. Juli 2015 vor dem Landgericht Heilbronn erneut der Prozess gemacht werden, nachdem er gegen seine Verurteilung vor dem Amtsgericht Besigheim Berufung eingelegt hatte. Er hätte einen Polizisten geduzt und aufgefordert: »Laber doch ned so ne Scheiße, Mann!«, weshalb der sich beleidigt fühle. Diesmal schien dem Richter allerdings der Aufwand, eine Verurteilung zu erreichen, zu hoch und er stellte das Verfahren auf Antrag der Staatsanwaltschaft ein, bevor der Prozesstag zu Ende war und durch den sich offensiv selbst verteidigenden[2] Angeklagten und seine Verteidigung[3] neue Sachverhalte vorgebracht werden sollten, die einen Freispruch hätten nahelegen müssen. Die Identität des Täters nämlich war keineswegs sicher geklärt. »Es hätte uns zwar sehr gejuckt, aber die zu erwartende Strafe steht einfach in keinem Verhältnis zum Aufwand«, begründete der Richter seine Entscheidung. Es sei außerdem eine Frechheit, dass der Angeklagte sich nicht vorbehaltlos über die Einstellung freue sondern auch noch fordere, dass die Staatskasse seine Auslagen übernähme.

1) blog.eichhoernchen.fr/post/Atomausstieg-selber-machen-AkW-Neckarwestheim-blockiert
2) projektwerkstatt.de/antirepression/tipps_prozess_verteidigung.html
3) projektwerkstatt.de/antirepression/kobra/laien.html

Themenrubrik Energie
Kontakt: energie@gruenes-blatt.de
Einsendeschluss: 01.04.2016

Thematisch passende Beiträge für diese Rubrik im nächsten grünen blatt bitte vor Einsendeschluss an uns mailen.

Wir freuen uns über Menschen, die sich an der Energierubrik beteiligen wollen!

Atomriese Areva erklärt einem Bürger den Krieg

NukeNews Der französische Atomriese Areva, ein Unternehmen, das sich zum Teil im Besitz des Staates befindet, strengt eine Klage wegen Übler Nachrede gegen CANSE an. CANSE (Coordination Anti-Nucléaire du Sud-Est, Südöstliche Anti-Atom-Koordination), eine informelle französische Aktionsgruppe, hat in einem Artikel im Internet erklärt, Areva gefährde Leben und Sicherheit der Anwohner*innen in der Nähe seiner Atomanlagen in Marcoule, Cadarache und Tricastin (alle im Rhonetal), aber auch in Niger (Uranminen) und sogar in Fukushima (ein mit MOX gefüllter Reaktor von Areva).

Obwohl die gesamte informelle Aktionsgruppe den elektronischen Artikel unterzeichnet hat, ließ Areva nicht alle Mitglieder, sondern nur eine Person von einem Pariser Untersuchungsrichter formell vernehmen (10. Juni 2015). Es ist eindeutig, dass Areva seine Gegner*innen zum Schweigen bringen will, indem es einen nach dem anderen verklagt und mit hohen Kosten überzieht (Gerichts- und Anwaltskosten). Diese Klage so kurz nach den Massendemonstrationen für Redefreiheit und gegen das Charlie-Hebdo-Massaker kann unmöglich Erfolg haben. Denn es steht nicht nur die Redefreiheit auf dem Spiel, sondern die Gesundheit der Weltbevölkerung.

Boliviens Energiezentrum

Die bolivianische Regierung unter Evo Morales, dem indigenen Präsidenten, hat große Hoffnungen geweckt, nicht nur in Bolivien. Als Vorreiter für die Rechte der indigenen Völker und Verteidiger von Mutter Erde, gegen die profitorientierte Ausbeutung durch den Kapitalismus. Doch in Wirklichkeit imitiert sie den sogenannten Fortschritt.


Eine Bäuerin aus Achocalla. Die Protestfahnen und auch die Kleidung der meisten Teilnehmer sind weiß, als Ausdruck der friedlichen Absicht der Protestler und um das Bemühen für Frieden mit der Pachamama = Mutter Erde zu unterstreichen.

Bolivien soll zum „Energiezentrum“ Lateinamerikas avancieren. Alle Schritte gehen in diese Richtung:

- Verstärkte Exploration und Ausbeutung der Öl- und Gasvorkommen, inklusive **Fracking**. Dafür soll auch die Straße durch den TIPNIS gebaut werden, ein Naturreservat und Lebensgebiet der indigenen Amazonasvölker. In den letzten Tagen wurde ein Abkommen mit China unterschrieben, das einen Kredit in Höhe von 7.000 Millionen US$ (gleichbedeutend mit 22,8% des Bruttosozialproduktes) für dieses Großprojekt zur Verfügung stellt.

- Bau von **Groß-Talsperren** zur Energiegewinnung am Andenfuß, mit Zerstörung des Regenwaldes und Siedlungsgebieten einheimischer indigener Völker.

- Bau von einem oder mehreren **Atomkraftwerken**.

Entwicklung der Atomkraft

Der Energiebericht des Landes zum Jahr 2025, vom Januar 2014 erwähnt auf Seite 132 ausdrücklich die Nutzung der Atomenergie zur Energiegewinnung. Das PBEN (Bolivianisches Programm für Atomenergie) proklamiert "die Ausbildung einer technisch-wissenschaftlichen Elite von bolivianischen Fachleuten, um die technologische Selbständigkeit des Landes durch die "friedliche"









Traum vom Lateinamerikas

Nutzung der Atomenergie zu konsolidieren, zum Nutzen der bolivianischen Bevölkerung." Es wurden in den letzten Jahren mehrere Absichtserklärungen und Abkommen mit verschiedenen Ländern zur "friedlichen" Nutzung der Atomenergie unterzeichnet, die bis 2014 fast nicht an die Öffentlichkeit drangen. Bei einem Besuch in Argentinien im Mai 2014 sagte Evo Morales öffentlich, dass die Arbeiten zu Beginn "im Geheimen und hinter geschlossenen Türen" stattfanden, da die beauftragten Wissenschaftler ihn gewarnt hätten, die Sache zu verbreiten sei "sehr gefährlich" wegen einer möglichen negativen Reaktion der Bevölkerung gegen diese Energieform.

Seit 2007 besteht ein erstes Abkommen mit dem Iran - 2010 ratifiziert - zur "friedlichen" Nutzung der Atomenergie und zur Uranexploration. Bisher ist von 44 Uranvorkommen die Rede, die größten im Department Potosí.

2014 wurden Beziehungen zu mehreren Ländern aufgenommen, zuerst Frankreich, dann Argentinien und Russland. Mit der russischen staatlichen Atomgesellschaft Rosatom wurde vor wenigen Wochen ein Abkommen über die Begleitung der Erstellung eines Atomforschungszentrums und eines Atomkraftwerks unterzeichnet - in der Presse ist von 6.000 MW die Rede (Tschernobyl hatte 4.000 MW). Das Atomforschungszentrum umfasst einen Cyclotron-PET zur Krebsdiagnose, eine Gamma-Bestrahlungsanlage auf der Grundlage von Kobalt-60 zur Lebensmittelbestrahlung und Desinfizierung von medizinischem Material und einen Forschungsreaktor zur Herstellung von Radioisotopen. Alle drei Elemente sollen zusammen in einem Forschungspark installiert werden - vorgesehen ist ein Gelände am Stadtrand von La Paz, zwischen den Städten La Paz, Mallasilla und Achocalla, in den Badlands, dem instabilsten Gebiet überhaupt in dieser



Beginn der Demonstration im Valle de la Luna (Mondtal), das ist Teil des fast unbesiedelten Gebietes zwischen den drei Städten - Touristenausflugsziel. Achocalla führt mit diesem Plakat den Marsch an, die Gemeinde ist als ökologische und produktive Gemeinde (Erzeuger von landwirtschaftlichen Produkten für die beiden Großstädte El Alto und La Paz) deklariert.

Frankreich: CRIIRAD wehrt sich gegen die Europäische Kommission

NukeNews Die Europäische Kommission beabsichtigt, als zulässige Höchstwerte für die Kontamination unserer Nahrung in Folge eines Atomunfalls jene Werte festzusetzen, die zwischen 1987 und 1990 unter dem Druck der französischen Atomlobby festgelegt wurden. Diese Werte bedeuten inakzeptable potenzielle Risiken. Die ganz legale Kontamination könnte in Frankreich Zehntausende, im schlimmsten Fall vielleicht Hunderttausende Krebsfälle auslösen (nicht gerechnet andere, nicht krebsartige Erkrankungen und übertragene Schädigungen des Erbmaterials). Die Verbraucher hätten keine Möglichkeit, nicht kontaminierte von kontaminierten Lebensmitteln zu unterscheiden. CRIIRAD (Französische Kommission für unabhängige Forschung und Information über Radioaktivität), die 1986 in Folge der Katastrophe von Tschernobyl gegründet wurde, wehrt sich gegen die Pläne der Europäischen Kommission.

Sicherheit von AKWs in der Ukraine

NukeNews Die Ukraine plant die Verlängerung der Laufzeiten ihrer fünfzehn Atomreaktoren, die in der Mehrzahl in Kürze das Ende ihrer regulären Laufzeit überschreiten werden. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) hat die Finanzierung eines Programms zur Sicherheitsmodernisierung zugesagt, das eine entscheidende Voraussetzung für die Verlängerung der Betriebsdauer der Reaktoren darstellt. In einem von Bankwatch koordinierten Projekt wird dieses Problem näher beleuchtet. Im Rahmen des Projekts wurde Ende April 2015 in der Ukraine eine Untersuchung und Informationserhebung durchgeführt.

http://bankwatch.org/our-work/projects/nuclear-power-plant-safety-upgrades-ukraine









Energiekonzept für Slowenien: ein Atomkraftkonzept

NukeNews Das slowenische Infrastrukturministerium hat Richtlinien für ein neues Energiekonzept für Slowenien vorgeschlagen. Dieser Vorschlag befindet sich derzeit in der öffentlichen Konsultationsphase (bis zum 30. September 2015). Er geht von der langfristigen Nutzung der Atomkraft aus, was eine Laufzeitverlängerung des AKW Krško bis zum Jahr 2043 und den Bau eines neuen Reaktors am Standort Krško bedeuten würde.

Slowenisch-Kroatische Regierungskomission unterstützte Betriebsverlängerung

NukeNews In der zweiten Juli-Hälfte 2015 bewertete die bilaterale (slowenisch-kroatische) "Regierungskommission für die Begleitung der Umsetzung des bilateralen Abkommens" die letzten fünf Betriebs- und Wirtschaftsjahre des AKW Krško als sehr gut und unterstützte die Verlängerung der Betriebsgenehmigung. Außerdem erteilte sie ihre Zustimmung zum Bau eines Trockenlagers für abgebrannten Kernbrennstoff am Standort des AKW.

Nach Abschluss der administrativen Schritte, nachdem die slowenische Behörde für Atomsicherheit die Ergänzungen zum endgültigen Sicherheitsbericht und die technologischen Spezifikationen in Verbindung mit der Laufzeitverlängerung des AKW Krško von 40 auf 60 Jahre genehmigt hatte, bestätigte die bilaterale Regierungskomission in Übereinstimmung mit dem Abkommen die Entscheidung der Teilhaber in Bezug auf eine Verlängerung der Betriebsdauer des AKW Krško bis zum Jahre 2043.

Mehr dazu:

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Intergovernmental_commission_supported_long-term_operation_of_Krsko_NPP

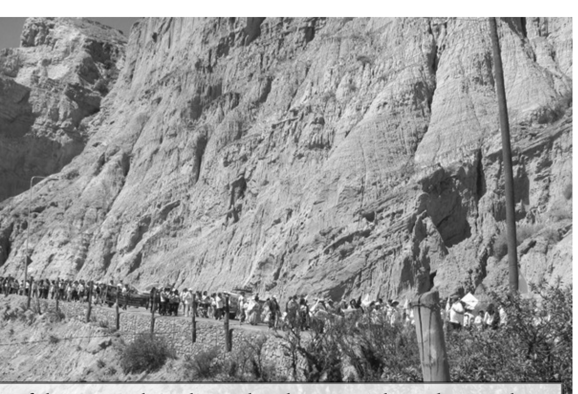
Gegend, zur Konstruktion ungeeignet. Dieses Forschungszentrum wird von Argentinien geliefert, während das Atomkraftwerk von Rosatom erstellt werden soll, ebenfalls im Department von La Paz.

All diese diplomatischen Verknüpfungen zeigen eine klare Expansion der BRICS-Länder nach Südamerika und vor allem nach Bolivien als geostrategischem Land in der Region.

In Bolivien sollen also die vorhandenen Uranvorkommen quantifiziert und ausgebeutet, ein Forschungszentrum und ein Groß-Atomkraftwerk gebaut werden.

Kritik und Protest

2014 schon wurde Evo Morales in einem offenen Brief von renommierten internationalen Wissenschaftlern auf die Gefährlichkeit der Atomenergie hingewiesen.



Auf dem Marsch in die Südstadt. Man sieht recht gut, dass dieses Gelände nicht unbedingt Bauland ist. Das Gelände, auf dem der Bau des Nuklear-Forschungszentrums geplant war, ist noch instabiler.

Seit dem Bekanntwerden der Pläne für den Bau des Forschungszentrums formiert sich Widerstand in den genannten Städten. Am 27. September fand eine gemeinsame große Demonstration statt. Von der Regierung wurde diese Demonstration als Aktion einer kleinen Minderheit dargestellt, die sich nicht von technischen sondern von politischen Gründen leiten lasse und Lügen in der Bevölkerung verbreite. Aufgrund dieser Proteste hat die Regierung verlautbaren lassen, das Forschungszentrum werde nun nicht mehr in La Paz sondern in einem anderen Department gebaut. Trotzdem wächst die Widerstandsgruppe weiter und formiert sich nun systematischer.



Es sind auch deutsche Anti-Atom-Embleme zu sehen und es sind viele Kinder dabei.

Es ist wichtig, dass die internationale Gemeinschaft erfährt, was in Bolivien geschieht. Der öffentliche Diskurs für Mutter Erde und die Realpolitik, die für den eigenen Staat das Recht auf Entwicklung einklagt, klaffen weit auseinander. Die absolute Mehrheit gibt der Regierung die Möglichkeit, diese Politik auch diktatorisch durchzusetzen. Es ist eine Verfassungsänderung geplant, um die Wiederwahl von Evo Morales zu garantieren.

Wird also Bolivien wirklich atomar? Das möchten wir verhindern.

Gota del Mar



Über den Weg eines alten Anti-Atom-Kämpfers nach rechts

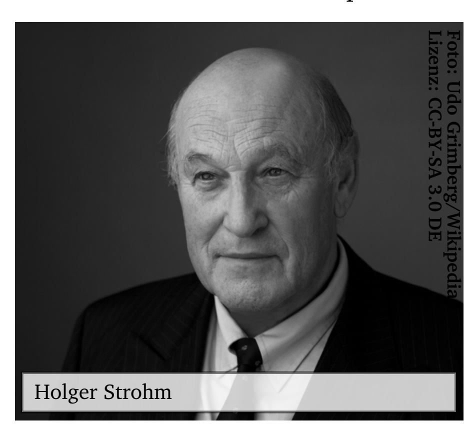
Empörung und Verschwörung

jb **Demonstrationen, Klickaktionen, Unterschriftensammlungen und Spendenaufkommen - seit einiger Zeit wächst all das. Gibt es Hoffnung auf eine Renaissance politischer Widerstandskultur? Ist Masse auch Klasse? Oder wächst eher zusammen, was zusammen gehört: Jahrelang gleichgültige Menschen reiben sich angesichts der Nachrichtenflut von Kriegen, menschlichen Tragödien, brutalen Staats- und Konzernpraktiken empört die Augen. Doch eigenes Nachdenken ist anstrengend. Viele laufen lieber blind den einfachen Parolen moderner NGOs und gefährlicher Rattenfänger hinterher.**

Weitverbreitet sind einfache Feindbilder in platten Positionen und Parolen: Flüchtlinge, Islam-Gläubige, Amis oder, bei manchen ganz Geschichtsvergessenen, die Juden. Dahinter steht keine faschistische Gesinnung, sondern meist der Unwillen, näher hineinzuhorchen in politische Sphären. Irgendwas läuft nicht rund - da kommt ein einfaches Feindbild gerade recht. Mensch kann sich auf der Seite der Guten und unschuldig wähnen.

Von der Empörung zur Verschwörung - am Beispiel

Holger Strohm ist seit Jahrzehnten eine bekannte Figur in der Anti-Atom-Welt. Sein Buch "Friedlich in die Katastrophe" gehörte zu den ersten Werken überhaupt, die systematisch die Kritik an der verantwortungslosen Technik zusammenstellten. Damit hat Strohm einen wertvollen Beitrag zur Protestkultur geschaffen. Auch in anderen Themenbereichen war er als Vordenker unterwegs, z.B. in der Kritik an Gentechnik oder autoritärer Erziehung. 2012 machten sich Marcin El und sein Team auf, den alten Bestseller in einen Film zu wandeln. Er war der erste Beleg, dass der ewige Kampf, die Angst vor der Apokalypse und die fehlende emanzipatorische



Holger Strohm

Gesinnung aus dem "linken Anarchisten" (Selbsteinschätzung von Holger Strohm) einen strammen Rechten gemacht haben, der billige Schuldige sucht für das „Teuflische“ in der Welt.

Film dokumentiert den Weg nach rechts

Strohms Biographie, sein Weg vom Anti-Atom-Aktivisten zu rechtsextremen Weltsichten ist ein einprägsames Beispiel, was es heißt, sich in seiner Empörung von einfachen Welterklärungen mitreißen zu lassen. Die zutiefst anti-emanzipatorischen Sichtweisen entwickelten sich aus seiner ständigen Beschäftigung mit dem Grauen staatlich-militärischen und kapitalistischen Herrschens und Wirtschaftens. Apokalyptische Vorstellungen vom Ende der Welt treiben ihn in wahnhafte Projektionen, teuflische Mächte am Werk zu sehen. Der Film "Empörung und Verschwörung" aus dem Filmstudio der Projektwerkstatt zeigt den Wandel über Verzweifelung zu Verschwörungstheorien, primitive Feindbilder und platteste Hetze. Verzweifelt suchte er nach den Gründen. Statt einer Systemanalyse, statt einer Beschäftigung mit den Antriebskräften im Kapitalismus oder in Herr-

Sicherheits- und Regulierungsprobleme im AKW Kudankulam

VT Padmanabhan Im Jahr 2002 begann die Nuclear Power Corporation of India Limited (NPCIL) mit dem Bau zweier WWER-Reaktoren mit einer Leistung von 1000 MWe in Kudankulam im Bundesstaat Tamil Nadu. Am 31. Dezember 2014, 26 Monate nach der ersten Brennstoffbeladung, erklärte die NPCIL, die Inbetriebnahme des ersten Reaktors sei komplett. Das geschah ohne Zustimmung der Aufsichtsbehörde, weil die verpflichtend vorgeschriebenen Tests nicht bestanden worden waren. Auch zwei weitere Versuche blieben erfolglos, und ab April 2015 sank die Ausgangsleistung des Reaktors zwei Monate lang systematisch, was am 24. Juni 2015 eine 60 Tage dauernde Abschaltung für Wartungsmaßnahmen zur Folge hatte. Mitten in diesem Chaos erteilte die Atomaufsichtsbehörde (Atomic Energy Regulatory Board, AERB) am 8. Juli 2015 eine "Lizenz für den Regelbetrieb". Das geschah erst 1008 Tage nach der ersten Brennstoffbelastung, der zeitliche Abstand ist damit dreimal so hoch wie der Durchschnitt bei zehn anderen in diesem Jahrhundert in Betrieb genommenen 1000-MWe-Reaktoren. Von 666 Tagen, in denen der Reaktor ans Netz angeschlossen war, lief er nur 380, an den übrigen 286 Tagen war er aufgrund von 16 Schnellabschaltungen und drei Ausfällen wegen Wartungsarbeiten vom Netz getrennt. Die Instabilität des Reaktors ist auf zwei Gründe zurückzuführen: (a) defekte, nachgeahmte und leistungsschwache Ausstattung, z. B. Druckbehälter, Dampfgeneratoren und Turbogeneratoren, und (b) schlechte Baupraktiken.

Den vollständigen Artikel gibt es hier: **http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Safety_and_regulatory_issues_of_Kudankulam_Nuclear_Power_Plant_in_India_and_the_need_for_a_global_nuclear_regulatory_framework**



Tschechien: Nationaler Aktionsplan ebenso optimistisch wie unrealistisch

Olga Kališová Bereits drei Monate bevor die Politiker im Juni 2015 in Tschechien über den Nationalen Aktionsplan zur Entwicklung der Atomenergie (NAP JE) abstimmten, verteilten die NGOs CALLA und DUHA (Friends of the Earth Tschechien) das Infoblatt "Übermäßig teure Atompläne" unter den Mitgliedern des Parlaments und des Senates. Damit wollten sie die Politiker mit den notwendigen Informationen vertraut machen, um verantwortlich über die Zukunft der nationalen Energiestrategie entscheiden zu können. Statt verantwortlicher Entscheidungen jedoch, welche die Entwicklungen im Bereich der Atomkraft und der erneuerbaren Energien in Europa und der Welt berücksichtigen würden, wurde der Beschluss zum Bau von vier neuen Reaktoren (zwei in Dukovany und zwei in Temelín) zwar auf eine neue Regierung in das Jahr 2025 abgewälzt, ein Budget im Umfang von 32 Milliarden Kronen zur Vorbereitung dieses Planes aber bereits jetzt genehmigt.

Der folgende Text versucht, in Kürze die wichtigsten Fakten zu beschreiben, auf welche die derzeitigen Politiker insgesamt nicht entsprechend unserer Erwartungen eingegangen sind.

Lies den vollständigen Artikel:

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Czech_Republic:_The_National_Action_Plan_is_so_optimistic_that_it_is_inviable

Infomaterialien
http://Material.Nuclear-Heritage.NET

Anti-Atom-Materialien aus unterschiedlichen Ländern können hier in verschiedenen Sprachen heruntergeladen oder in gedruckter Form bestellt werden.

schaftssystemen allgemein, witterte Holger Strohm - religiösen Fanatikern gleich - das Böse am Werk. "Empörung und Verschwörung" zeigt Strohm dabei im Original - in eigenen Filmen, bei Vorträgen oder im Interview. Immer wieder schimpft er über die USA, die Deutschland besetzt hält und zur Kolonie machen will. Als Strippenzieher benennt er wahlweise die Bilderberger, die Mafia oder, in seiner plattesten Bemerkung, die Juden. Alle Politiker, die in Deutschland was zu sagen hätten, seien Juden: Merkel, Kohl... Die seien zudem alle geisteskrank, ihre Politik teuflisch. Das Böse regiert die Welt, heißt es im Film "Friedlich in die Katastrophe". Dort und auch an anderer Stelle wird das Gute als so selten bezeichnet, dass die aktuelle Zeitrechnung darauf abstelle (Gutes gab es also das letzte Mal vor 2015 Jahren!).

Beglaubigte Abschrift

MICHAEL MEYER-DAVIES
RECHTSANWALT

RA Michael Meyer-Davies • Rathausmarkt 5 • 20095 Hamburg
Landgericht Hamburg
Sievekingplatz 1

20355 Hamburg

Rathausmarkt 5
20095 Hamburg

☎ 040/ 32 55 32 12
Fax 040/ 32 55 32 42
meyer-davies@rathauskanzlei.de

Hamburger Sparkasse
BLZ 200 505 50
Konto 1139 78 57 68
IBAN DE84200505501139785768
BIC HASPDEHHXXX

Hamburg, den 14. November 2014
Aktenzeichen: M-10158-14mfs

KLAGE

des Herrn Dr. Holger Strohm, ██████

\- Kläger -

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Michael Meyer-Davies
Rathausmarkt 5, 20095 Hamburg

gegen

Herrn Jörg Bergstedt, Ludwigstraße 11, 35447 Reiskirchen,

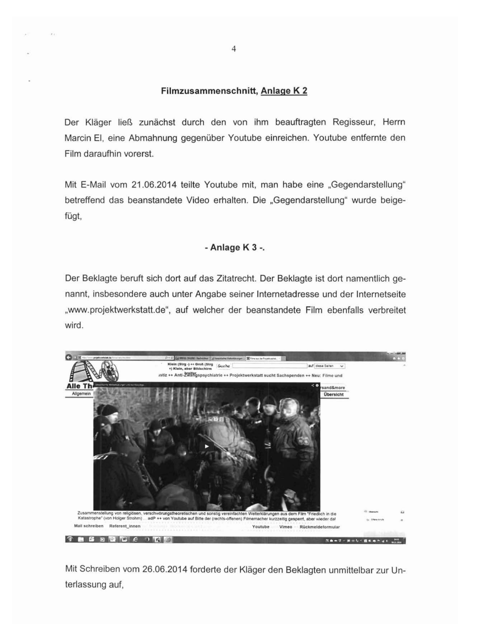
\- Beklagter -

wegen: Urheberrechtsverletzung
Streitwert: EUR 50.000

Quellen und Argumente nennt Strohm kaum, aber viele Beispiele. "Die EU ist eine Verschwörung! Ursprünglich stammte die Idee von Adolf Hitler", schimpft er an einer Stelle, um an anderen immer wieder die Verbrechen der Nazis als Vergleichsgröße zu den seiner Meinung nach viel größeren Schandtaten der Gegenwart und vor allem der USA zu bemühen. In jeder deutschen Redaktion gäbe es ein Zimmer, in dem CIA-Leute sitzen und die Artikel schreiben würden. Die Redakteur_innen müssten dann ihren Namen darunter setzen.

Selbstbejammerung plus Angriff

Auch sich selbst sieht Strohm als Opfer des langen CIA-Arms. Über Greenpeace hätten die seinen Film "Friedlich in die Katastrophe" ausgebremst. Außerdem würden Antifaschisten ihm zusetzen. Da stecke ja schon der Begriff „Faschisten" drin, also seien sie auch welche. Zudem seien sie vom Mossad gesteuert, behauptet Strohm. Eine Quelle nennt er nicht. Seine Bücher würden zensiert und er dürfte seinen Beruf nicht ausüben. Wie solche Zensur funktioniert, erklärt er nicht - einer seiner Berufe, die er nach eigenem Bekunden nicht ausüben durfte, war der des Industrieberaters. 50 Bücher seien zensiert worden. Von wem und wie das alles gelungen sein soll - es bleibt in allen Interviews und Vorträgen unklar.



4

Filmzusammenschnitt, Anlage K 2

Der Kläger ließ zunächst durch den von ihm beauftragten Regisseur, Herrn Marcin El, eine Abmahnung gegenüber Youtube einreichen. Youtube entfernte den Film daraufhin vorerst.

Mit E-Mail vom 21.06.2014 teilte Youtube mit, man habe eine „Gegendarstellung" betreffend das beanstandete Video erhalten. Die „Gegendarstellung" wurde beigefügt,

- Anlage K 3 -.

Der Beklagte beruft sich dort auf das Zitatrecht. Der Beklagte ist dort namentlich genannt, insbesondere auch unter Angabe seiner Internetadresse und der Internetseite „www.projektwerkstatt.de", auf welcher der beanstandete Film ebenfalls verbreitet wird.

Mit Schreiben vom 26.06.2014 forderte der Kläger den Beklagten unmittelbar zur Unterlassung auf,





Stattdessen zeigt sich Strohm selbst als Zensierer. Er versucht, eine kurze Vorfassung des Films "Empörung und Verschwörung" per Klage vor dem Landgericht Hamburg verbieten zu lassen. Austeilen kann er also - Zensur ist nur doof, wenn sie sich gegen ihn richtet.

Deutschnationale Wiederauferstehungsphantasien

Überall auf der Welt ist also das Böse. Nur eine Insel ist übrig - aber auch damit trifft er nur das Abziehbild der meisten Verschwörungsgläubigen: Deutschland trifft keine Schuld. Ganz im Gegenteil - die Deutschen sind unterdrückt, besetzt, versklavt. Alles, was als Bedrohungsszenario der armen Deutschen taugt, wird herangezogen. Passend wird auch gleich die Kriegsschuldfrage neu beantwortet - und die Besatzungsmächte könnten jede_n jederzeit erschießen, auch den Bundeskanzler, wenn er nicht nach deren Pfeife tanzt.

Der Film "Empörung und Verschwörung" zeigt all diese und viele weitere Weltvereinfachungen - in Werken oder Reden von Strohm. Am Ende finden sich deutliche Warnungen und Tipps zum Umgang mit solchen Populismen, die bis tief hinein in alle politischen Strömungen reichen.

Mehr auf:

http://www.kopfentlastung.de.vu.

Aktuell: Strohms Prozess gegen den Autor findet am 21. Januar 2016 um 14 Uhr am Landgericht Hamburg, Sievekingplatz 1 im Ziviljustizgebäude, Saal A 265, statt.

Umfragen zeigen wachsenden Widerstand gegen Atomenergie

Olga Kališová Dieses Jahr wurden in Tschechien drei öffentliche Umfragen zur Atomenergie durchgeführt. Sie stammten von folgenden Unternehmen: Focus Marketing & Social Research, dem Zentrum für Meinungsforschung CVVM und dem Zentrum für Analysen und empirische Forschungen (SANEP), einem Online-Meinungsforschungszentrum. Im folgenden Text erinnern wir an ihre Ergebnisse und an die Beziehung zwischen dem CVVM an der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik und dem Nationalen Aktionsplan zur Entwicklung der Atomenergie, der im Juni verabschiedet wurde.

Den vollständigen Artikel gibt es hier:

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Independent_public_opinion_surveys_show_resistance_of_Czech_people_against_nuclear_energy_grows_stronger

Vortragsangebot Atomgefahren im Ostseeraum

*Aktivist*innen aus dem Projekt ATOMIC BALTIC freuen sich über Einladungen in eure Region, um über die radioaktiven Gefahren im Ostseeraum zu informieren - mehr als 60 Atomanlagen, die Menschen und Umwelt in diesem besonderen Ökosystem und den daran angrenzenden Regionen bedrohen. Die Präsentation erfordert einen Beamer und Leinwand.*

Terminabsprachen sollten frühzeitig vorgenommen werden. Der Vortrag ist sowohl in deutscher als auch englischer Sprache möglich.

Kontakt:
atomicbaltic@nuclear-heritage.net









Update zum Bolivien-Artikel Seite 22:

Gota del Mar Wie Ihr vielleicht mitbekommen habt, gibt es einige Neuigkeiten: die Regierung hat ein "Abkommen" mit der Federación de Juntas Vecinales (Fejuve), ein Zusammenschluss der Bürgervereinigungen der Stadt El Alto unterschrieben, dass das Atomzentrum nun im Distrikt 8 von El Alto gebaut werden soll, genauer gesagt in Parcopata, das ist im Südwesten der Flughafenstadt. Die Bürgermeisterin von El Alto, die nicht zum MAS gehört, erkennt diese Übereinkunft nicht an und verlangt weitere Informationen zum Atomzentrum. Das ist die neueste Nachricht vom Freitag, 30. Oktober 2015. In der nächsten Woche wird eine russische Kommission erwartet.

Australien: Uran-Untersuchungskommission versagt bei öffentlichem Interesse

NukeNews Unglücklicherweise scheinen die aktuellen Richtlinien für die parlamentarische Kommission zur Untersuchung der Atomindustrie Südaustraliens mehr Gewicht auf die Förderung der Atomindustrie zu legen, als auf das öffentliche Interesse. Weder das Erbe der Atomtests in Südaustralien, noch fehlgeschlagene Sanierungsversuche bei früheren Uranminen sollen geprüft werden. Enttäuschenderweise werden die Erfahrungen beim aktuellen Uranabbau und seine Folgen ignoriert, da sie ein schlechtes Licht auf die Pläne zum Ausbau der Branche werfen könnten. Außerdem fehlen wesentliche Punkte, die ganz eindeutig Angelegenheiten von öffentlichem Interesse sind, etwa gesundheitliche Folgen, Notfallkapazitäten, Auswirkungen auf die wertvollen Wasserressourcen Südaustraliens und mögliche schwere Ruf- und Marktschädigungen in wichtigen Branchen, nämlich in der Lebensmittelindustrie, der Weinwirtschaft, der Fischerei und der Tourismusbranche.

Appell zum

Für einen künstlerischen, intellektuellen, wissenschaftlichen und publikumswirksamen AUF-STAND gegen die fortschreitende radioaktive Verseuchung der Erde.

Brut de Béton Dieser Appell kommt weder von einer Partei, noch von einer Gewerkschaft, einem Interessenverband oder einem Kollektiv o.ä. Es ist der Aufruf einer französischen Theatertruppe („Brut de Béton Production“), die seit 16 Jahren 50 Prozent ihrer künstlerischen Tätigkeit der Verbindung von Kunst mit dem Thema der radioaktiven Verstrahlung widmet.

Die radioaktiv verseuchte Zukunft unseres Planeten ist keine Möglichkeit. Sie ist eine Realität. Wir können uns nur noch entscheiden, das weitere Fortschreiten dieser Verseuchung zu durchbrechen. Die Alternative dazu wäre, auf dem eingeschlagenen Weg weiter zu gehen und uns auf erneute - statistisch angekündigte - Unfälle gefasst zu machen.

Zwei Nuklear-Katastrophen haben die Menschheit traumatisiert. Sie wurden dann wie so vieles einfach ignoriert: seit dem 26. April 1986 die Katastrophe von Tschernobyl, und seit dem 11. März 2011 die Katastrophe von Fukushima. Doch das Besondere dieser und weiterer solcher Katastrophen ist: Sie beginnen am Tag des Unfalls, enden aber erst nach hunderten oder sogar tausenden von Jahren - je nach der sog. „Halbwertszeit“ der Radionuklide, die in die Luft, ins Meer, in den Boden und in die Nahrungskette gelangen.

Wir gehen davon aus, dass die meisten informierten Menschen aus dieser radioaktiv verseuchten Zukunft aussteigen möchten, dass sie jedoch nicht wissen, wie sie dies bewerkstelligen können. In der Tat, niemand konnte seither diesem Trott in Richtung radioaktiver Verseuchung unseres gesamten Planeten Einhalt gebieten.

Je mehr Zeit vergeht, desto stärker wird der Eindruck, dass wir auf einen „nuklearen Winter“ zusteuern. Keine einzige demokratische oder bürokratische Instanz, kein einziges Gericht, keine einzige Universität konnte in den vergangenen 70 Jahren die anmaßende und maßlose Verrücktheit der Nukleartechnokraten stoppen. Nichts kann diese erschüttern: Weder die großen Unfälle, noch die Bedrohung durch einen Atomkrieg, weder enorme finanzielle Verluste, nie endende Baustellen, die Anhäufung von radioaktivem Müll, noch die wissenschaftlichen Studien, die ihre kategorischen Behauptungen klar widerlegen. Was also tun?

Der Appell

Es ist an der Zeit, dass aufgeklärte Zeitgenoss*innen, die sich der drohenden erneuten Nuklearkatastrophen - seien sie zivil oder militärisch - bewusst sind, den Mut haben aufzustehen! Das Jahr 2016 soll das Jahr werden, in dem das Bewusstsein der Allgemeinheit auf breiter Ebene geschärft wird.

Am 11. März 2016 wird sich der Beginn der Katastrophe von Fukushima zum fünften Mal jähren, und am 26. April der Beginn der Katastrophe von Tschernobyl zum 30. Mal. Überall auf der Erde werden an diesen Tagen Veranstaltungen stattfinden, die mahnend daran erinnern. Wir akzeptieren nicht, dass die Atomlobby entscheidet, was gedacht, verbreitet, gesagt und geschrieben wird!



26. April

Ab heute machen wir uns an die Arbeit. Wir sind Künstler*innen, auch Straßen- und Zirkuskünstler*innen, Autor*innen und Dichter*innen, Schauspieler*innen, Fotograf*innen, Musiker*innen, Tänzer*innen, Verantwortliche für Schauspiel- und Kinosäle, Festival-Leitungen, Bibliothekar*innen, Journalist*innen, Wissenschaftler*innen und Forscher*innen,



Foto: Falk Beyer

Zu Besuch in einem nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl gesperrten Dorf nahe Wetka in Belarus (2011)

Lehrer*innen, Abgeordnete und Aktivist*innen, engagierte Bürger*innen. Wir produzieren wach rüttelnde Texte, organisieren Lesungen, stellen dafür Räume zur Verfügung. Wir führen Regie und bereiten die unterschiedlichsten Veranstaltungen in unserem unmittelbaren Umfeld vor: Ausstellungen, Projektionen und andere Vorführungen, Lesungen, Konferenzen, Kolloquien, Bälle, Faschingsveranstaltungen etc. Wir verfassen oder finden Texte, die zur gleichen Zeit an mehreren Orten gelesen werden können. Unser gemeinsames Anliegen: ein AUF-STAND der persönlichen Gewissen - gegen eine verstrahlte Zukunft.

Zwischen dem 11. März und dem 26. April 2016 werden wir sieben Wochen lang in der Öffentlichkeit aktiv. Wir informieren, stellen Fotos und Kunstwerke aus, organisieren Debatten, zeigen Filme und führen Theaterstücke auf, die das Bewusstsein schärfen. Wir melden uns zu Wort in Kulturzentren, städtischen Theatern, Nationaltheatern, Schulen, in Hörsälen von Hochschulen, Bibliotheken, Rathäusern, auf öffentlichen Plätzen, an Orten der Alternativ-Szene etc.

Dieser AUF-STAND von Künstler*innen, Intellektuellen und Wissenschaftler*innen soll die Bevölkerung davon überzeugen, in Zukunft der weiteren radioaktiven Verstrahlung ein Ende zu machen! In diesem Sinne sollen tausende von Vorstellungen, Büchern, Gedichten, Reportagen, Schautafeln, Ausstellungen, Kolloquien und Forschungsprojekte, Konzerte, Tänze, Bälle und andere Veranstaltungen auf den Weg gebracht werden!

P.S.: Dieser Appell wird schon heute ausgesandt, damit jede(r) mit überlegen, mit lesen kann, damit wir untereinander kommunizieren, auch um Unterstützung, Finanzierungsmöglichkeiten, Foren und Veranstaltungsorte zu finden.

Brut de Béton Production bietet an, diesen Appell zu koordinieren.

Sie können uns erreichen unter:

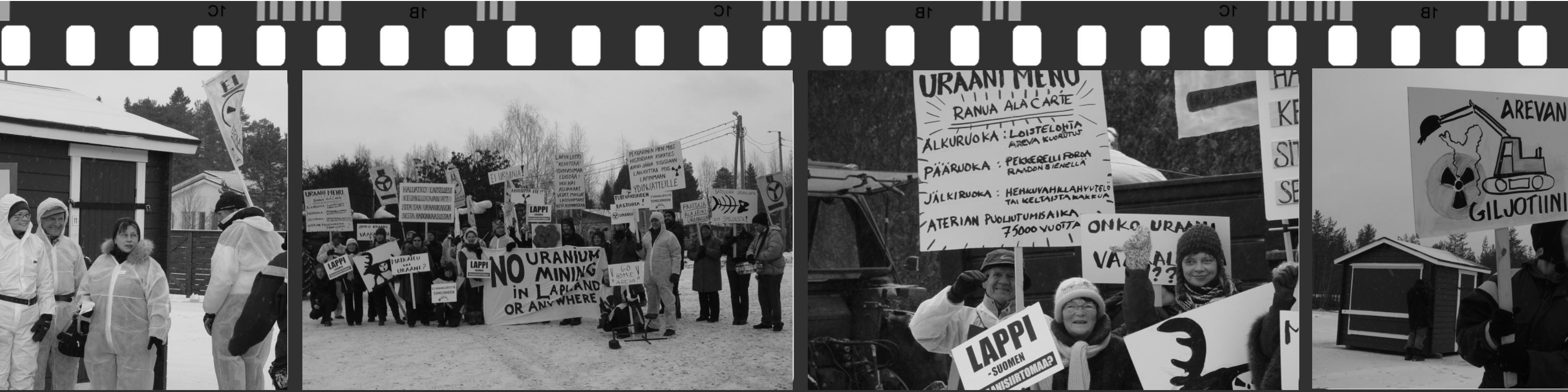
brut-de-beton@orange.fr
(c/o Bruno Boussagol)
Tel.: +33 463315012
(c/o André Larivière)
http://www.brut-de-beton.net

Probleme bei Polens neuem AKW

NukeNews Der Zirkus um Polens Atomenergie geht weiter. Es gibt neue Skandale beim Zeitplan für das geplante AKW. Aus einem Dokument von PGE EJ1 (staatliches polnisches Unternehmen, AKW-Investor), das heimlich an Greenpeace weitergeleitet wurde, geht hervor, dass die Inbetriebnahme des AKWs jetzt möglicherweise erst 2031 erfolgen wird, sechs Jahre nach dem im offiziellen Atomprogramm (PPEJ) festgelegten Jahr, nämlich 2025, und elf Jahre nach dem ersten offiziell geplanten Jahr, das 2009 festgelegt wurde. Und es geht nur um das Stadium der Planung, Entwicklung usw. PGE bestritt die Enthüllungen und erklärte, der durchgesickerte Zeitplan sei "nie von den Verantwortlichen bei PGE genehmigt worden" und nur "eine der Versionen, die die letzten Monate über analysiert wurden".

Nur einige Wochen vor der Weitergabe des Dokuments erklärte jedoch PSE, Betreiber des nationalen Stromnetzes, in seinem öffentlich beratenen Programmentwurf, in dem der Anschluss von AKW ans Netz bis 2025 beschrieben wird, PGE habe Pläne zum Anschluss seines ersten AKWs im Jahr 2029 eingereicht. Auch das steht im Widerspruch zum offiziellen Zeitplan. Außerdem bestätigt das Dokument Pläne zur Verwendung von Subventionen im Stil von Hinkley Point C (Contract for Difference - CfD). Erwähnenswert ist auch, dass bisher weder die polnische Regierung noch PGE einen verbindlichen Plan zur Finanzierung des geplanten AKW-Baus offiziell bekanntgegeben hat.

Das geleakte Dokument war einige Tage lang auf der Website von Greenpeace einsehbar, musste aber entfernt werden. Ersetzt wurde es durch einen neuen Greenpeace-Artikel über mögliche Verzögerungen beim polnischen Atomprogramm sowie über das öffentliche Interesse an Tatsachen und damit verbundenen Risiken wie steigenden Kosten und dem Arbeitsaufwand für die öffentliche Verwaltung.



Renaissance

BI **Vom Paradox, wie die Menschheit in ihrem ersten gemeinsamen Kampf, dem Kampf gegen den Klimawandel und damit dem Kampf gegen die Zerstörung der Natur und der menschlichen Lebensgrundlagen durch sie selbst, der schmutzigsten und gefährlichsten aller Möglichkeiten zur Energiegewinnung zu einem zweiten Leben verhelfen könnte.**

In einigen wenigen Medien war dieses Jahr zu lesen, dass die Industrie mit der nuklearen Stromerzeugung weltweit auf dem absteigenden Ast sei. Da wurden Restlaufzeiten bestehender AKWs mit Zahlen geplanter Neubauprojekte zusammengebracht und graphisch in eben jenen Ast überführt, der in Zukunft immer mehr abfällt. Zudem wurde dieses Jahr bekannt, wie tief beispielsweise der größte Atomkonzern, die französische AREVA, im Minus steht, und anderswo geisterten Nachrichten durch die Medienwelt, die das Aussterben von nukleartechnischen Fachkräften betrafen. Sollten wir damit nicht erstmal zufrieden sein und uns in Zeiten des Klimawandels auf das Problem der Kohleverstromung konzentrieren, so wie es die großen Umweltorganisationen zuletzt vorgemacht haben?

Ende November treffen sich Vertreter der Vereinten Nationen (UN) in Paris zur nächsten Klimakonferenz (COP21). Nachdem 2009 in Kopenhagen (COP15) ein Abkommen als Nachfolge für das Kyoto-Protokoll gescheitert ist, wurden in den darauf folgenden Konferenzen zwischen den 195 Vertragsstaaten Allianzen neu- und umgebildet, Gräben ausgelotet, Fronten verschoben und neue Kommunikationsbasen geschaffen. Inzwischen ist man in jenen Kreisen der Meinung, dass der diesjährige Klimagipfel die Entscheidung bringen muss.

Man würde sich damit gemeinsam darauf einigen, den CO2-Ausstoß zu begrenzen und nach und nach soweit runterzufahren, dass die Folgen der Klimaerwärmung für die Menschheit tragbar bleiben. Dabei, und das ist neu, bleibt es jedem Land in gewissen Grenzen selbst überlassen, wie es das angeht. Diesbezüglich stellte die UN damals im Kyoto-Protokoll unter anderem fest, dass Atomenergie nicht als Lösung zur Reduktion des CO2-Ausstoßes infrage käme. Es bahnen sich also auf der Basis des zu erwartenden Abkommens weltweit grundlegende energiepolitische Entscheidungen an, die die Weichen für viele Jahrzehnte stellen. Ob diese aus klimapolitischer Sicht ausreichend sein werden, sei zunächst dahingestellt.

Diese Entscheidungen werden in Ländern getroffen, deren Priorität es ist, die Energieerzeugung noch erheblich zu steigern, weil sie wirtschaftlich konkurrenzfähig werden wollen und weil große Teile ihrer Bevölkerung noch unterversorgt sind. Diese Entscheidungen werden in Ländern getroffen, deren Bevölkerung sich an eine Überversorgung gewöhnt hat und deren Wirtschaft ihre Vormachtstellung nicht einbüßen will. Diese Entscheidungen werden aber auch in einer Zeit getroffen, in der die nuklearen Industrien immer noch im Besitz ihres machtpolitischen Einflusses sind, in der die Gesetzesgrundlagen immer noch atomfreundlich gestaltet sind und in der in den großen Parteien immer noch Altpolitiker die Fäden ziehen, die an das Wunder unendlicher Energieressourcen glauben. Eine Zeit, in der sich Fronten aufbauen um die Frage, wer durch den Umgang mit nuklearen Ressourcen einer Atombombe einen großen Schritt näher kommen darf und wer nicht, sich aber keiner darüber Gedanken macht, dass er sich mit einem Atomkraftwerk selbst eine tickende Bombe unters Kopfkissen legt.

Was nach all den Klimagipfeln weder in den Köpfen der verantwortlichen Entscheider, noch in denen der verantwortlichen Verursacher oder Verbraucher angekommen ist, ist, dass das große Rennen vorbei ist. Man meint, man könne ewig weiterrennen und müsse zukünftig nur ein wenig auf einen geringeren CO2-Ausstoß achten. Solange sich weiterhin auf diese Weise Konkurrenz- mit Wachstumsdenken paart, wird jedes Mittel recht sein, dem Spagat zwischen viel Energie und wenig CO2 entgegenzukommen. Und genau da sieht die Nuklearindustrie jetzt ihre Chance, den Fuß wieder in die Tür zu bekommen. Sie hat damit ein Argument in der Tasche, dessen Gewicht zunehmend schwerer erscheint.



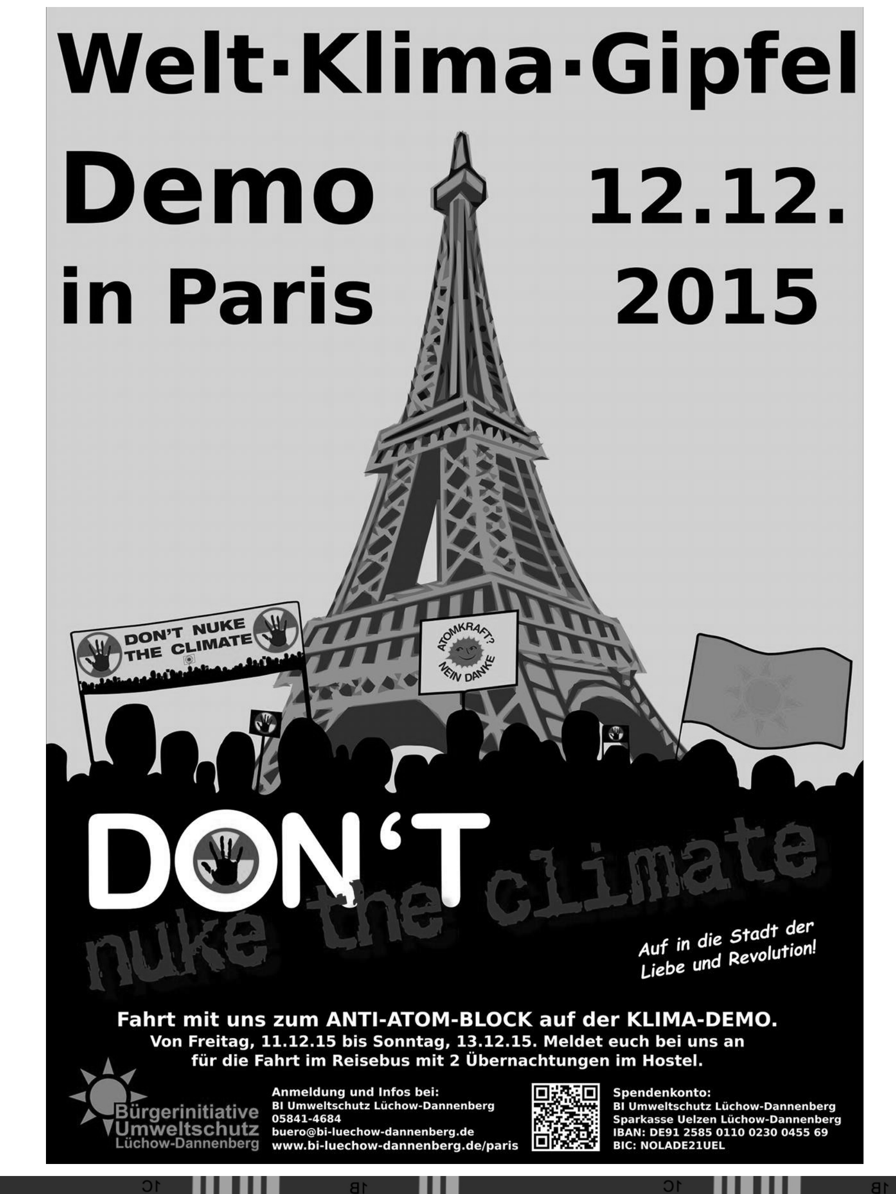
der Atomkraft?

Dass Atomstrom als grün und bisweilen gar als CO2-frei beworben wird, ist neben der schreienden Lüge ein Fehler, der seine Verfechter angreifbar macht und die Problematik an die Oberfläche spülen könnte. So wurde dieses Jahr der französische Stromkonzern EDF, der im Übrigen ein Hauptsponsor des kommenden Klimagipfels ist, gezwungen, eine solche Werbung zurückzuziehen. Hoffentlich mit allen negativen medialen Konsequenzen und einem breiten aufklärerischen Effekt. Dabei lässt es sich nicht leugnen, dass Atomstrom über seine gesamte Produktionskette nur ungefähr ein Fünftel des CO2-Ausstoßes von Kohle und Gas verursacht. Genau da liegt der Knackpunkt.

Das Ganze derart reduziert zu betrachten, ist mehr als gefährlich und natürlich völlig falsch, denn die Tatsache, dass Uran ein fossiler, endlicher Brennstoff ist, unterscheidet ihn negativ von den erneuerbaren Energien, ebenso wie die CO2-Werte, die bei Letzteren nochmals bis zu Faktor 10 niedriger liegen. Aber werden diese Argumente berücksichtigt? Werden die altbekannten Gefahren der Atomenergie bedacht? Die Probleme mit der Entsorgung, die weltweit ungelöst sind? Die Gesamtkosten, die weiterhin durch versteckte Subventionen verschleiert werden? Und überhaupt: Muss eine Diskussion neu eröffnet werden, wenn in altbekannten Argumenten schon Ausschlusskriterien im Überfluss vorhanden sind?

Das aber steht jetzt zu befürchten, und es ist ja nicht unbekannt, wie Politik manchmal funktioniert, gerade wenn eine Lobby in ihrem vermeintlich letzten Gefecht nochmal auf Hochtouren kommt.

Es stellt sich also die Frage, wie man einen "abfallenden Ast" prognostizieren kann, kurz bevor die Karten neu gemischt werden? Und es wird neu gemischt werden, wenn selbst die oben angeführte, eigentlich selbstverständliche Aussage der UN zur Untauglichkeit der Atomenergie in einem Papier steht, dessen Text noch dieses Jahr wieder zur Diskussion gestellt wird. Um zu verdeutlichen, was in dieser Textarbeit, die auf internationaler Ebene auch zwischen den Gipfeln vorangetrieben wird, vor sich geht, mag ein Detail dienen, das auf amerikanischen Druck hin geändert wurde: In einer Textpassage ist ein Ziel von "erneuerbare" auf "saubere" Energie geändert worden, mit der löblichen Intention, ein noch härteres Kriterium zu definieren und den Bereich der Biokraftstoffe besser ausschließen zu können. Manche/-r mag sich an Kräfte erinnern, die schon seit Langem versuchen, die Kernenergie als sauber zu definieren. Und schon wäre mit der Textänderung ein weiteres Hintertürchen einen Spalt geöffnet.





Die massiven staatlichen Subventionen, die die EU für den Neubau des AKW Hinkley Point in Großbritannien genehmigt hat, zeigen, in welche Richtung die Tendenz geht. Solche Entscheidungen haben nicht nur Strahlkraft auf andere europäische Länder, sondern auch auf den Rest der Welt. Wo das selbsternannte Vorbild deutscher Politik seine Interessen in Europa sonst mit der Macht des Stärkeren durchzusetzen weiß, gibt es sich gerade in diesem Punkt mehr als zurückhaltend und offenbart damit, wie sehr es schmerzt, seine atompolitischen Interessen dem Willen des Volkes geopfert zu haben.

Um zu demonstrieren, dass echter Klimaschutz nur ohne Atomkraft möglich ist, gibt es auf der großen Klima-Demo am 12. Dezember in Paris einen großen Anti-Atom-Block. Und wir sind alle dabei. Informationen auf der Internetseite der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg unter http://www.bi-luechow-dannenberg.de/paris

Dieser Artikel wurde uns von der BI zum Abdruck bereitgestellt. Er erschien erstmals in der Gorleben-Rundschau.

Rezension:
Radikale Ökologie

fb In seinem 86-seitigen Büchlein vermittelt Christof Mackinger einen interessanten Überblick radikaler Umweltbewegungen auf der ganzen Welt. "Radikale Ökologie" meint dabei nicht nur, aber auch, militanten Widerstand gegen Umweltzerstörung. Es geht aber generell um Ansätze Umweltprobleme "an der Wurzel" anzugehen - also einerseits die bedingenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, andererseits die Verursacher*innen auf staatlicher bzw. Konzernseite direkt zu konfrontieren. Schauplatz der kurzweiligen, aber in ihrer Kürze auch nur thematisch anreißenden Beiträge sind nahezu alle Kontinente - mit Schwerpunkten auf Amerika und Europa.

Dieser Rundumblick zu radikalen Ökobewegungen erfasst auch rechtsoffene bzw. rechtsradikale Vertreter*innen, deren Einflüsse nicht ignoriert werden sollten, von denen sich der Autor aber auch deutlich distanziert. Angesprochen werden auch esoterisch bis rechtsökologische Ideologien wie der Biozentrismus, die ebenfalls radikalökologische Grundzüge tragen. Einige vorgestellte Bewegungen weisen eine jahrzehntelange Geschichte auf, deren kontroverse Entwicklungen insbesondere hinsichtlich emanzipatorischer Diskurse und Weiterentwicklungen Mackinger nachzuzeichnen versucht.

Einerseits interessant, aber andererseits auch ernüchternd ist die Tatsache, dass alle vorgestellten Bewegungen langjährigen Ökoaktivist*innen schon bekannt sein müssten. Schade deshalb, weil diese Szene offenbar relativ überschaubar ist, obwohl sie phasenweise effektiv gewirkt hat. Die verschiedenen Beiträge reißen die aktuelle Notwendigkeit radikaler Ökologie immer wieder an und betonen, dass auch die Umweltprobleme der heutigen Zeit nicht ohne Überwindung der herrschenden Machtverhältnisse einschließlich des Kapitalismus aufzulösen sind.

Am Rande war es nett, eine Erwähnung des grünen blatts in diesem Büchlein zu finden. Diese Rezension hat mich allerdings auch zu der Erkenntnis gebracht, dass unserer[1] umfangreichen Bibliothek, die bereits hunderte Zeitschriftentitel und Tausende Bücher umfasst, noch eine Menge älterer Grundwerke radikaler Ökologie fehlen - sowohl inzwischen nicht mehr erscheinende Magazine als auch Buchtitel, die zwischen den 1960er und 1980er Jahren starken Einfluss auf die deutsche, aber auch andere Umweltbewegungen hatten. Falls einE Leser*in derartiges in alten Kartons oder ungenutzt in Bücherregalen stehen haben sollte, würden wir uns über Literaturspenden an das Archivprojekt "ZWISCHENLAGER für Politik und Geschichte" freuen - Kontakt über das Redaktionsbüro.

Christof Mackinger: "Radikale Ökologie"; unrast transparent. bewegungslehre; UNRAST-Verlag, Münster, 2015; Taschenbuch, 88 Seiten, 7,80 EUR; ISBN 978-3-89771-132-7

1: Gemeint ist das Bibliotheks- und Archivprojekt im Projekthaus Döbeln: das ZWISCHENLAGER für Politik und Geschichte. Die Bücherbestände sind online im linken Archivdatenbankprojekt "Dataspace" recherchierbar.



Rezension: Die Anti-Atom-Bewegung. Geschichte und Perspektiven

fb Ein beeindruckendes Geschichtsbuch hat das Herausgeber*innenkollektiv "Tresantis" zusammengestellt, in dem eine Vielzahl Akteure zu Wort kommen und Meilensteine der Anti-Atom-Bewegung in der BRD aus ihrer Sicht wiedergeben. Dabei ist offenkundig und auch gewollt, dass es keine immer ganz einheitliche Beschreibung von Kampagnen, wichtigen Aktionen oder auch Strategieeinschätzungen gibt. Vielmehr kommen Aktivist*innen aus den Anfängen der hiesigen Anti-Atom-Bewegung in den 1970er Jahren zu Wort, die sowohl Blickwinkel aus militanter, autonomer bzw. herrschaftskritischer Sicht aufmachen, als auch solche, die aus einem bürgerlichen oder NGO-Spektrum stammen.

In die Schilderungen von Anti-Atom-Arbeit aus den 70er und 80er Jahren einzutauchen und dabei Eindrücke über Vorbereitungen, Überlegungen und die diversen Spannungsfelder zwischen Politik und Gesellschaft, schon Aktiven sowie Ortsansässigen ohne Widerstandserfahrung, zwischen eher Staatskritischen und empörten Bürger*innen zu erhalten, ist sehr spannend. Dabei ist der Hauch der Geschichte regelrecht zu spüren, wenn es in detailreiche Schilderungen geht, mensch an den Gedankengängen der Akteur*innen teilhaben kann.

Die Leser*in erfährt von den ersten Massenprotesten in Süd und Nord mit interessanten Einschätzungen verschiedener Zeitzeug*innen zur Relevanz der anderen Bewegungsteile zur selben Zeit in den anderen Regionen, die gewiss nicht von allen geteilt wurden. Es wird von den frühen Versuchen des Staates berichtet, die Bewegung in die "guten", weil gewaltfreien oder sich lediglich im staatlich vorgesehenen Protestrahmen haltenden, und die "bösen" Demonstrant*innen, die auch illegale Aktionen gutheißen oder gar bereit sind die Gewalt des Staates mit Gewalt zu beantworten, zu unterscheiden. Dieser Diskurs, der heute unter dem Begriff "Gewaltdebatte" wiederzufinden ist, hat eine lange Tradition und wird in dieser historischen Aufarbeitung deutlich als gezieltes Mittel, den Widerstand zu schwächen, gezeichnet.

Die Schilderung der vielen mir bekannten Stationen des Atomkraft-Widerstandes der BRD ist beeindruckend und inspirierend. Von den meisten der behandelten Aktionen und Kampagnen hat mensch als schon mehr als ein Jahrzehnt BewegungsaktivE immer wieder gehört - doch hier findet mensch auf fast 400 großformatigen Seiten so viel Authentisches, weil sehr individuell Berichtetes, und trifft auf elektrisierend wirkendes Insiderwissen von Großereignissen der Anti-Atom-Bewegung wie auch bekannten Sabotage-Aktionen, die seit den Anfängen der Bewegung zur Vielfalt und Stärke des Widerstandes gehörten.

Kurz: die Lektüre ist für alle, insbesondere Aktivist*innen nicht aus der "ersten Stunde der Bewegung", empfehlenswert. Das Buch gehört ins Bücherregal jeder Anti-Atom-Gruppe.

Tresantis (Hg.): "Die Anti-Atom-Bewegung. Geschichte und Perspektiven"; Assoziation A, Berlin, 2015; 382 Seiten; ISBN 978-3-86241-446-8

Anti-Atom-Infodienst

Kontakt: news@NukeNews.nuclear-heritage.net
Deadlines: 31. Januar 2016, 24. April 2016
Internet: http://NukeNews.Nuclear-Heritage.NET

*Aus dem Nuclear Heritage Network gibt es seit vier Jahren ein mehrsprachiges Infotool für Anti-Atom-Aktivist*innen und sonstige Interessierte. Unter dem Namen "NukeNews" erscheint alle drei Monate ein Newsletter, der in derzeit acht Sprachen (deutsch, englisch, französisch, kroatisch, polnisch, russisch, slowenisch und tschechisch) per E-Mail verschickt und im Internet veröffentlicht wird.*

*Die NukeNews spiegeln die Aktivitäten, Themen und Kämpfe der Aktivist*innen aus dem Netzwerk wider. Die Texte werden von Menschen vor Ort geschrieben und übersetzt.*

Ihr könnt die NukeNews online in der euch liebsten Sprachversion abonnieren. Eure Unterstützung in Form von kurzen Beiträgen oder bei der Übersetzung ist sehr willkommen. Artikel sollen kurz & knapp und in englischer Sprache verfasst sein. Sie müssen eine aussagekräftige Überschrift enthalten und können per Link auf Hintergrundinformationen verweisen.

Eure Beiträge zu den nächsten Ausgaben der NukeNews könnt ihr per E-Mail noch bis zum 31.1. bzw. 24.4. schicken.







"Tar Sands":

Nachhaltige Zerstörung von Urwäldern indigener Menschen und größter

fb Diese Artikelserie ist heute eines der Opfer der auf Seite 3 beschriebenen Probleme der grünes blatt-Redaktion: Aufgrund der Situation mit fehlenden Unterstützer*innen musste der Umfang des Heftes reduziert werden, was letztlich zu weniger Platz führte. Daher ist dies die bisher kürzeste Folge der Tar Sands-Reihe.

Die bisherigen Teile dieses Artikels gaben einen Überblick über die Tar Sands-Vorkommen und die Ölindustrie in Alberta. Weiterer Fokus waren die ökologischen Auswirkungen der Tar Sands-Industrie, die Technologie der Rohölerzeugung aus den Tar Sands von der Konditionierung bis zum Upgrading sowie die Abbauverfahren. Im letzten Teil ging es um sogenannte "Renaturierungs"-Beispiele der Tar Sands-Industrie. Daran schließt dieser Text an.

Fortsetzung: Wapisiw Lookout

30 Jahre war dieser Ort ein Absetzbecken für Tar Sands-Tailings (Abwässer aus der Tar Sands-Produktion). Mit der Ausweitung dieser Industrie wurde auch dieser Tailings Pond mit dem nüchternen Namen "Pond 1" vergrößert. Deiche wurden errichtet, um ein größeres und tieferes Becken für die Abwässer zu schaffen. Nach und nach wurde so die Oberfläche des Tailings Ponds auf eine Höhe 100 Meter oberhalb des Athabasca River verlegt; die entgültige Ausdehnung betrug etwa drei Kilometer. Suncor hat nach und nach weitere Tailings Ponds angelegt, um seine giftigen Abwässer loszuwerden, zum Teil noch weitaus größere als der Pond 1. Eines der Probleme dieser Tailings Ponds ist, dass die Theorie, dass die Schwebstoffe abgeschieden würden, sich nicht immer erfüllte, selbst nach vielen Jahren nicht.

Die heute von Suncor beschriebene Vision für die Gegend umfasst einen angehenden Mischwald, Wasserströme und Sumpfland, wovon erhofft wird, dass sich möglichst viel Fauna und Flora ansiedeln werden. Nun ja, eigentlich wird lediglich formuliert, dass das Gebiet das "Potenzial" dazu habe... Suncor ist besonders stolz auf Zahlen - und betont 620.000 Bäume, Sträucher und Wasserpflanzen gesetzt zu haben. Das soll nun ein selbsterhaltendes boreales Ökosystem ergeben.

Einschränkend gesteht das Unternehmen etwas später, dass die Flächen, die von der Industrie bereits als "renaturiert" bezeichnet werden (angebliche 10 % der seit 1960 beeinträchtigten Areale), noch lange nicht das staatliche Zertifikat (die machen wohl erst 0,2 % aus) erhalten (auch wenn, wie zuvor beschrieben, die Kriterien keinesfalls eng sind). Im Falle des Wapisiw Lookout geht Suncor davon aus, dass es mindestens zehn Jahre dauern wird, bis das Unternehmen die Zertifizierung beantragen kann. Und es soll noch Jahrzehnte der Beobachtung und Regelung der Entwicklungen in Boden, Wasser, Vegetation und Wildleben dauern, bevor vielleicht ein "sich selbst erhaltendes boreales Ökosystem" entstanden sein wird.

Trotzdem vermarktet das Ölunternehmen sein fragliches Renaturierungsprojekt weiter als Erfolgsstory. Im September 2011 wurde der 5-Millionste Baum gepflanzt - "ein wichtiger Meilenstein unserer Renaturierungsfortschritte", so eine große Tafel auf dem Suncor-Gelände. Auch der Name ist Programm: ein Ausblickspunkt mit vielen Werbetafeln und "überzeugenden" Bauten wie Ansitzstangen für Greifvögel wurde sogleich eingerichtet. Dabei wird Suncors bewundernswerte Pionierleistung betont, das als erstes Unternehmen der Branche eine "befahrbare Oberfläche" in einem Tailings



- Fortsetzung (Teil 9) -

und Feuchtgebieten, Enteignung Einzelverursacher des Treibhauseffekts

Pond angelegt hat. Plakative Sprüche betonen Suncors Leistungen: "Pond 1 ist Geschichte. Aber er machte Geschichte..." Doch es wird auch eingeräumt, dass all das nur ein Experiment ist - ein "lebendes Labor" zur Überführung eines Tailings Ponds in eine natürliche Umgebung.

Die Propaganda wirkt, wie eine kurze Internetrecherche zeigt: Anlässlich der Eröffnung des Renaturierungsprojekts wurden sofort Artikel gepostet, die den Wapisiw Lookout als Beleg der Machbarkeit und Rechtfertigung für die weitere Zerstörung der Natur zum Wohle der Ölindustrie heranziehen. Da wird über die doofen Journalist*innen geschimpft, die die Machenschaften der Branche dokumentiert und kommentiert haben. Und zu guter letzt: "Vieles wurde geschrieben und gesagt und falsche Behauptungen in die Welt gesetzt, dass die es niemals schaffen würden einen Tailings Pond zu renaturieren oder zu verschließen. Heute wurde das Gegenteil als korrekte Einschätzung bewiesen." Diese Argumentation hinkt zwar, denn nicht einmal die ärmlichen Kriterien der Provinzregierung zur Zertifizierung einer renaturierten Tar Sands-Fläche wurden hier erfüllt, aber es wird gut genug sein, damit Lobbyist*innen etwas behaupten können, wenn ihnen Umweltzerstörung vorgeworfen wird.

65.000 LKW-Ladungen Erde wurden auf dem eingetrockneten Tailings Pond abgekippt, um eine 50 cm dicke Bodenschicht zu schaffen. Darauf wurden als Gründüngung Hafer und Gräser ausgesät, um die im Gewächshaus vorgezogenen Bäume und Büsche vor zuviel Hitze und vor dem Winter zu schützen. Mangels natürlicher Vegetation wurden tote Bäume, teils auf Kopf mit Wurzelwerk nach oben, in den Boden gesteckt, um Vögeln Sitz- und Brutmöglichkeiten zu bieten. Darüber hinaus legte das Tar Sands-Unternehmen ein Netzwerk von Mulden und künstlichen Hügeln an, um ein Wassersystem zu simulieren.

"Wapisiw Lookout" ist der neue Name, den sich die Promoter von Suncor ausgedacht haben, um "diese bedeutende Leistung anzuerkennen" - dabei ist "Wapisiw" das Cree-Wort für "Schwan" (wobei schleierhaft ist, was Schwäne hier suchen sollten), soll aber auch durch seine Ähnlichkeit an den ersten Menschen erinnern, der 1719 eine Tar Sands-Probe zum Außenposten der Hudson's Bay Company brachte, der hieß Wapasun.

Wapisiw Lookout ist aber auch ein "entscheidender Schritt zur Verringerung des ökologischen Fußabdrucks" des Unternehmens und soll gewissermaßen Modellcharakter für alle weiteren Tailings Ponds-Renaturierungen bei Suncor haben. Trotz des bislang bescheidenen Ergebnisses feierte Suncor-Chef Rick George in einer Rede am Wapisiw Lookout im September 2010 dieses Projekt, es sei eine "Untertreibung dies als historischen Meilenstein anzuerkennen". Nebenbei fallen dabei auch ungewollte Eingeständnisse zur Mentalität in seiner Branche. Die hatte nämlich nie vor, eine Renaturierung der von ihr verwüsteten Flächen vorzunehmen. Das zumindest könnte mensch aus Georges Randbemerkung ableiten: "Als wir den Betrieb vor über 40 Jahren begannen, hätte sich, so glaube ich, niemand diesen Tag ausmalen können." Diese Interpretation ist naheliegend, denn die Bedingung, dass die Industrie überhaupt ihre Hinterlassenschaften wieder aufräumen soll, sind verglichen mit dem Startschuss der Tar Sands-Ausbeutung relativ jung.

Fortsetzung folgt! Weiter geht es mit diesem Hintergrundbericht in der nächsten Ausgabe - oder, wer nicht so lange warten will, kann auf der Internetseite des grünen blatts bereits weiter lesen. Fußnoten und Quellenangaben gibt es ebenfalls online.

*Dieser Artikel basiert auf Vorort-Recherchen in Alberta, Interviews mit Vertreter*innen von kanadischen Umwelt-NGOs, First Nations, aus Ölindustrie und Politik sowie auf Internet-Recherchen.*

Vortragsangebot Tar Sands

*Die Autor*in bietet Vorträge zum Thema an - basierend auf mehr als hundert Bildern, die im Zuge offener und verdeckter Recherchen in Alberta gewonnen wurden. Dutzende Interviews mit Indigenen, Wirtschaftsvertreter*innen und Menschen aus Umwelt-NGOs sind in diese Präsentation eingeflossen.*

Terminabsprachen sollten frühzeitig vorgenommen werden. Der Vortrag ist sowohl in deutscher als auch englischer Sprache möglich. Technische Voraussetzung ist insbesondere ein Beamer.

Kontakt: falk@greenkids.de



50 Erdschätze, die unsere Welt veränderten

fb Ein sehr wertvolles Buch - nicht nur äußerlich durch seinen sehr stabilen und dezent-schönen Hardcover-Einband sowie das Leseband zur Markierung der zuletzt besuchten Seiten, sondern auch inhaltlich. Was auf den ersten Blick nicht zu vermuten ist, wird hier erfüllt: Es geht nicht nur um die trockene Geologie oder Mineralogie, wie es der Titel nahelegen würde, sondern insbesondere um die sozialen, technologischen und gesellschaftlichen Auswirkungen, die die Entdeckung der ausgewählten 50 Stoffe auf unsere Welt hatten und haben.

Das ist gar nicht so verwunderlich, wenn mensch einen Blick auf den britischen Autor Eric Chaline wirft: der ist Soziologe - und so ist es nur folgerichtig, dass seine Enzyklopädie der aus seiner Sicht wichtigsten 50 Mineralien der bisherigen Menschheitsgeschichte den Charakter eines Geschichtsbuches hat, das aber auch eine sehr kritische Reflexion der Auswirkungen vieler Entdeckungen und darauf aufbauender Technologien für Mensch & Umwelt mitbringt.

Somit ist "50 Erdschätze, die unsere Welt veränderten" ein spannend zu lesendes, hochinformatives Geologie-, Geschichts-, Soziologie- und Gesellschaftskritik-Buch. Anhand der ausgewählten Stoffe, unter denen so bekannte wie Gold, Kohle und Kupfer, aber auch weniger bekannte Materialien wie Obsidian und Kaolin sind, erfolgt eine kurzweilige Beschreibung der Entdeckung und Verwendung. Hierbei geht es oft um sehr weitreichende Auswirkungen auf Gesellschaft & Kultur, Herrschaftsgebiete, Mord & Todschlag (Verwendung als Waffen) und die Entwicklung des Verständnisses der Natur. Mineralogische Fakten spielen hierbei natürlich auch eine Rolle, dominieren aber nicht mit ermüdendem Fachgesimpel, sondern sind eher Basis oder Rahmen für die vielmehr gesellschaftsbezogenen Einordnungen.

Obwohl ein seitenmäßig sehr begrenztes Medium wie das Buch nicht in der Lage sein kann, umfassend alles Wissenswerte zu so vielen Stoffen darzustellen, und deswegen sicherlich voller Auslassungen und Fokussierung auf Aspekte ist, die der Autor spannend fand, bietet es auch für politische Kampagnen und thematische Hintergrundpublikationen eine schöne Recherchebasis, denn hier erfolgt eine historische, machtpolitische und wissenschaftliche Einordnung der ausgewählten Mineralien. Somit ermöglicht das Buch ein umfassenderes Verständnis für den jeweiligen Stoff, als unsere aktuellen und immer sehr auf ein bestimmtes Problem bezogenen Diskurse.

Die Faszination für Gesteine und Erzeugnisse der Natur wird mit "50 Erdschätze, die unsere Welt veränderten" großartig vermittelt. Etwas, das Schulunterricht und Fachjournale selten bewirken. Äußerst lesenswert!

Eric Chaline: "50 Erdschätze, die unsere Welt veränderten"; deutsche Ausgabe: Haupt Verlag, Bern, 2015; Originalausgabe: "Fifty Minerals that Changed the Course of History", Quid Publishing, Hove, 2012; 224 Seiten, 29,90 EUR; ISBN 978-3-258-07883-0

Tatort Natur!

fb In einer Zeit, in der alltagsbedingt viele Menschen kaum noch Bezug zur natürlichen Umwelt haben, Disney-Filme und Milka-Werbung dominanten Einfluss auf die kindliche Wahrnehmung der Tierwelt nehmen, ist eine fachlich basierte Naturkunde enorm wichtig. Schließlich leitet sich unsere Motivation und Bereitschaft für den Erhalt der natürlichen Umwelt und für die darin existierenden Lebewesen einzutreten aus dem persönlichen Bezug ab, den wir dazu haben. Um Natur und Tierwelt wertzuschätzen, ist es also hilfreich in diese einzutauchen und sie zu erleben. Dazu ist Bärbel Oftrings Kriminalbuch "Tatort Natur!" ein großartiger Beitrag.

Auf 58 Doppelseiten werden ebensoviele "Kriminalfälle" aus der Natur vorgestellt, illustriert mit schönen, gestochenen Fotos und eindrucksvollen Zeichnungen. Natürlich geht es nicht wirklich um "Verbrechen", diese Logik ist rein künstlich und baut auf ein konstruiertes Moral- und Rechtsverständnis auf, das in unserer Welt üblicherweise die Macht der Herrschenden manifestiert und schützt (wobei als Nebenprodukt auch ein Grundniveau an Schutz der weniger Mächtigen gewährt wird), indem es Regeln definiert und Verstöße sanktioniert. Dieser Logik entsprechend werden Straftatbestände aus der Menschenwelt ins Tierreich übertragen und dortige Verhaltensmuster krimiartig dokumentiert.

Es besteht aber keine Gefahr, dass "Tatort Natur!" zu einer Einteilung in "gut" und "böse" im Tierreich verleitet, denn von Anfang an wird erklärt, dass dies entgegen der Aufmachung eigentlich nicht zutrifft. So wird zu Beginn und in den einzelnen Kriminalfällen immer wieder auf die eigentlichen Nöte und Bedürfnisse verwiesen, die zu den "Strafttaten" führen, und auch erklärt welche Bedeutung diese im Zusammenspiel und Funktionieren der Ökosysteme haben. (Davon ließen sich eigentlich auch umgekehrt wieder Parallelen zu unserer Gesellschaft ziehen.)

Offenbar ist dieses Buch dazu gemacht, um jüngere Menschen auf spielerisch erzählende Weise an die Natur heranzuführen. Es enthält aber auch in allen Geschichten so viele kaum bekannte wissenschaftliche Details und "Aha-Effekte", dass es ebenso für ältere Menschen sehr empfehlenswert ist. Auf unterhaltsame, teils amüsante Weise lernen wir von den Beziehungen verschiedenster Tiere - von winzigen Insekten bis zu großen Säugern - zueinander, über ihre Taktiken und artspezifische Details. Jeder "Krimi" benennt eine begangene Straftat, beschreibt die Waffe, Täter und Opfer. Oft gibt es dazu noch spannende weitere Fakten und Vorschläge für Experimente (Schaffung von Umständen, die eine Beobachtung der beschriebenen Vorgehensweisen ermöglichen) sowie "Detektivaufgaben".

Noch nie ist mir ein Buch untergekommen, das so viel Biologie-Faktenwissen auf derart spielerisch-kurzweilige Weise aufbereitet hat. Ich denke, ein wertvoller Beitrag zur Naturkunde.

Bärbel Oftring: "Tatort Natur! Betrug, Mord & Täuschung im Tierreich und was dahintersteckt"; Haupt Verlag, Bern, 2015; 128 Seiten, 24,90 EUR; ISBN 978-3-258-07912-7



Die Warteschleife

Ich hatte schon viele Jobs in meinem Leben. So war ich schon Teilchenbeschleuniger, Bierflaschenwärmer und Aktenordner. Besonders langweilig war aber mein Job als Warteschleife.

Sie haben richtig gehört. Alle Menschen denken immer, dass wenn man bei Firmen anruft und dort ein „Bitte warten Sie, alle unsere Serviceplätze sind gerade belegt. Wir verbinden Sie sobald jemand frei wird“ hört, man es mit einer Bandansage zu tun hat. Aber Pustekuchen. Ich selbst bin der lebende Beweis, dass man bei echten Menschen landet. Nicht, dass es nicht möglich wäre, eine Bandansage laufen zu lassen. Aber die Kosten für einen Billigjobber sind einfach günstiger, als die Kosten für das Band, die Aufnahme, die Technik und vor allem die Sicherheit. Sie denken jetzt sicher, dass ich übertreibe, aber überlegen Sie mal, was passiert, wenn ein Hacker oder so was Ihre Ansage verändert und sobald jemand anruft die Kunden nur noch hören: „Bitte warten, alle unsere Servicekräfte befinden sich gerade in einen Kundengefecht. Wir verbinden Sie, sobald jemand high wird.“ Der Unterschied ist so minimal, dass es sicher erst nach Tagen auffallen würde. Aber die Kunden wären empört.

Auch meine Firma hatte früher mal eine automatische Ansage. Aber die Kundenzufriedenheit war weit hinter den Erwartungen geblieben. Und über 90 Prozent der Kunden beschwerten sich über die lange Warterei in der immer gleichen Warteschleife.

Da eine Firma wie die meine, die Technik zum doppelten Einkaufspreis plus Porto weiterverschachert, auf zufriedene Kunden angewiesen ist und diese kaum mit Preis, Leistung oder gar Qualität erreichen kann, setzten sie also mich ein. Als Warteschleife.

Ich war sozusagen vorgeschaltet vor die eigentlichen Servicekräfte. Oder genauer gesagt, vor die eigentliche Servicekraft. Und wenn diese auch mal auf Toilette musste, gerade einen anderen Kunden verarschte oder im Urlaub war, kam ich ins Spiel.

Eigentlich war mein Job ganz einfach. Man hatte mir zehn Standard-Warteschleifensprüche aufgeschrieben, die ich willkürlich hintereinander kombinieren sollte. Dazu lief im Hintergrund eine nette langweilige Wartemusik. Das interessante war, dass so ein Psychologe herausgefunden hatte, dass es einem Menschen in der Warteschleife erst dann langweilig wurde, wenn sie herausgefunden hatten, in welcher Reihenfolge welche Ansage sich wiederholte. Mein Job war es daher, keine Regelmäßigkeit erkennen zu lassen. Und ich war gut in meiner Arbeit.

Zuerst orientierte ich mich an der Zahl Pi. Jeder Anrufer bekam die Warteschleifenansagen in der Reihenfolge, dessen Nummer die nächste Ziffer hinter dem Komma hatte. So konnte ich mir sicher sein, keine Regelmäßigkeit zu erzeugen. Leider hatte ich die Rechnung ohne die Mathematiker gemacht. Nach etwa einem Monat war einem Mathematiker aufgefallen, dass sich die Ansagen genau nach dem Muster Pi fortsetzten. Zuerst bemerkte ich es selbst nicht, bis ein besonders tapferer Anrufer die ganze Nacht lang den Ansagen lauschte und dann auf eine Rückfrage irgendwo in seiner Nähe erklärte, dass er schon nach zwölf Jahren eine neue Stelle von Pi gefunden hätte, wenn er nur weiter in der Warteschleife bleiben würde. Ich bekam so einen Schreck, dass ich ihn gleich zu unserer Servicekraft durchstellte.

Da wurde mir klar, dass mein System bei weitem nicht so perfekt war, wie ich gedacht hatte. Ich spielte Hunderte von Möglichkeiten in meinem Kopf durch, aber mir wurde klar, dass es, egal welches System ich verwendete, immer eine Gefahr der Regelmäßigkeit gab. Da kam mir die erlösende Idee. Ich musste einfach die Anzahl der Ansagen verändern. Und um mich nicht allzu oft zu wiederholen, improvisierte ich einfach. Und auch darin war ich gut. Manche Ansager bekamen von mir ein komplettes Horoskop. Mit allen einhundertzweiundvierzig Sternkonstellationen der Maomao. Andere bekamen Tipps für Lottozahlen, einmal hatte deswegen sogar einer drei Richtige. Und wieder anderen las ich aus irgendwelchen Büchern vor, die ich eh gerade lesen wollte. Im Hintergrund ließ ich dazu passende Musik laufen. Nach nur einem Monat war ich deshalb an 3 Ehen, einer Revolution und 283 Schulverweisen schuld. Und immer mehr Menschen riefen bei uns an. Das einzige Problem war, dass sie immer unfreundlicher wurden, wenn sie dann zu unseren Spezialisten durchgestellt wurden. Sie verlangten unmittelbar in die Warteschleife zurückverlegt zu werden. Da sie sonst dort etwas Spannendes verpassen könnten.

Leider war ich sogar zu gut in meinem Job. Meine Firma ging Pleite, weil niemand mehr mit der Bestellhotline telefonieren wollte, da meine Warteschleife viel spannender war. Und damit musste ich auch mein Programm beenden.

Was jetzt aus mir geworden ist? Keine Sorge, ich arbeite schon wieder in der Branche. Nein, ich habe mich nicht mit der Warteschleife selbstständig gemacht. Zumindest noch nicht. Denn erst einmal muss ich dazu die Investitionskosten zusammen kriegen. Denn leider will keine Bank einen Kredit für einen Warteschleifenanbieter rausrücken.

Und bis ich das Geld dafür zusammen habe, arbeite ich einfach wieder in einer großen Firma als lebendige Warteschleife. Wenn Sie das nächste Mal in einer Warteschleife landen, fragen Sie doch einfach mal laut und deutlich, ob Sie ein bisschen mehr bekommen können. Wenn ich gut drauf bin, bekommen Sie vielleicht schon eine Kostprobe meines Könnens, welches Sie später nur auf einer kostenpflichtigen Nummer erleben dürfen.

Jean Trauerweide

*Der Autor hat eine Menge Kurzgeschichten und mehrere Bücher verfasst. Das meiste davon sind Originalausgaben, die bislang nur einem exklusiven Kreis von Freund*innen zugänglich sind. Im grünen blatt dürfen wir die eine oder andere der aus dem Politleben des Schreibers gegriffenen und oft witzig überzogenen Geschichten abdrucken, von denen Jean Trauerweide in einer Inhaltsangabe sagt: "Manche dieser Geschichten sind politisch korrekt. Oder überhaupt politisch. Dies ist keine ernsthafte Literatur." Und: "Sämtliche Rechtschreibfehler stammen aus Freilandhaltung und sind antiautoritär erzogen worden."*



Ticker: Agrogentechnik und ihre Seilschaften

Neues vom Acker (machen)!

jb Kampagne „Monsanto auf Deutsch“
c/o Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, 06401/903283
saasen@projektwerkstatt.de, www.biotech-seilschaften.de.vu

Verwilderte Gentechnik

Gentechnisch veränderte Pflanzen wachsen auch in Ländern, in denen sie eigentlich gar nicht angebaut werden dürfen. Zum Beispiel, weil beim Transport Samenkörner verloren gehen. Ein neuer Bericht fasst zusammen - und warnt vor noch schnellerer Verbreitung, wenn neue Techniken der DNA-Manipulation wie CRISPR-Cas angewendet werden. Ob in Europa, Nordamerika, Asien oder Afrika - vielerorts gibt es Meldungen über ungewollte Ausbreitung von gentechnisch veränderten Organismen. Der Verein Testbiotech aus München beobachtet die Lage seit Jahren. Er wertet Forschungsergebnisse, Berichte von Behörden und Medien aus. Auf www.keine-gentechnik.de/nachricht/31181/ sind verschiedene Beispiele aufgelistet.

Veranstaltungsmitschnitte im Netz

Am 6.7.2015 fand in der Waldorfschule Offenburg eine Gentechnik-Podiumsdiskussion statt mit spannender Zusammensetzung. Denn erstmals prallten ein Spitzenfunktionär der Gentechnikseilschaften in Deutschland und ihr schärfster Kritiker aufeinander. Es diskutierten: Klaus-Dieter Jany (Ex-Spitzenbeamter der Lebensmittelüberwachung, zudem aktiv bei InnoPlanta und um WGG), Veronika Schwarz (BUND Ortenau), Jörg Bergstedt (Feldbefreier und Autor von „Monsanto auf Deutsch“) sowie Wilhelm Arntz (Waldorflehrer). Aufzeichnung zu finden unter http://youtu.be/OfYWEvVpOlI.

Schon vor einem Jahr wurde in Halle die Veranstaltung „Den Kopf entlasten“ mitgeschnitten - einschließlich einer recht kontroversen Debatte über Verschwörungstheorien: www.youtube.com/watch?v=W4dEeCiZtbo.

Glyphosat im Kreuzfeuer der Kritik – nichts als Ablenkung?

Ablaufende Patente und Kritik an Umweltwirkungen einerseits, heimliche Markteinführung neuer Produkte andererseits - so gestaltet sich zur Zeit der Markt von Kombinationen aus Totalherbizid und toleranter gemachter Gentechnikpflanzen. Die Tage der berühmtesten gv-Saatgut-Spritzmittel-Verbindung scheinen dabei gezählt, denn zumindest die ersten Varianten von Roundup Ready stehen neuerdings ohne Patentschutz da. Der Wirkstoff selbst, Glyphosat, ist ohnehin schon länger nicht mehr geschützt. Ohne Patent aber bringt ein Spritzmittel oder Wirkstoff nur noch wenig Geld. Ist es ein Plan im Auftrag der Konzerne selbst, Glyphosat jetzt zu verbieten? Warum kommen genau jetzt Behörden, die bisher weggeguckt haben, auf die Idee, das Spritzmittel zu bekämpfen? Das Deutschlandradio Kultur bot Udo Pollmer, einen der industriellen Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitung nahestehenden Dampfplauderer und Vielfach-Schriftsteller in Sachen Nahrung, die Plattform, 21.10.12 seine Wertung dazu abzugeben: „Warum steht dann das Glyphosat in der Kritik? Ganz einfach. Das Patent läuft aus, die Preise gehen in den Keller und der Gewinn der Chemiefirmen schmilzt. Unter der Billigkonkurrenz leiden alle Anbieter von Herbiziden. Glyphosat schadet nicht so sehr der Umwelt sondern dem Umsatz. Über die dubioseren Tallowamine redet komischerweise kaum jemand. Die braucht man ja noch. Ähnliches widerfuhr vor Jahren dem Atrazin, ebenfalls ein Totalherbizid. Auch damals geriet das Mittel ins Visier von Umweltschützern, als der Patentschutz abgelaufen war. Als es schließlich zu einem Chemieunfall kam, bei dem erhebliche Mengen in den Rhein gelangt sein sollen, war ein Verbot nicht mehr aufzuhalten. Unter Fachleuten hält sich hartnäckig das Gerücht, dass es den Chemieunfall niemals gegeben habe. Mit der - wie es heißt - fingierten Pressemeldung sei es der Branche wieder gelungen, richtig Geld zu verdienen. Sollte es etwa hinter den Fassaden ein feines Zusammenspiel zwischen den Agrochemiekonzernen und den Spendensammelorganisationen geben - etwa zum gegenseitigen Vorteil? Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Mahlzeit!“

Tatsächlich haben sich deutsche NGOs auf Glyphosat eingeschossen. Pollmers These, dass sie dabei vor allem auf billige Erfolgsmeldungen und Spendenbereitschaft setzen, bestätigt sich dadurch, dass sie die gleichzeitige Entwicklung neuer Wirkstoffe und Kombinationen aus gv-Saat und Totalherbizid komplett verschweigen. Dabei sind sogar zwei deutsche Player ganz vorne dabei: Bayer mit LibertyLink (z.B. LL-Reis) und ganz aktuell BASF mit Cultivance, welches jetzt die Zulassung in Südamerika erhielt. Die Angst vor der Gentechnik ist in Zeiten gewinnorientierter Protestkultur halt ebenso profitabel wie die Gentechnik selbst.

Ein Krimi zur Technik im Kreuzfeuer zwischen Seilschaften und kreativem Widerstand

Die Story des Romans baut auf einem alten Menschheitstraum auf: Nicht zu altern und nicht zu sterben. Mit einer bahnbrechenden Entdeckung in den Laboren der Spezialfirma BioGeronto scheint er Wirklichkeit zu werden. Doch Komplikationen treten auf. Die Technik wird teuer - und es bedarf der Forschung an Embryonen. Gesellschaftlicher Widerstand regt sich - üblicherweise kein Problem für die FirmenmanagerInnen. Denn soziale Bewegungen sind handzahm geworden. Doch diesmal verläuft die Sache anders. Die Branche gerät unter Druck - und macht Fehler. Laborbaustellen werden besetzt, dann zerstört. Die Polizei nimmt ihre GegnerInnen auch zu leicht. Und muss lernen. Eine Sonderkommission ermittelt. Das Drama nimmt seinen Lauf. Zwischen Spurensicherung, Vernehmungen, öffentlichen Debatten und Strippenziehen hinter den Kulissen der Finanzförderungen entwickelt sich ein Krimi der besonderen Art. Das Buch heißt „Hinter den Laboren“ und stammt von Jörg Bergstedt. Genießt die spannenden, mitunter witzigen Abläufe - aber glaubt ja nicht, die phan-

Melanie Pichler
Umkämpfte Natur
(2014, Westfälisches Dampfboot in Münster, 248 S.)



Es kommt nicht besonders häufig vor, dass sozialpolitische Studien an Umweltfragen aufgezogen werden. Umso wertvoller der Versuch in diesem Buch: Die Frage der Palmöl- und Agrartreibstoffproduktion wird, an Beispielen von Südostasien, weniger als ökologisches Problem, sondern als Ausdruck von Herrschaftsverhältnissen erörtert. Vertreibung, Kämpfe um Land und politische Steuerung, innen- und außenpolitische Interessen und die Asymmetrie im Ringen zwischen Nationalstaaten, Konzernen und betroffener Bevölkerung werden ebenso behandelt wie Versuche, z.B. durch Zertifizierungen das Schlimmste zu verhindern oder zu verschleiern. Die Autorin nimmt einen kritischen Blickwinkel ein, lässt durch das abgehobene Niveau in Sprache und theoretischem Zugang aber mitunter vermissen, dass es nicht nur um abstrakte Gesellschaftsteile, sondern vor allem um reale Menschen geht, die betroffen sind.

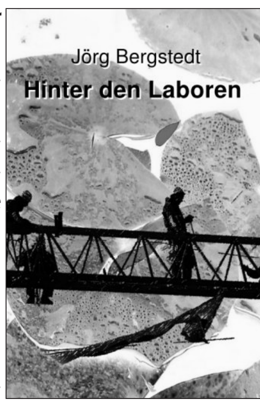
Bertram Verhaag und Eva Linke
Vom Wert der Tiere
(2015, www.denkmalfilm.tv in München, 25min)
Ein kurzer Film, in dem drei Positionen gegenübergestellt werden: Die des Versuchs, rücksichtsvoll Tiere zu halten und auch zu töten, dann eine theologisch-moralische Ablehnung von Tiertötung und schließlich Statements von der Straße, die überwiegend für das Recht auf Tötung plädieren. Die Letzteren wirken schlüssig, wenn auch zum Teil krass: Das Recht des Stärkeren sei halt natürlich. Alle anderen Positionen leiden darunter, dass gar keine tierrechtliche Denkrichtung im Film gezeigt wird. Daher muss auch niemand darauf eingehen. Warum der Film trotz seines Titels keine konsequenten Gegner_innen jeder Tierunterdrückung zu Wort kommen lässt, erschließt sich nicht. Diese Lücke macht ihn weitgehend unbrauchbar.

Bertram Verhaag
Samen in die Herzen säen
(2015, www.denkmalfilm.tv in München, 38min)
Ein Reisebericht mit viel Inhalt: Die Kamera verfolgt Referent_innen, Expert_innen, Interessierte und Mitreisende auf einer Zugfahrt durch Österreich und Slowenien nach Kroatien. Im Zug, unterwegs und am Zielort kommt es zu Gesprächen, Vorträgen und Diskussionen über die Frage der Herkunft und des Erhalts vielfältigen Saatguts. Die Themen gehen in die lange Geschichte der Züchtung, berühren wissenschaftliche, philosophische und mitunter schräg wirkende, esoterische Sichtweisen. Durch den roten Faden der Tour werden sie zu einer Perlenschnur voller Anregungen, die sich unterhaltsam und aufklärend aneinander reihen.

tastische Erzählung könnte irgendwie wahr sein. Die Daten: 10 € ++ ISBN 978-3-86747-056-8 ++ SeitenHieb-Verlag und www.aktionsversand.de.vu ++ dort gibt es übrigens auch den Film „Aufstieg und Fall einer Patentlösung" als Dokumentation einer Widerstandskultur, die schon Vergangenheit ist.

Videosammlungen zum ökologischen Landbau

Der aid-Infodienst Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz e.V. (Heilsbachstr. 18, Bonn, www.aid.de) hat mehrere DVDs herausgebracht, auf denen Info- und Lehrfilme zu Themen des ökologischen Landbaus zu finden sind. Drei haben wir getestet: „Erfolgreiche Ökolandwirte in Deutschland" (2006, 85min Laufzeit), „Der Feind meines Feindes - natürliche Schädlingskontrolle" (2011, 80min) und, schon etwas älter, „Ökologischer Landbau" (2002/2008, 53min). Beide enthalten mehrere Filme, im Fall der Portraits landwirtschaftlicher Höfe sogar sehr viele. Es sind kurze und ganz kurze Vorstellungen, jeweils nur wenige Minuten. Bilder vom Hof wechseln mit Interviewsequenzen. Die Kürze der Beiträge erlaubt keinen intensiven Einblick - insofern ist der Lehr- und Nährwert der DVD fraglich. In einem Extra-Ordner befinden sich einige Textdokumente zum weiteren Studium. Die neueste DVDs enthält nur sechs, dafür längere und intensivere Filme zu verschiedenen Methoden und Anwendungsgebieten natürlicher Schädlingsbekämpfung. Das hilft schon als praxisnahe Informationsquelle, auch mit etwas spezielerem Wissen. Eher eine allgemeine Einführung für die breite Öffentlichkeit bietet der 2002 produzierte Streifen „Ökologischer Landbau". Allgemeinverständlich werden die Grundprinzipien zu chemiefreiem Pflanzenschutz, zur Haltung von Tieren und zum Umgang mit dem Boden geschildert. Den Abschluss bilden Hinweise zur Selbstvermarktung ökologischer Produkte.



Landwirtschaft neu aufbauen – ökologisch, vernetzt, solidarisch

Es ist - weiterhin - die Zeit des Höfesterbens, obwohl in der gesellschaftlichen Debatte das Thema Landwirtschaft und Lebensmittel einen bedeutenden Stellenwert eingenommen haben. Offenbar scheuen Menschen den Sprung in das Ungewisse, selbst ein Stück Utopie zu realisieren und jenseits der Marktzwänge ökologische Landwirtschaft in gemeinschaftlicher Organisierung aufzubauen. Auf der anderen Seite kleben Landwirt_innen an ihrer Scholle, klammern sich an letzte Strohhalme für Hofnachfolge oder eigene Perspektiven. Beides zusammen lässt alternative Modelle wie solidarische Landwirtschaften immer noch exotisch erscheinen. Dabei wäre es wichtiger denn je, neue Hofprojekte zu starten oder bestehende zu wandeln. Damit das Höfesterben aufhört und eine andere Struktur der Landwirtschaft entsteht - ohne die tückische Bindung an Privateigentum, ohne die Ausrichtung auf den ruinösen Markt, sondern als lebendiger Teil einer Kultur direkter Beziehungen, freier Vereinbarungen und solidarischer Kultur.

Viele Veröffentlichungen, von Büchern über Filme bis zu Internetseiten, helfen bei der Umsetzung. Das gilt für die kleinen Büchlein aus der Reihe „AgrarPraxiskompakt" im DLG-Verlag (Frankfurt, je ca. 120 S. und 7,50 €) und für die vielen Bücher, Datensammlungen und Praxisratgeber der KTBL (Darmstadt). Ihr Vorteil: Sie sind sehr nahe an der konkreten Praxis verfasst und reichen von übersichtliche Einführungen in die ganz grundlegenden Fragen bis zu Aspekten der Hofführung. Zu ersteren gehört der DLG-Band „Landwirtschaft für Quereinsteiger", geschrieben von Christina und Martin Ziron (2015). Dort erfahren Laien quasi von Null an, was alles zu einem erfolgreichen Hofmanagement gehört. Zu den speziellen Fragen informiert „Direktvermarktung vom Hof" (DLG, Autorinnen: Luise Richard und Gerburgis Sommer, 2012). Das Buch zeigt nicht nur Vertriebswege und Marketingstrategien auf, sondern schildert Hygiene- und andere Rechtsvorschriften, kalkulatorische Voraussetzungen und wichtige Adressen. Wer noch detaillierter in das Thema eintauchen will, erhält mit der KTBL-Datensammlung „Direktvermarktung" (4. Auflage 2011, 108 S., 24 €) präzise Kalkulaktionsdaten in vielen Tabellen zu Anschaffungskosten von Geräten oder Herstellungskosten verschiedener Lebensmittel. Der DLG-Band „Hofübergabe" von Matthias Tann (2014) beschränkt sich leider auf die Erbnachfolge innerhalb einer Familie und beschreibt Konflikte und Lösungen dort - so manche Information dürfte aber auch für diejenigen interessant sein, die ohne Erbschaft einen Hof übernehmen oder neu aufbauen wollen. Viele der Ratgeber beschäftigen sich mit speziellen Anbauformen einschließlich eher neuer Kulturen, z.B. „Sojaanbau in der EU" aus der Feder von Volker Hahn und Thomas Miedaner (2013, DLG). Umfangreicher sind die Werke aus der KTBL. In den Büchern „Ökologischer Feldgemüseanbau" (2013, 376 S., 26 €) und „Energiepflanzen" (2. Auflage 2012, 368 S., 25 €) reihen sich Tabellen mit vielen, vielen Zahlen aneinander, um eine präzise Planung, Kalkulation und Durchführung zu ermöglichen. Beide Bände eröffnen zudem den Zugang zu den umfangreichen KTBL-Datenbanken zum Thema.

Newsletter

Den früheren Newsletter über die Agrogentechnik-Seilschaften gibt es nicht mehr, da viele dubiose Kleinstfirmen und Förderprogramme weg-protestiert wurden. Das Thema ist fortan Bestandteil des neuen Umweltschutz-von-unten-Newsletter - siehe www.projektwerkstatt.de/mailing.html.

Vom Verschwinden des Politischen aus dem alternativen Leben ...

jb **Mit dem Aufschwung vieler Mitläufer-Protestformen (Demos, Klicktivism ...) gewinnt auch die Debatte um alternative Formen des Lebens, des Wirtschaftens und des Miteinanders wieder an Fahrt. Leider zeigt sie das gleiche Gesicht wie andere Sphären vermeintlicher gesellschaftlicher Umgestaltung: Hasenfüßig, angepasst, orientiert an Normalität und unter weitgehendem Verzicht auf politische Analyse und Kritik präsentieren sich Projekte und Betriebe solidarischer Ökonomie oder geldfreien Lebens, ganz ähnlich sieht es in Kommunen oder Ökodörfern aus.**

Weichgespülte Protestformen, eingebettet in bürgerliche Welten, sind „in": Beim Kongress „Solidarische Ökonomie" im September 2015 in Berlin dominierten Infostände und Workshops, bei denen das Wort und die Idee von Antikapitalismus gar nicht mehr vorkamen. Fast überall und hinter dem Kongress selbst steckten Fördergelder zweifelhafter bis ekliger Geldgeber. Oder politische Beliebigkeit. Der – ziemlich unpolitische – Talkshow-Quotenkönig in Sachen Geldfrei und Essenretten, Raphael Fellmer, schwärmt in seinem Buch vom Verschwörungsfilm „Zeitgeist" und hält die Verbraucher_innen für mächtiger als die Regierungen. Da passt es, dass gerade in letzter Zeit mehrere Bücher über alternative Lebensprojekte erschienen sind, die eines gemeinsam haben: Sie stellen Wohlfühlprojekte in den Vordergrund und behandeln die Frage des politischen Engagement gar nicht mehr. Dabei sind die Bücher in sehr unterschiedlichen Verlagen herausgekommen und hätten so unterschiedliche Orientierungen erwarten lassen. Das Buch „Ökodörfer weltweit" von Kasha Anja Joubert und Leila Dregger erschien im esoterischen Neue-Erde-Verlag (2015, 191 S., 16,90 €). Es zeichnet sich durch die internationale Streuung der ausgewählten Projekte über verschiedene Kontinenten aus. Gegenüber der zeitgleich erschienenen englischen Fassung sind mehr deutschsprachige Gemeinschaften vorgestellt. Doch so oder so verdrängt der Rückzug ins Innere in fast allen Texten die letzten politische Ideale. Im Kapitel über die Geschichte des Netzwerkes wird bejubelt, dass einige Aktivitäten jetzt massiv von der Bundesregierung gefördert werden.

Diese Ankunft als Farbtupfer im Normal-Kapitalismus bezeugen auch die anderen Bücher und Filme über vermeintlich alternative Lebensansätze. Dass sie dabei wenigstens nützliche und übersichtliche Verzeichnisse schaffen können, beweist „Eurotopia – Leben in Gemeinschaften" aus dem Würfel Verlag im Ökodorf Sieben Linden (2014, , 520 S., 20 €). Es stellt 430 Ökodörfer, Alternativ- und Wohnprojekte vor – in klarer Gliederung der wichtigsten Informationen plus erklärendem Text. Dass es in Deutschland entsteht, ist deutlich zu spüren angesichts der Spitzenposition, die das Land bei der Anzahl der Projekte hat. Aber: Das Verzeichnis wächst auch in anderen Ländern, inzwischen liegt sogar eine englischsprachige Ausgabe vor. Wer nicht nur anders leben, sondern sich politisch engagieren will, erhält aber kaum Informa-

Ein neues Wir
(2010, Love productions, DVD 120min)



Der Film ist schön gemacht: Schöne Aufnahmen, Rundblicke durch alternative Wohnorte mit fast immer lächelnden, fast immer jungen Menschen in wohlgeformten Körpern – und das fast immer in der Sonne. So werden verschiedene Öko- und Alternativsiedlungen in Europa vorgestellt, einige größere, manche nur mit zwei Bewohner_innen – „zufällig" Mann, Frau und liiert - huch, das ist ein alternatives Wohnprojekt? Anfangs gibt es jeweils einige kurze Infoeinblendungen, dann folgen Interviews über Gründungsgeschichte und Ziele. Was auffällt, ist eine Lücke: Politisches Engagement findet offenbar in den Projekten nicht statt oder war den Filmemacher_innen egal. Jedenfalls erfahren die Zuschauer_innen davon nichts. „Ich fürchte mich nicht vor Flutwellen, nicht vor Erdbeben, nicht vor Atomkraft, ich fürcht mich eigentlich vor nichts - weil: alles was ich mich fürchten könnte liegt in mir", trägt eine Frau denn auch das eher prägende Credo vor. Spiritualität und die Ausrichtung auf das innere Gemeinschaftsleben sind wichtiger als die Veränderung der Welt.

Michael Würfel
Öko Dorf Welt
(2014, Würfel Verlag im Ökodorf Sieben Linden, 520 S., 18 €)
Ein sehr ehrliches Buch über das Leben im Ökodorf Sieben Linden. Geschrieben ist es als Rundgang, so wie es bei einer Führung über das Gelände, beginnend mit der Busfahrt in den nahegelegenen Ort Poppau, aussehen könnte. Wer nur wissen will, wie das Dorf aussieht und tickt, kann einfach loslesen. Wer sich vorher ein paar Fragen überlegt, wird nicht nur Antworten finden, sondern auch merken, was nicht vorkommt. Gemeinsame oder solidarische Ökonomien sind eher selten. Etliche Sätze klingen nach „Jeder ist seines Glückes Schmied" – ein Satz, der dann, wenn er ökonomisch gemeint ist, eher dem Denken der FDP entspricht. Geld aber müssen offenbar alle einbringen – und viele tun das über Jobs, die ganz klassisch bürgerlich-urbanem Leben entsprechen. Politisches Engagement kommt nicht mehr vor. Nur im Anfang, wo das Grundsatzpapier abgedruckt ist, findet sich als Rudiment ein Absatz dazu, dass politisches Engagement erwünscht ist. Beim Rundgang ist davon nichts (mehr?) zu spüren. Insofern liefert das Buch nicht nur ein nett zu lesendes und bis ins Detail zwischenmenschlicher Ebenen gehendes Bild des Dorfes, sondern offenbart auch, was verloren gegangen ist.

Étienne Balibar/Immanuel Wallerstein
Rasse, Klasse, Nation
(1998, Argument in Hamburg, 280 S.)
Das Buch hat schon einige Jahre auf dem Buckel, aber das Thema ist hochaktuell. Die Autoren versuchen, die verschiedenen Identitäten in ihrer historischen Entwicklung und vor allem in ihren gegenseitigen Beeinflussungen darzustellen. Rassen und Nationen sind konstruiert, sprich: ihre Merkmale wurden mit interessengeleitetem Blick festgelegt. Auch die Verschränkungen mit kapitalistischen Systemwirkungen und Klassenidentitäten werden beschrieben. Es ist ein anspruchsvolles Buch, welches allen hilft, die Diskriminierungen nicht nur bekämpfen, sondern auch in ihrer Entstehung begreifen wollen.

Eric Hobsbawm
Wie man die Welt verändert
(2014, dtv in München, 448 S., 14,90 €)
Der Autor erzählt, wie der Marxismus durch die Jahrhunderte seit seiner Entstehung das politische Geschehen geprägt hat. Die Sichtweise ist dabei sehr einseitig: Marxismus ist das Gute und daher sein Einfluss positiv. Selbst die offensichtlichen Machtspiele und Hegemonialkämpfe unter der Flagge des Kommunismus werden zu Randerscheinungen im Ringen um das eigentlich Gute. So ist eine besonders deutlich betriebsblinde Geschichtsschreibung entstanden – auch wenn Geschichtsschreibung immer Herrschaftsausübung ist. Hobsbawm vollführt das in entwaffnender Klarheit, überraschend ist nur zweierlei: Dass so etwas inzwischen bei dtv geht (da siegt dann eben doch der Kapitalismus, denn dort gilt nur, dass es sich verkaufen lässt) und dass die Geschichtsschreibung irgendwann um 1970 herum aufhört.

David Graeber
Frei von Herrschaft
(3. Auflage 2013, Peter Hammer Verlag in Wuppertal, 254 S., 24,90 €)
Fragmente über die Fragen von Herrschaft, Herrschaftsfreiheit, Anarchie und die Konstitution des Menschen. Es ist ein frühes Buch des ehemaligen Ethnologieprofessors Graeber, der von bürgerlichen Medien zum Sprachrohr der Occupy-Proteste stilisiert wurde und seitdem Buch für Buch produzieren und verkaufen kann. In diesem schon 2005 verfassten Werk fügt er, mitunter recht zusammenhanglos, Textbausteine über den Menschen, sein Leben, seine Möglichkeiten und Verhaltensweisen aneinander. Sein Hauptaugenmerk lenkt er dabei auf die Frage, ob bzw. wieweit Menschen herrschaftsfrei zusammenleben können, wo sie es schon tun, welche Fragen sich stellen und welche Hürden bestehen. Es ist kein wirkliches Theoriewerk, aber bietet einige Anregungen zum Denken und Weiterentwickeln von Ideen.

tionen. Offenbar ist das den Projekten nicht wichtig – und auch die einleitenden, ansonsten sehr informativen Texte lassen das Thema komplett aus. Bis auf eine Ausnahme: Positiv wird auf Seite 18 beschrieben, wie Kommunemitglieder beim Aufbau eines Militärstützpunktes halfen. Ging der Weg zu einer „anderen Welt" (der Leitspruch steht immer noch auf dem Buchrücken) früher nicht anders?

Auf seine Art ebenso Zeiger und Teilursache des Trends zu immer stärker nach innen gerichteten Gemeinschaften, die über das eigene Seelenheil und Messungen ihres ökologischen Fußabdruckes die Welt retten wollen, ist das eigentlich eher politisch gemeinte „Völlig utopisch – 17 Beispiele einer besseren Welt" mit Marc Engelhardt als Herausgeber (2014, Pantheon/Random House in München, 272 S., 14,99 €). Ähnlich dem kurz zuvor erschienenen „Pfade durch Utopia" des eigentlich anarchistisch orientierten Verlags Nautilus reiht das Buch Einzelberichte aneinander. Hier sind es vor allem professionelle Journalist_innen. Das liegt im Trend. Sie sind zwar häufig in der Sache ahnungslos oder liefern oberflächliche Recherchen, aber sie können schreiben – der Verlag spart das Lektorat. Was an den Darstellungen utopisch sein soll, erschließt sich in kaum einer der Geschichten. Wie im Nautilus-Buch findet sich als deutsches Beispiel das Zentrum für experimentelle Gesellschaftsgestaltung (ZEGG in Bad Belzig), obwohl dem Autor sogar bekannt war, dass gerade dieses Projekt mehr als umstritten ist. Engelhardt besucht dann auch ein Sex- und Streichelseminar, berichtet vom Meditieren auf Matratzen – und produziert so ein schlicht überflüssiges Buch.



Der Kapitalismus erobert alles – jetzt neu: Wühlen im Müll

Anderes Thema, ähnlicher Trend. Zwar ließ sich mit Müll schon immer Geld machen, denn auf dem Weg in den Mülleimer ist sie als Verpackung Werbeträger für Heilsversprechen, Kaufanreiz und Lügen aller Art. Riesige Branchen leben vom Hin- und Herkarren der Müllberge, Verbrennungsanlagen lechzen nach Papier und Kunststoffen, der Export in ferne Länder der Welt blüht ebenso wie illegales Müllabladen irgendwo in Urwäldern oder im Meer. Vor einigen Jahrzehnten lernten Buchverlage, Journalist_innen und Umweltverbände, dass sich mit den Hiobsbotschaften über die Folgen Kasse machen lässt. Neu ist eine Branche, die das Drama um weggeworfenes Essen zum Geschäftsfeld macht. Vor etwas mehr als zehn Jahren schwappte das Thema in die Medien. Aus dem exotischen „Mülltauchen", auch „Containern" genannt, wurde ein gesellschaftliches Modethema. Hatten sich vorher eher einkommensschwache Menschen oder kreative Außenseiter ohne viel Aufhebens bedient, so machten plötzlich Massenmedien aus dem Randthema einen öffentlichen Hype. Telegene echte oder vermeintliche Containerer_innen stiegen gegen Geld in Mülltonnen oder plauderten in Talkshows. Professionelle Journalist_innen sprangen auf, sei es per dann schnell hochdekorierten Filmen oder zur Massenware mutierenden Büchern. „Harte Kost" von Valentin Thurn und Stefan Kreuzberger (2014, Ludwig in München, 320 S., 16,99 €) ist eines von ihnen - gut gemacht, d.h. informativ und unterhaltsam, aber doch blutleer aus der Feder derer, die das Feld längst profitabel abräumten. Immerhin ist ihr Buch aber noch empfehlenswert für alle, die sich in das Thema Lebensmittelproduktion und -verschwendung einlesen wollen. Manch Held_innen der im Windschatten professionellen Themen-Settings entstandenen Initiativen von Lebensmittelretter_innen & Co. sind nur noch peinlich. Raphael Fellmers „Glücklich ohne Geld!" offenbart in einem tagebuchähnlichen Stil, was fehlende politische Analyse alles so bewirkt: Faszination für platteste Verschwörungstheorien und ein Glaube an das gut Gemeinte paaren sich mit Wissenslücken. So behauptet Fellmar, dass Valenthin Thurn 2011 der Initiator der Debatte um Lebensmittelverschwendung gewesen sei. Die Internetseite www.alltagsalternative.de.vu ging 2003 ins Netz und war die erste Adresse des damals entstehenden Hypes um das Thema. Aber in dieser medialen Welt schwimmen immer die gleichen Kreise oben. Sie räumen ab, was andere aufbauen zu Zeiten, wo es noch anstrengend ist. Im Rückblick werden sie als Held_innen wahrgenommen, weil sie mit der längst laufenden Welle nach oben gespült wurden - und zumindest einige aus dem Nischenthema nun ein Geschäft machen.

Über den Zusammenhang diffuser Unzufriedenheiten mit rechten Gesinnungen

Empörung sucht Feinde

jb **Sie schienen aus heiterem Himmel zu fallen: Pegida & Co. in Deutschland, von religiösem Eifer angetriebene Machtübernahmen in aller Welt. Doch sie passen ins Weltbild. Denn sie Gesellschaft erscheint immer komplizierter, ihre Widersprüchlichkeiten mit unvorstellbarem Leid erreichen Augen und Ohren täglich, wirken dabei aber kaum noch steuerbar und daher beängstigend. In der Folge war zu erwarten, dass Menschen einfache Erklärungen und Lösungen suchen würden. Zumindest, wenn sie nicht geübt sind, politisch-analytisch zu denken – was aber leider überall auf der Welt eher abtrainiert als geübt wird ...**

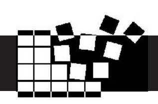
Gesellschaftliche Eliten und solche, die es werden wollen, arbeiten längst mit diesem Trend. Sie bieten Heilslehren, politische Programme, religiöse Besinnung(slosigkeit) und mehr. Bei genauerem Hinsehen weisen sie viele Ähnlichkeiten auf – über ideologische Grenzen hinweg. Sie vereinfachen Ursache-Wirkungsketten, teilen in Gut und Böse sowie in Macht und Ohnmacht. Die Einzelnen sehen sich nicht verwoben in die Schrecken der Welt, sondern als Opfer, bedroht und von den Regierenden im Stich gelassen. Empörung steigt auf und treibt die Menschen auf die modernen Plattformen politischen Protestes: In Internetforen, auf geführte Demonstrationen und an Stammtische. Wo aber politische Analyse endet und einfache Feindbilder Konjunktur haben, dehnen sich rassistische, sexistische, antisemitische und ähnliche Muster aus. Denn sie alle konstruieren Feindbilder, auf die sich erst Unwohlsein, dann Hass projizieren lässt. Von dort ist es nur noch ein Katzensprung zu rechten Ideologien.

Geflutetes Internet

Was draußen passiert, bleibt nicht ohne Reaktion auf dem Markt der kaufbaren und frei vagabundieren Informationen. Youtube quillt über von vermeintlichen Enthüllungssendungen, die regelmäßig Quellenangaben oder Präzision vermissen lassen. Gibt es doch mal einen Hinweis auf weitergehende Informationen, so ist dieses meist eine andere, dann wiederum quellenlose Sendung. Die Klickzahlen sind hoch – primitive Welterklärung kommt an. Das setzt sich auf Blogs usw. nahtlos fort.

Gedruckte Empörung

Der Niederschlag auf dem Zeitschriften- und Buchmarkt ist gewaltig. Zeitschriften wie Compact oder eigentümlich frei steigern ihre Auflagen, Tausende williger Mitläufer_innen verteilen Stimme&Gegenstimme. Wer kritisch nachfragt, bemerkt oft, wie selten die Menschen die dortigen Texte kritisch lesen. Platte Parolen bleiben hängen – mehr nicht.



Es gibt inzwischen sowohl etliche Bücher, die das Phänomen der Empörung ohne politische Analyse wohlwollend begleiten, als auch solche, die mit beißender Kritik über PEGIDA, AfD, Montagsmahnwachen & Co. herziehen. Freund und Feind ähneln sich dabei mehr als ihnen lieb sein dürfte. Denn beide bedienen die gleichen Mechanismen: die Einteilung in einheitliche Kategorien, die dann mit Gut und Böse etikettiert werden – nur jeweils entgegengesetzt. Für die einen sind das „alles Nazis", die anderen suchen das Böse in „dem Feminismus", „den Asylanten" oder wahlweise Israel bzw. den USA.

Überholt ist dabei bereits das Buch „Aufstieg und Etablierung der ‚Alternative für Deutschland`" von Felix Krautkrämer aus dem rechten JF-Verlag in Berlin (2014, 213 S.). Denn in dem eher als Geschichtsschreibung zur AfD plus Porträtierung der führenden Köpfe angelegten Buch ist von den Flügelkämpfen kaum die Rede. Inzwischen haben diese die AfD zerlegt. So offenbaren sich die PR-Manipulationen an der Realität. Nicht verschwiegen wird der Konflikt in „Die rechten ‚Mut`-Bürger" von Alexander Häussler und Rainer Roeser (2015, VSA in Hamburg), jedoch wird den rechten Strömungen das Hauptaugenmerk gewidmet. Die Autoren stellen Strukturen, Strömungen und Personen dar, die in der AfD für rechtspopulistische Positionen wirken. Informativ sind die Kapitel zu den geschichtlichen Wurzeln dieser Strömungen und ihrem Kontext in Zusammenhänge auch außerhalb der Partei.

Die kritischen Bücher arbeiten mit ähnlichen Vereinfachungen und pauschalen Gut-Böse-Erklärungen. Sie sind recht informativ, hängen sich aber an Einzelpersonen und -aussagen auf, um dann Zehn- bis Hunderttausende Menschen glatt über einen Kamm zu scheren. Das zeigt, dass sie das Phänomen überhaupt nicht begriffen haben, sondern es nur ausnutzen, um auf dem Buchmarkt schnell präsent und erfolgreich zu sein. Julian Bruns, Kathrin Glösel und Natascha Strobl ergänzen im Buch „Rechte Kulturrevolution" (2015, VSA in Hamburg, 94 S., 7 €) die Übersicht über konkrete Gruppen und Strömungen in Deutschland, Österreich und einigen anderen Ländern mit einer Darstellung der Herkunft und Entwicklung neurechter Ideologien. Das gibt dem Buch einige Tiefe, die in den Gruppenbeschreibungen fehlt. Dass als einer von zwei Gründen für die Rechtslastigkeit auf Seite 44 ausgerechnet das „offene Mikrofon" und damit das Element, wo endlich mal keine Ausgrenzung passiert, benannt wird, zeigt wiederum, dass Kleingeistigkeit nicht nur bei PEGIDA & Co. verbreitet ist, sondern auch bei deren Gegner_innen. Einen besonderen Schwerpunkt setzt Benedikt Sepp in „Linke Leute von Rechts?" (2013, Tectum in Marburg, 128 S., 24,95 €) mit seiner Darstellung der nationalrevolutionären Bewegung in der Bundesrepublik. Quellenreich, mit vielen Originalzitaten und einigen -abbildungen werden Gruppen und Ideologien von den 60er Jahren bis heute beschrieben.

Eine lustige Stelle enthält das ebenfalls recht informative, überwiegend die Führungspersonen beschreibende und von diesen verallgemeinernde Werk von Philipp Becher, Christian Begass und Josef Kraft mit dem Titel „Der Aufstand des Abendlandes" (2015, Papyrossa in Köln, 130 S., 11,90 €). Das Buch ähnelt dem oben genannten VSA-Band, legt aber mehr Wert auf die Darstellung von Strukturen und Personen. Auf Seite 29 wird die Kritik am TTIP als Beleg für die rechte Gesinnung von LEGIDA angeführt. Zitat: „Im LEGIDA Papier wird ausdrücklich nur auf die negativen Folgen für „die europäische Wirtschaft" eingegangen ... Für die LEGIDA ist wohl nur die deutsche und europäische Wirtschaft interessant, die durch den Einfall US-amerikanischer Unternehmen bedroht sei." Ja schon – so ist LEGIDA. Aber die meisten bürgerlichen und linken TTIP-Demos doch auch! Sind das dann auch alles Nazis? Oder beweist die Einschätzung aus dem Buch eher, dass vereinfachte Welterklärungen überall Konjunktur haben – und Rechte bis Linke mit ihnen ein sehr ähnliches Spektrum empörter, an politischer Analyse aber wenig interessierter Menschen anziehen?

Phillip Becher / Christian Begass / Josef Kraft
DER AUFSTAND DES ABENDLANDES
AfD, PEGIDA & Co.: Vom Salon auf die Straße

Taktgeber neurechter Ideologie: Alain de Benoist

Wer direkt in die Gedankenwelt moderner Rechter eindringen und es sich nicht allzu leicht machen will, nehme Bücher von Alain de Benoiste in die Hand. Er ist der wichtigste Vordenker der „Neuen Rechten" (im französischen Original: Nouvelle Droite) – und seine Gedankengänge zu begreifen, ist für eine qualifizierte Kritik an Konzepten kollektiver Identität wichtig. Dass in linken Kreisen Benoist zwar durchaus bekannt ist, aber selten auseinandergenommen wird, dürfte Gründe haben: Zum einen der Hang, mit Vereinfachungen eigene Gruppenidentitäten zu schaffen, was sich in absurden Behauptungen zeigt, dass irgendwie alles rechts ist, was einem nicht passt (Verschwörungstheorien, AZK, alle PEGIDA-Demonstrierenden usw.). Ein Bemühen um präzise Analyse unterbleibt. Zum anderen dürften viele Passagen aus Benoists Bücher auch in linken Kreisen glatt durchgehen. Denn kollektive Identitäten („wir sind das Volk", „die Palästinenser" usw.) sind dort ziemlich angesagt. Die „Junge Freiheit" ist in Deutschland das wichtigste rechte Pressemedium, welches den neurechten Ideologien Platz bietet. So sind etliche Bücher von Alain de Benoiste dort verlegt, unter anderem „Kritik der Menschenrechte" (2004, 161 S.) und „Aufstand der Kulturen (1999, 280 S., 18 €). Mit scharfen Worten seziert er dort den Universalismus westlicher Lebensmodelle, u.a. dem Konzept der gleichen Rechte aller Menschen von Geburt an.

Im Vergleich: Alte und neue Rechte

So neu, wie es sich anhört, ist das „Neurechte" nicht. Ein Vergleich mit Zitaten von nationalsozialistischen Vordenkern im Dritten Reich zeigt das deutlich.

Du bist nichts, dein Volk (oder anderes identitäres Kollektiv) ist alles

Aus Karl Larenz (1934): „Deutsche Rechtserneuerung und Rechtsphilosophie" (zitiert nach: Herlinde Pauer-Studer und Julian Fink, 2014, „Rechtfertigung des Unrechts", S. 177)
Den objektiven Geist des Volkes und den ihm entsprechenden Gemeinwillen lernten wir als ein Wirkliches kennen, das im Verhältnis zu dem in die Gemeinschaft hineinverflochtenen und doch ihr relativ selbständig gegenüberstehenden Einzelnen als zu verwirklichende Aufgabe, als Forderung und als Norm erscheint.

Aus Karl Larenz (1943): „Sittlichkeit und Recht" (zitiert nach: dito, S. 197)
in jedem Individuum erweisen sich die Gesetze seiner Art und die unbewußt gesammelten Erfahrungen vieler früherer Generationen als wirkungsmächtig, und jedes lebt sein ihm allein eigenes Leben und zugleich das der Gattung, das Leben eines höheren Organismus, eines Verbandes und - auf den höchsten Stufen der Entwicklung - einer Gemeinschaft mit.

Kollektiv- statt Grund-/Menschenrechte

Aus Otto Koellreutter (1938): „Deutsches Verfassungsrecht" (zitiert nach: dito, S. 234)
Daß es liberale Grundrechte, also in diesem Sinne »echte« Grundrechte, im deutschen Führerstaate nicht mehr geben kann, ist selbstverständlich. Denn die liberalen Grundrechte und die mit ihnen Hand in Hand gehende Überbetonung der „wohlerworbenen" Rechte und der „subjektiven öffentlichen Rechte" widersprechen der Gemeinschaft als dem politischen Grundwert des Nationalsozialismus. In Auswirkung einer individualistischen Staats- und Rechtsidee wirkten sich diese Grundrechte für den Aufbau eines völkischen Gemeinschaftslebens schädlich aus.
Aus Ernst Rudolf Huber (1939): „Verfassungsrecht des Großdeutschen Reiches" (zitiert nach: dito, S. 243)
Die liberale Verfassung war ihrem Wesen nach „Garantie"; sie war ein System von Sicherungen und Gewährleistungen gegen die Staatsgewalt. Die völkische Verfassung hat diese Garantiefunktion nicht; sie soll im Gegenteil die Wirksamkeit und Schlagkraft der politischen Gewalt erhöhen. Sie soll nicht die Individuen und Gruppen gegen das Ganze schützen, sondern sie dient der Einheit und Ganzheit des Volkes gegen alle individualistischen und gruppenmäßigen Zersetzungen.

Sein Angriff zählt genüsslich die üblen Vorgänge auf, mit denen westliche Nationen im Namen solcher Menschenrechte Leid und Schrecken über die Welt bringen. Das Problem verortet er im Konzept der Menschenrechte selbst – nicht in Kapitalismus und Nationalstaatskonkurrenzen, die mittels Verschleierung bomben und unterdrücken. Benoist plädiert für Stämme, Völker usw. Er sieht die Menschen immer als Teil solcher kollektiven Identitäten, in der sie heranwachsen und ohne die sie nicht denkbar sind. Das Kollektiv müsse daher der Träger von Rechten sein, nicht der Mensch. So postuliert er eine moderne Fassung des „Du bist nichts, Dein Volk ist alles". Seine Hetze gegen Globalisierung, west-imperiale Kriege und Großmachtsgehabe der Industrienationen dürfte manchem Linken gefallen, der nicht genau hinguckt. Auffällig oft erwähnt Benoist die Umweltfrage – vertieft in „Abschied vom Wachstum" (2009, 197 S.), dessen Inhalt erfahrungsgemäß den meisten Umweltschützer_innen gar nicht seltsam vorkommt. Benoists Sichtweisen kommen hier verklausuliert als Regionalismus herüber. Wie üblich versucht er, linke und rechte Politik zu einem gemeinsamen Gedankensystem zusammenzufügen.

Rundumschläge zur Welterklärung

Es ist typisch für die Sphäre der vereinfachten Welterklärer_innen, zu allem irgendwie eine Meinung zu haben. Wer erst einmal den Reiz simpler Einteilungen in Gut und Böse, die Fremden/Anderen und wir, Macht (die Strippenzieher) und Ohnmacht (das „Volk" – unschuldig und verführt) kennengelernt hat, neigt dazu, dieses kopfentlastende Denken zu inflationieren. Schnell werden dann alle möglichen Deutungen übernommen, mitunter schon Stunden nach Bekanntwerden einer Nachricht. So schießen regelmäßig schon kurz nach Naturkatastrophen, Flugzeugabstürzen oder Politiker_innen-Rücktritten wildeste Gerüchte ins Kraut, die sich in den erklärungsgierigen Köpfen festsetzen und binnen kurzer Zeit kaum noch zu verändern sind, obwohl sie nie durch Recherche, Analyse oder aufgrund ausgewerteter Quellen entstanden sind. Bücher, Filme und mehr wimmeln daher von Rundumschlägen für die Erklärung der Welt. Ein schönes Beispiel ist das Interview „Die unerwünschte Wahrheit", das Jan van Helsing 2006 mit Jo Conrad führte (Amadeus-Verlag, 2 CDs, 14 €). Der heutige bewusst.tv-Macher springt dort von einer Plattitüde zu nächsten, ohne auch nur irgendwo so etwas Ähnliches wie Belege oder Hintergrundwissen anzudeuten. Aliens sind unterwegs, die Welt wird von einer kleinen Verschwörungsgruppe regiert – selbst van Helsing wird durch den Schwall in die Rolle eines staunenden Interviewers gedrängt. Interessant ist die Verknüpfung von all dem mit religiösen Motiven – in der Tat sind sogenannte Verschwörungstheorien dem Glauben an externe Allmacht sehr nahe. Das Bild des Strippenziehers bei eigener Ohnmacht ist ja ähnlich. Deutlich trockener kommen da die beiden Bände von „Was sie wissen sollten" von Michael Morris herüber (2011/2015, Amadeus in Fichtenau, 330/410 S., 21/23,30 €). Es sind Rundumschläge zu allen möglichen Themen von Gentechnik über Welthandel bis zu RFID und Chemtrails (Band 1), von Nineeleven über den Euro, TTIP und NATO bis zum Dritten Weltkrieg (Band 2). Hinter allen werden der Plan für eine neue Weltordnung (NWO) und geheime Weltregierungen vermutet – ein schöner Überblick für alle, die Verschwörungstheorien aus der Sicht derer, die an sie glauben (oder zumindest – vielleicht ja aus kommerziellen Gründen – so tun), lesen wollen. Während Band 1 immerhin noch Namen und Geschehnisse aneinanderreiht, ist Band 2 eher ein Erzählband, der sich wenig Mühe gibt, wie das Ergebnis einer Recherche zu wirken. Einen Überblick ganz anderer Art verschafft Bernd Höcker in seinem Buch „Böse Gutmenschen" (2015, Kopp in Rottenburg, 96 S.). Er macht ein neues Feindbild auf – schlimmer als Nazis und Islamisten (Rangfolge auf S. 15): Linke Gutmenschen, also solche, die das Gute wollen und sich dabei in eine dogmatische Identität zurückziehen, alles Abweichende ausgrenzen oder gar bekämpfen. Keine Frage: Solche Tendenzen gibt es, aber der Autor verallgemeinert das nicht nur, sondern vermengt es mit der Kritik an Politikinhalten solcher Kreise, z.B. Asylgewährung, Inklusion oder der Freiheit sexueller Orientierung. So entsteht immerhin mal ein Hassbuch gegen Deutsche - sonst eher selten in diesen Kreisen. Und noch mit einem weiteren Paradox: Ganz am Ende bezeichnet der Autor den Titel „Lügenpresse" als Wahrheit. Fast alle Quellen im Buch stammen aber genau daher.

Doch es gibt nicht nur Rundumschläge via Datenträger oder Buch, sondern auch Autoren, die in einer bemerkenswerten Schnelligkeit allen möglichen Themen Veröffentlichungen raushauen. Gerhard Wisneswki und F. William Engdahl sind Vertreter dieser Zunft. Ob China, Russland oder die Gentechnik, der Untergang der Titanic, die Toten von Charlie Hebdo, abstürzende Flugzeuge oder einstürzende Hochhäuser – einer von beiden weiß immer Bescheid. In seinem aktuellen Hauptwerk „Die Denkfabriken" (2015, vom Kopp-Verlag herausgebracht und auf dem Titel des Katalogs Juni 2015 beworben, 191 S., 16,95 €) beschreibt Engdahl mehrere Zirkel mächtiger Personen, in denen über die profitable Ausbeutung der Welt geredet wird. Keine Frage: Solche Kreise gibt es, sie sind in der Regel frei von emanzipatorischen Ideen und handeln im Interesse von Regierungen und Kapital. Insofern ist das Buch als Informationsquelle durchaus geeignet. Allerdings ist schon die Auswahl der „Denkfabriken" seltsam – vor allem US-amerikanische sind beschrieben. Dabei gibt es viel mehr – überall treffen sich Angehörige großer Konzerne und führender Industrienationen. In und zwischen ihnen toben Konkurrenzen, während sie gleichzeitig gemeinsame Interessen verfolgen. „Unsichtbar", wie Engdahl auf dem Titel behauptet, sind sie in der Regel nicht. Das Buch beweist es ja selbst. Wisneswki hat für sein Buch „Die Wahrheit über das Attentat auf Charlie Hebdo" (2015, Kopp in Rottenburg, 136 S., 14,95 €) nur wenige Wochen gebraucht. Seine Analyse stand auch schon vorher fest und ist die gleiche wie bei anderen sogenannten Terroranschlägen: Die Mächtigen haben alles selbst inszeniert, um ihre Pläne einer Weltregierung umzusetzen. Was schon von Büchern zum 11.9.2001 bekannt ist, wiederholt sich auch hier: Die Regierungsmeldungen werden haarklein seziert und vielfach überzeugend widerlegt. Mit dieser Enthüllungsleistung im Hintergrund wird dann die eigene, politisch motivierte Interpretation auf die Abläufe projiziert – eine Methodik, die vom Prinzip hier die gleiche ist wie die Propaganda der Regierenden. Nur die Matrix ist eine andere.

Wem die Welt zuviel ist, kann auch einen Rundumschlag über Deutschland lesen. Michael Humphrey und Volker Hans Rey haben in „Das deutsche Desaster" (2014, R.G. Fischer in Frankfurt, 252 S., 19,90 €) viele kleine Kapitel über die vermeintliche Lage im Land. Es ist die klassische Sicht des Empörungsbürger_innentums, welches zwischen PEGIDA, Sportschau, Wir-haben-es-satt und manchen Lichterketten pendelt. Das Buch ist frei von Fußnoten und Quellenlisten, ein bunter Mix aus allgemein bekannten Behauptungen, schrägen Analysen und vereinfachten Erklärungen durch die deutsch-nationale Brille.

Gegengift zu vereinfachten Welterklärungen: Das Buch „Den Kopf entlasten" (www.aktionsversand.de.vu) und die Internetseite www.kopfentlastung.de.vu.

29.-31.1.2016: Seminar zu neurechten Ideologien in der Projektwerkstatt Saasen
Mehr Informationen auf www.projektwerkstatt.de/termine

Termine und Veranstaltungen

20.–29.11. im Hambacher Forst
Aktionswoche in der heißen Phase der Rodung
hambacherforst.blogsport.de

30.11.–11.12. in Paris
UN-Klimaverhandlungen COP21

12.12. in Paris
Großdemo zu COP21

18.–20.12. in der Projektwerkstatt
Sich einmischen – Akten und Pläne studieren, mitreden und protestieren vor Ort *

21.–23.12. in der Projektwerkstatt
Direct-Action-Training *
www.direct-action.de.vu

25.–27.12. in der Projektwerkstatt
Seminar zu Martin Luther *
Was hat der alles so gesagt? Warum wird er verehrt?

1.–4.1. in der Projektwerkstatt
Seminar zur Theorie der Herrschaftsfreiheit *

5.–24.1. in Berlin
Grüne Woche demaskieren
Aktionen sind in Planung
gruene-woche-demaskieren.de

16.–17.1. in Köln
(Kolbhalle, Helmholtzstraße 8-32)
Direct-Action-Training *
www.direct-action.de.vu

22.–24.1. in der Projektwerkstatt
Seminar „Freie Fahrt für alle!"
(Umwelt- und menschenfreundliche Verkehrssysteme, Nulltarif und Aktionsschwarzfahren) *

22.–31.1. im Hambacher Forst
Aktionswoche am Ende der Rodungssaison
hambacherforst.blogsport.de

29.–31.1. in der Projektwerkstatt
Kritik neurechter Ideologien und rechter Gedanken in vereinfachten Welterklärungen *

* mehr Infos unter projektwerkstatt.de/termine

ISSN 1612-2186

